



Nr. 32 / 8 - 1987 3.-

AKTION

ANARCHISTISCHES MAGAZIN

Bibliothek
des Ruhrgebiets

Bibliothek des ISB

520 2319



SCHWERPUNKT
STARTBAHN,
DOKU
BAUSKANDAL
RUSSISCHE -
REVOLUTION III
T A Z - DEBATTE



EDITORIAL

REDAKTIONEN:

**AKTION und
Regionalredaktion Frankfurt**
c/o Libertäres Zentrum
Kriegstr. 38
6000 Frankfurt
Tel. 069-7381152
Redaktionstreffen jeden Dienstag
19 Uhr im LZ

Redaktionsmitglieder:
Fennis Wolf, Omega, D., Spiegelbruch,
Smea Gol, Petronella, Duttli, Hegesias,
Nieddu, JOTA, CO

Regionalredaktion Göttingen
c/o Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10
3400 Göttingen

Regionalredaktion Hamburg:
c/o Schwarzmarkt
Paulinenstr. 15
2000 Hamburg 4

Regionalredaktion Rhein-Ruhr:
c/o Libertäres Zentrum
Essenberger Str. 100
4100 Moers
Tel. 02841-503942

Regionalredaktion Darmstadt:
Postlagerkarte 010093 B
6100 Darmstadt
-3er
Infokaden
Frankfurterstr. 70
6100 Darmstadt

Verf. G. Neumann

Sämtliche Artikel geben nicht unbedingt
die Meinung der Redaktion und schon
gar nicht die des presserechtlich Ver-
antwortlichen wieder.

Konto:
W. Zoubek
Postgirokonto 4909 30-607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

ABO:
5 Ausgaben 15,-DM
10 Ausgaben 30,-DM
Lieferungen mit Angabe der ersten
zu sendenden Nummer auf unser Konto
oder mit Scheck. Absender nicht ver-
gessen!
Wiederverkäufer erhalten 30% Rabatt
zugüglich Porto.

Eigentumsvorbehalt:

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist
die Zeitschrift solange Eigentum des
Absenders, bis sie der/m Gefangenen
persönlich ausgehändigt worden ist.
"Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändi-
gung im Sinne des Vorbehalts. Wird
die Zeitschrift der/m Gefangenen
nicht ausgehändigt, ist sie dem Absen-
der mit dem Grund der Nichtaushändi-
gung zurückzusenden.

So, nach vier Wochen ist nun die
AKTION Nr.32 fertig. Wir freuen
uns schon darauf, zu dem gewohnten
6-Wochen-Rhythmus zurückzukehren,
da wir als Freizeit-ZeitungsmacherInnen
in den letzten Wochen ganz schön
im Streß waren. Zumal es auch andere
wichtige Dinge im Leben gibt. Die
inhaltliche Diskussion ist teilweise
auf der Strecke geblieben, weil die
Technik dominierte. Zum Teil ergaben
sich daraus einige Ungenauigkeiten.
Andererseits haben wir es geschafft
zur Startbahn Diskussionen zu führen,
die auch in die zwei Artikel der Frank-
furter Redaktion mündeten. Die Stellun-
gen, Erklärungen etc. zu den
Schüssen an der Startbahn dokumentier-
en wir in einem farblich getrennten
Sonderteil, bzw. Dokumentation.
Inzwischen gibt es einen vierten Ver-
hafteten: Michael M. sitzt wahrschein-
lich wegen § 129a, allerdings war
uns bis zur Drucklegung noch nichts
näheres bekannt.

An alle, die uns Kohle zukommen
lassen möchten als WiederverkäuferIn-
nen, Abonnenten, SpenderInnen,
ab sofort soll die Kohle auf folgendes
Konto:

W. Zoubek
Postgirokonto 4909 30 - 607
Postgiroamt Frankfurt
BLZ 500 100 60

Freiheit, Glück und Anarchie!

allerletzte Meldung:
JÜRGEN, der wg. Strafvereitelung
in Darmstadt im Knast saß, IST SEIT
17.12.87 WIEDER FREI!!!

INHALT

- 2 Editorial
- 3 Leserbrief
- 4 Kampfzyklus '87?
- 7 Bauskandal in Frankfurt
- 9 Kultur - Undergroundmusic
- 10 Guten Morgen - Neues aus Göttingen
- 13 Schulbesetzung in Göttingen
- 14 Kybernetik - aus Hamburg
- 15 Zur Startbahnberichterstattung
von taz und Pflasterst.
- 17 Startbahn-Doku: Einleitung
- 18 Frankfurter Gruppen zur taz
- 20 Stellungnahme aus München
- 21 Zu den Gefangenen aus der Start-
bahnbewegung
- 22 Stellungnahme aus Bonn
- 23 Stellungnahme aus Nürnberg
- 24 Zweifelsfall aus Berlin
- 25 Stellungnahme aus Oldenburg
- 27 Diskussionspapier in Hannover
- 28 Stellungnahme von Anti-Imps aus
dem Ruhrgebiet
- 30 Asti-Erklärung aus Berlin
- 31 Stellungnahme aus Bamberg und
Bi-Resolution

- 32 Erste Überlegungen
- 34 Stellungnahme aus Rüsselsheim
- 35 Stellungnahme aus Berlin
- 36 Stellungnahme aus Düsseldorf
- 37 Stellungnahme aus dem Ruhrgebiet
- 38 Autonomer Redebeitrag auf einer
BI-VV
- 39 Offener Brief der FÖGA
- 40 Der Staat ruft
- 42 Diskussionspapier von Autonomen
aus Rhein-Main
- 43 Bunte Hilfe Erklärung und Stellung-
nahme des SB
- 44 "Distanzwischerei" und RZ - Erklä-
rung zu Korbmacher
- 45 Zum 2.11. und den Sonntagsspazier-
gängen
- 47 Die Schüsse und ihre Folgen
- 49 Bilder zu den WAA-Herbstaktionen
- 50 Anarchie und Moral, Interview
mit J.P. Satre
- 51 Kurzmeldungen
- 54 Anarchistische Bewegung in Rußland
1917-1921 Teil 3
- 58 Anti-Fa-Demo in Bielefeld



Liebe Leute von der AKTION!

Ein dickes Lob für die Sondernummer der AKTION zu den Startbahnschüssen (Nr.31), die ihr so schnell und für die knappe Zeit auch umfassend rausgebracht habt. Dabei ist euch jedoch bereits im Vorwort unter Editorial auf der ersten Seite eine schwere Ungenauigkeit reingekutscht, die ihr anscheinend unüberprüft von der bürgerlichen Presse (Bild berichtet auf der Seite 1, Gauweiler heizte in Bayern usw.) übernommen habt.

In der zweiten Spalte habt ihr nämlich der Hafenstraße unterstellt, sie hätten ein Transparent rausgehängt, auf dem sie die Startbahnschüsse gut gefunden hätten.

Das stimmt nicht!

Siehe Artikel aus der taz, die zwar auch nicht die Wahrheit für sich gepachtet hat, aber diesem "Transparent-Gerücht" nachgegangen ist. Ich hoffe ihr schreibt ein paar berichtigende Wort zu dem falschen Gerücht.

Alles Liebe

Lieber Fasching und Vermummung, als Faschismus und Verdummung!

Mit solidarischen Grüßen aus der Oberpfalz

Ein Leser

Anmerkung der Redaktion: Wir sind bezüglich dem Hafenstraßentransparent offensichtlich falsch informiert worden (das lief nicht über die Presse), daher nehmen wir dies gerne zurück.

Liebe Freundinnen und Freunde,

das war wohl nichts. Mit der AKTION zur Startbahn habt ihr das Gegenteil von dem erreicht, was ihr wolltet. Oder aber, was wolltet ihr mit der Sondernummer eigentlich erreichen? Ihr schreibt im Editorial "... Der umfangreiche Pressespiegel... Bei einem Vergleich fallen die Widersprüche auf bzw. was für ein bürgerlicher Scheiß hier reproduziert wird. ...mit dieser Doku hoffen wir auch die vielen Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet nach Informationen einigermaßen zu befriedigen. ..." (und was ist mit West-Berlin?)

Dieser richtige und wichtige Ansatz verkommt jedoch in der Sondernummer zu einem Pressebrei von FR über TAZ zu Bild, durch den sich durchzuarbeiten, schon wegen der schlechten Qualität der Wiedergabe z.T. unmöglich ist. Nur, wenn es nur die schlechte Druckqualität wäre, die zu kritisieren ist, könnte mensch ja noch darüber hinwegsehen. Doch das ist es nicht. Entscheidend ist, daß ihr durch die völlig undifferenzierte Aneinanderreihung von Zeitungsartikeln eurem eingangs erwähnten Anspruch in keiner Weise gerecht werdet. Was sollen z.B. Zeitungsanschnitte wie "Er galt als ein besonnener Kollege", "Polizist mit Leib und Seele", "Trauermarsch zur Paulskirche", "Schweigemarsch für die toten Kollegen" und, und, und?

Eine Beschränkung auf Zeitungsartikeln, die die Widersprüche in den Aussagen der Schweine zu den Ereignissen an der Startbahn West aufzeigen, wäre besser und vor allem auch mehr gewesen. Was euch dann die Möglichkeit gegeben hätte, bessere Druckvorlagen zu erstellen. Und, was noch wichtiger ist, eine eigene Stellungnahme zu verfassen.

Weiter schreibt ihr "Vor allem die Stellungnahmen von Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet als die betroffenen Szene sollten diskutiert werden, denn, so eine Kritik aus Frankfurt, je weiter die Leute weg sind bzw. je weniger sie die Startbahn/Rhein-Main-Szene kennen, desto besser kommen die Schüsse an (siehe Hafenstraße-Transparent)." Zunächst mal) was zum angeblichen "Hafenstraßen-Transparent". Welches Transparent meint ihr eigentlich?

Das angeblich von einem Bullen gesehene Transparent mit der angeblichen Aufschrift "Zwei Morde sind nicht genug", oder das vom 'Welt'-Kommentator wiedergegebene Transparent mit der angeblichen Aufschrift "Zwei Polizisten sind noch nicht genug?"

Da geistert durch die bürgerliche Presse - zu einem Zeitpunkt, zu dem die Hafenstraße akut räumungsbedroht ist - das Märchen von "Freudentänzen und Salutschüssen" im Hafen als Reaktion auf die beiden toten Bullen an der Startbahn und ihr übernehmt es, ohne euch die Mühe zu machen mal zu hinterfragen, was eigentlich hinter solch einer Berichterstattung der bürgerlichen und reaktionären Presse steckt. Und das, obwohl in der taz vom 6.11.87 darauf eingegangen wird. Nur taucht dieser Artikel dann bezeichnender Weise - in eurer Pressedoku nicht auf, obwohl ihr sonst jeden Scheiß aus der taz mit reingewonnen habt.

Zu den Stellungnahmen:

Ich würde ja liebend gern - auch - Stellungnahmen aus dem Rhein-Main-Gebiet diskutieren und mich damit auseinandersetzen. Nur, ich habe und kenne so gut wie keine. Das wenige, das mir aus Frankfurt und Umgebung bekannt ist, reiht sich ein in das durch alle Lager gehende Distanzierungsgeschrei (z.B. Wiesbaden), und ist für eine gründliche Auseinandersetzung mit den Schüssen an der Startbahn und den Folgen, die sich für uns und unseren Widerstand gegen das Schweinesystem daraus ergeben, wenig hilfreich. Ganz im Gegenteil.

Im übrigen finde ich es mehr als überheblich, den Anspruch zu erheben, vor allem die Stellungnahmen von Gruppen aus dem Rhein-Main-Gebiet zu diskutieren und damit indirekt zu unterstellen, daß Gruppen z.B. aus Hamburg, Berlin, Göttingen ... bedingt durch die räumliche Entfernung, keine Ahnung haben über das, was in der Startbahn/Rhein-Main-Szene läuft und von daher die Vorgänge an der Startbahn a) nicht beurteilen können und b) je weiter weg, die Schüsse guhbeilen, oder, Beispiel Hafenstraße, "Bejubeln".



Wie interessierte Kreise versuchen, aus den Frankfurter Morden Kapital für eine Anti-Hafenstraßen-Kampagne zu schlagen

Freudentänze und andere Märchen

■ taz. Wolfgang Bodeit ist nicht gerade eine politische Spitzenkraft. Als Nachrücker in die FDP-Bürgerschaftsfraktion gelangt, übernahm er - aus Personalmangel - die Rolle des innenpolitischen Sprechers. In dieser Funktion meinte der 51jährige wohl auch, seine Meinung zu den Ereignissen in Frankfurt verbreiten zu müssen. Da am Dienstag Hinz und Kunz mit Abscheu und Entsetzen reagierte, packte Bodeit in seiner Erklärung noch eine Schreckensmeldung mit Lokal-kolorit drauf: Freudentanz und Salutschüsse habe es nach Bekanntwerden der Startbahn-West-Morde in der Hafenstraße gegeben. Seine Quelle: zwei "munkelnde" Bekannte. Die seien zwar nicht in der Hafenstraße gewesen, hätten die Nachricht jedoch aus "vertraulicher Quelle gehört". Die Polizei, in solchen Fällen bestens informiert, wußte von nichts. Das erklärte sie auch dem "Abend-

blatt", das davon unbeeindruckt Innensenator Lange mit der Nachricht konfrontierte. "Bewohner der Hafenstraße haben kurz nach Bekanntwerden der Schüsse Raketen abgefeuert."

Etwas farbiger formuliert das "Bild". "In den besetzten Häusern an der St. Pauli-Hafenstraße wurde der Tod der Polizisten lauthals bejubelt. Die Chanten feierten die ganze Nacht. Wenn ein Peterwagen vorbeifuhr, schütteten sie Sekel aus den Fenstern." Polizeikommentar zu diesem Vorfall: "Das war uns ja wohl bekannt." Ist es aber nicht. Bestätigen mag die Hamburger Polizei nur die Anzeige eines ihrer Kollegen, der auf dem Weg zum Dienst ein Transparent mit der Aufschrift "Zwei Morde sind nicht genug" nicht, wie ein "Welt"-Kommentator falsch meldete. "Zwei Polizisten sind noch nicht genug!" an einem der Hafenstraßenhäuser entdeckt haben will. Ob es dieses Transpa-

rent überhaupt gegeben hat, ist unklar. Als eine Streifenwagenbesatzung kurz nach der Meldung ihres Kollegen nachschauen wollte, fand sie es nicht vor. Hafenstraßenbewohner bestreiten indes, daß ein solcher Spruch überhaupt an einem ihrer Häuser gehangen hat.

Was bleibt? Freudentänze, die es nicht gegeben hat, Salutschüsse, die nicht abgefeuert worden sind, Sektorkorken, die nicht geknallt haben. Und ein Transparent, das nur von einer Person kurz und dann nie wieder gesichtet worden ist. Die Bewohner der Hafenstraße waren sicherlich überfordert, wenn sie jede sie betreffende Unwahrheit der Springer-Gazetten dementieren müßten. Vielleicht reichte es für dieses Mal, Herrn Bodeit einen Brief zu schreiben. Denn der hat die Lawne losgetreten.

Axel Kintzinger

Wenn ihr euch die Mühe gemacht hättet, die bis zur Drucklegung der AKTION euch vorliegenden Stellungnahmen aus anderen Städten nicht nur zu dokumentieren, sondern auch zu lesen, wäre eure Schlußfolgerung möglicherweise eine andere und das Editorial dementsprechend anders.

Auch wenn die Schüsse an der Startbahn zunächst "nur" Auswirkungen auf den Widerstand im Rhein-Main-Gebiet haben, trifft dies jedoch nur auf die direkte derzeitige Repression zu. Indirekt ist durch die Schüsse an der Startbahn der gesamte Widerstand getroffen. Denn die Verschärfung der Repression macht ja nicht im Rhein-Main-Gebiet halt. (Nebenbei bemerkt, die Verschärfung der Repression wäre auch ohne die Schüsse an der Startbahn gekommen. Sie dienen lediglich als willkommenes Anlaß.)

Eine eigene Stellungnahme zu den Schüssen an der Startbahn und die Auswirkungen auf den Widerstand laß ich erst mal. Zum einen, weil es schon reichlich Stellungnahmen gibt, zum anderen, weil ich darüber erst noch mit anderen Menschen hier diskutieren will.

Darauf hoffend, daß die nächste AKTION besser vorbleibe ich mit

Geröhl und Härte

LESERBRIEF

zu Hegesias' "Versuch über die Definition der moralischen Freiheit im politischen Sinne", AKTION Nr. 29, 5-87, S. 47

Erstmal was Grundsätzliches vorweg: Was mir nicht gefällt, ist Hegesias' banalisierter Vernunftbegriff ("was aber ist eine vernünftige Handlung - ... sie muß wohl eine humane sein, da Vernunft nur dem Menschen zukommt, ...konkret... nicht töten, ...usf., alles, was schlechte Tugend genannt wird.").

Ich denke Vernunft bedeutet nicht, das wegretouchieren sog. schlechter Tugenden, sondern vielmehr das Umgehen damit, denn sie sind nun einmal im Wesen des Menschen verankert. Ein Beispiel: Aggression zu leugnen, wäre falsch. Gut wäre es nicht, keine zu haben, sondern damit umgehen zu können.

Dann stellt sich auch noch die Frage, wer in "Gut" und "Böse" unterscheidet, d.h. wer eigentlich die "Tugenden" wertet. Vernunft bedeutet für mich der harmonische Einklang zwischen Verstand und Gefühl, wobei harmonisch eben nicht meine nur mit "guten" Tugenden bestückt zu sein (oder platt: Friede, Freude, Eierkuchen), sondern sinnvolles, besser: vernünftiges Umgehen mit Widersprüchen.

Das scene-geläufige Konfliktaustragen z.B., was zwar auch nicht immer klappt, das das Patriarchat noch in so ziemlich allen drinsteckt, scheint mir ein Versuch, einen Weg zu finden, mit Widersprüchen vernünftig umzugehen.

... daß die Einschränkung so gering wie möglich (sein soll), schreibt du. Vom obigen Vernunftbegriff ausgehen, glaube ich, daß es im Optimalfall, der vielleicht nie erreicht werden wird, aber ersarebenswert ist, keine Einschränkung geben wird, da "gut" und "böse" im Einklang harmonisch sind, denn Einschränkung bedeutet, daß irgendwer oder etwas, etwas anderes eben einschränkt, will sagen: Einschränkung ist immer Repression, egal wie gering sie ist.

Du stellst den Menschen von Natur aus über das Tier, "da dies nicht die Möglichkeit hat, abstrakt zu denken"; und "...der Mensch mit dieser Möglichkeit ausgestattet, beläßt sich daran, ...". Letzteres finde ich richtig. Eine Alternative zu dieser "selbstverschuldeten, selbstgewollten Unmündigkeit" (Kant) wäre, daß mensch seine

Fähigkeiten zur Abstraktion nutzt, um sich eben nicht als höchstes Wesen der Natur zu begreifen und sich über alles zu stellen, sondern sich als gleichberechtigtes Wesen der Natur begreift, was sich lediglich von den anderen Wesen unterscheidet, wie sich zum Beispiel ein Tier durch seine Möglichkeit zur Bewegung von den Pflanzen unterscheidet. Natur meint im diesem Sinne die Gesamtheit der Existenz. Lerne mensch, obiges zu begreifen und daraus zu handeln, so ist es möglich, ein kleines Stück Freiheit zu fühlen. Daraus ergibt sich: Freiheit ist nicht nur das politische Ziel - sie ist auch der politische Weg. Es gäbe noch 'ne Menge zu sagen, z.B. zur Wertung von Dingen, zur Natur, Harmonie und auch zur Freiheit, aber ich hoffe, alles relativ deutlich zusammengefaßt zu haben. In diesem Sinne

FREIHEIT UND GLÜCK

S. PYLAKOPA

P.S.: Es stellt sich auch die Frage, wie im bestehenden System, diese Grundsätze verwirklicht werden können, also z.B. wie soll mensch hier vernünftig mit Aggressionen umgehen, wo dieser Staat die Gewalt (die ein Ausdruck von Aggression ist) doch herausfordert? Das läßt sich wohl (vorläufig) nur in einer kleinen Gruppe leben, weil die Gesamtheit (Staat, Gesellschaft) eben nicht vernünftig handelt.



KAMPFZyklus '87?

Zwischen Perspektive und Defensive

Brennende Barrikaden, Frontbegradigungen, taktische Finten, Kubeleien und vorerst die kleine Rochade in die Defensive? Was wird die sozialrevolutionäre Linke aus dem Jubiläumsjahr 1987 als Erfahrung, Erfolg und Perspektive weiter entwickeln? Was wird sie, hoffentlich, als hinderlichen Ballast abwerfen, um manch lästige Symptome radikalisierter Kinderkrankheiten zu überwinden?

Aus dem eiskalten Winter begann 1987, wie fast jedes Jahr mit reichlich guten Perspektiven. Das Libertäre Zentrum hatte sich bewährt, die libertären Tage nahmen in der Vorbereitung konkreter Gestalt an. Gruppen und Gruppen, die sonst elegant aneinander vorbei agierten, brachten es fertig, auf ein gemeinsames Ziel hinzuarbeiten, unter Wahrung strengster Autonomie, versteht sich.

Und da war noch das "Doppeljubiläum". An einigen Häuserwänden standen

plötzlich Parolen wie: "2. Juni 1967 - nichts wird vergessen!" Es lag Spannung in der Luft. Doch es passierte wenig. Die radikale Linke ist längst nicht mehr eine leicht zu rechnende Größe; die zum staatlich medialen Höhepunkt wie der Teufel aus der Box hervorspringt.

20 Jahre 2. Juni und im Herbst der 10. Jahrestag der Stammheimer Morde. Das weckt auch bei an sich nicht zum Esoterischen neigenden, realitätsbezogenen AnarchistInnen seltsam gespaltenen Erwartungen.

Auch war da noch das Jahr I nach Tschernobyl, was kaum noch registriert wurde. Die Anti-Atombewegung, ob alt, ob neu, hatte wieder den steifen Wind politischer und medialer Ignoranz im Gesicht. Es gab verbotene Konferenzen, verzweifelte Protest in Wackersdorf, freigesprochene Hansauer Atommanager. Die Mastgäse sägten, und sie machten ihre Sache gut. Staatsschü-

tzer und Atomlobby warnten vor den sich "buschfeuerartig" ausbreitenden Sabotageakten.

Alles in allem, das Jahr 1987 würde ein Jahr der Offensive werden, wohlge- merkt, einer politischen Offensive, welche die hiesigen Verhältnisse praktisch und theoretisch wieder auf den Begriff bringen sollte.

Das Jahr 1987, ein Jahr der Erwartungen hat auch in den letzten Tagen kaum beschauliche Winterruhe aufgenommen lassen. Es ist finster geworden, kälter sowieso, und vielleicht sind wir schon wieder dort, wo wir uns am besten auskennen: in der Defensive.

Libertäres Ostern

Doch der Reihe nach. Die Libertären Tage in Frankfurt fanden noch unter einer freundlich wärmenden Ostersonne statt. 2000 Libertäre, Autonome, AnarchistInnen, AnarchosyndikalistInnen überwandern seit längerem zum ersten Mal ihre Sprachlosigkeit und lösten sich gemeinsam aus dem engen Rahmen

der jeweiligen Ein-Punkt-Bewegung. "Von den sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution" lautete das Motte. Ein gemeinsamer Überbau erschien greifbar. Kommunikation untereinander sollte verbindlicher und effektiver werden. Sogar eine bundesweite Zeitung war im Gespräch. Wann kommt die ATAZ (je nach Standort: Autonome/Anarchistische Tageszeitung)?

Bedeutend war die Erkenntnis des Miteinanders redens ohne ständig auf die drohende Symbolik eines Bauzauns zu starren oder in informellen Strukturen eine von uns selbst als falsch erkannte Avantgardepolitik zu kultivieren.



Was ist aus den zentralen Themen geworden? Die soziale Revolution leuchtet weiterhin relativ fern am Horizont. Die Militanzdebatte wird an späterer Stelle noch genauer betrachtet. Ökonomie und Klassenkampf, politische Verbindung von Arbeit und Alltag, autonome Frauen - es gab viele Ansätze.

"Wir kriegen uns schon", lautete ein Fazit eines Artikels aus der AKTION Nr. 27, der sich mit dem Verhältnis zwischen Anarchistinnen und Autonomen beschäftigte.

Gemeinsamkeiten gibt es im täglichen Kampf gegen das System, im Widerstand gegen WAAnsnasprojekte und Herrschaft. Anarchismus ist historisch und politisch nachvollziehbar, einst als libertärer Flügel der Arbeiterbewegung und in der Konsequenz gegen jede Form staatlicher, bürokratischer und ökonomischer Herrschaft.

Autonomie ist ursprünglich ein Begriff aus radikalen Kämpfen in Italien. Anfang 1980 entstanden auch in der BRD bewußt autonome Gruppen. Autonomie, das war radikaler Ausdruck einer Opposition, die nichts und niemanden mehr traute: weder dem Kapitalismus, noch den linken Eliten und Parteien. Autonome forderten vehement: "Wir wollen alles, und zwar subito!" Ein berechtigtes Mißtrauen gegen geschlossene Ideologien, Theorien und verkrusteten Organisationen bewahrte die Autonomen davor, den verpaßten Revolutionen ihrer meist

marxistisch hochideologisierten Apo-Großvätern nachzueifern. Autonomie, das war und ist das Unberechenbare, Militante, das beständige Lachen am Ohr des Scharfrichters, das diesen immer wieder an sein eigenes Ende erinnert.

Die autonome Radikalität hat nichts zu tun mit der Revolutionsphysik der K-Gruppen vergangener Jahre. Autonomie entfaltet sich in den sozialen Bewegungen. Im Stadtteil, ist stets konkret und am täglichen Kampf ausgerichtet, immer die Gefahr des politischen Zerfalls vor Augen. Es fehle der Bezug zur Klasse und der bewußt forcierte Klassenkampf, wird den Autonomen vorgeworfen. Dagegen gilt noch immer, daß Geschichte gemacht wird!

"Daß aber die gegenwärtige sozio-ökonomische Entwicklung diese emanzipierende Tendenz nicht mehr in sich trägt, verändert sich vollkommen das Gewicht der subjektiven Tätigkeit des Einzelnen ... unter den Bedingungen, wo Tendenzen qua Tendenzen nicht mehr emanzipierend geschichtlich vorangehen, wird die praktische Tätigkeit der Menschen in der gegenwärtigen Periode von entscheidender Bedeutung für unsere Zukunft."

Dieses Zitat von Rudi Dutschke sagt nichts anderes, als daß aus der Geschichte nicht unwichtig Emanzipation fortschreitet und die Revolution eben nicht durch "objektive Ursachen" und "dauernden Klassenkämpfen" entsteht, sondern daß wir selbst, jeder Mann und jede Frau, bestimmen, was in der Geschichte machbar ist. Immerhin gab es zu den Libertären Tage Ansätze zu einer dringend nötigen theoretischen Aufarbeitung unserer politischen Praxis. Es war aber auch sehr viel Bauch, eine Art Aufbruchstimmung, ein möglicher sozialrevolutionärer Frühling, der durch die Räume der Fachhochschule wehte.

Aber der Sommer schlieferte wieder vieles ein. In Frankfurt z. B. entstand kein libertäres Plenum. Es brauche noch Zeit, meinten einige Autonome. Außer Thesen nichts gewesen? Nicht ganz. Die politische Klärung zwischen Anarchistinnen und Autonomen läuft weiter. "Raus aus dem Getto" ist zum gemeinsamen Begriff geworden. Nach dem Scheitern des Grünen Parlamentarismus und der wachsenden Radikalisierung von Teilen der außerparlamentarischen Opposition ist ein Frühling

der Anarchie denkbar geworden. Berichte aus verschiedenen Städten zeigen, daß es Wirkungen gab.

Ein Jahr nach Tschernobyl

Die nur von Kinderlosen belächelte Betroffenheit der Mütter hat schon wieder der Alltag geschluckt. Bequerelzahlen findet man noch am Freitag in der Frankfurter Rundschau und in einschlägigen Ökomagazinen statt. Doch seit der Atomkatastrophe in der Ukraine kann niemand mehr behaupten, von allem dem nichts gewußt zu haben. In der BRD haben wir nur den zarten Hauch der radioaktiven Pest gespürt. Sie lauert aber auch bei uns in den Atomkraftwerken unter den brüchigen Mänteln aus Beton und Stahl. Diese weißen Betonberge sind schon jetzt die Grabsteine für Millionen von Toten.

Es ist mit ein Verdienst der Mastsäger, daß dieses Thema weiter präsent geblieben ist. Es komme dabei nicht darauf an, wie viele Strommasten fallen, sondern in wie vielen Köpfen diese fallen, so lautet ein Fazit aus den Libertären Tagen. Und die Nervosität der Atomlobby beweist, daß es schon viel zu viele Köpfe geworden sind, denen das Fällen eines Strommastes offenbar als legitimes Mittel des Widerstands galt.

Diese bisher in der BRD populärste Form politischer Militanz soll nun mit allen (unrechtsstaatlichen) Mitteln verhindert und zerschlagen werden. Den Mastsägern gehört unsere Solidarität, und denen, die jetzt von Gewalt und Unrecht zernahen halten wir entgegen, daß es nie so viele Torgeburten und Mißbildungen gegeben hat wie in diesem Jahr. Im relativ kleinen Bekanntenkreis von einem der beiden Verfasser des Artikels waren es dies Jahr fünf! Er war selbst davon betroffen. Eine Fehlgeburt im 6. Monat ist für eine Frau schrecklich.

Es fällt schwer bei den ganzen Heuchlern, der SPD, die nach Tschernobyl atomkritisch wurde und heute ganz kleinlaut geworden ist, den Grünen, die von Versöhnung fasziniert, nicht das kalte Kopfen zu kriegen.

Günther Anders fragte in der taz vor einigen Monaten: "Reicht das Töten roter Dinge?" Im Angesicht einer menschenverachtenden Megaindustrie und ihren ständigen Offensiven gegen das Leben auf diesem Planeten.



Wir, die Devisen in diesem Kampf, haben dabei oft nicht die Wahl der Waffen. Wir reagieren. Die Zerstörung von Symbolen hält Anders für sinnlos. Das ist für die Strommasten nur bedingt richtig. Z. B. wurde so verhindert, daß die Grünen ihr penetrantes Versöhnungsritual mit Staat und Gesellschaft nicht ungestört zelebrieren konnten. Das Thema blieb bis heute ein heißes.

Jubiläum, Militanz und

Pistolenschüsse

Offensiv haben auch militante Demos im Jahre 1987 zugenommen. Randalen in Berlin, heftiger Feuerranz in Freiburg, selbst im schicken Düsseldorf klappte es vernehmlich. Und die Tendenz setzte sich fort. Der Vermummte wurde zum Staatsfeind Nr. 1 und hat damit die sonst so gefürchtete RAF auf Platz 2 der Terrorhitliste verdrängt.



Die symbolträchtigen Tage im Juni und September verstrichen dagegen ohne "Highlights", abgesehen von einer schmerzvollen Demo mit mobilem Polizeikessel. Es waren doch leider nur Medienereignisse mit Gedenksendungen und den unvermeidlichen Talkshows. Auch die eiserne Front westeuropäischer AntimperialistInnen brachte nicht viel mehr zustande als einige Tuschelstrungen, die fast schon eine spiritistische Aura umgaben.

Es kam der 2. November und mit ihm die fast schon vergessene Startbahnbewegung wieder in die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse. "MORD AN DER STARTBAHN", stand am 1.11. auf der ersten Seite einer Zeitung. Die Schuldigen waren schnell gefunden. Die vermummten Chaoten! Autonomie, die neuen "Terroristen"? Der flugs gefärbte und präsentierte Tater paßte dann nicht so recht ins Bild. Er sei ein "netter Kerl", stand zu lesen und "er war lieb zu Tieren". Es setzte eine Distanzierungselle ein. Mit so etwas wollte man nichts zu tun haben. Wir taten uns leid. Wir wußten, was da auf uns zukam: eine beispiellose Kriminalisierungswelle! Einige ganz Kecke versuchten es auf die Otto-Versand-Tour (finden wir gut). Das blieb aber die Ausnahme. Es war das Pfeifen im Wald nach Einbruch der Nacht.

Und was für Spekulationen setzten ein über Militanz, Konsequenz, Versöhnung. Waren die "gezielten Schüsse

auf Menschen" das häßliche Endprodukt des langjährigen Startbahnkampfes? Hervorgegangen aus radikalem Frust und erstarrter Verzweiflung, als ob sich die ganze Bewegung selbst entlarve und vor lauter Perspektivlosigkeit aufgezehrt habe? Schilly, Fischer, "die Zeit" und andere fordern das Abschören jeglicher Gewalt und sehen einen Zusammenhang von der einfachen Regelverletzung bis hin zu den Schüssen an der Startbahn. "Reißt die Masken ab, schneißt die Zwillen weg!" tönt es. Sie reden davon, daß die Schüsse ein konsequenter Ausdruck der Militanz seien. In Wahrheit geht es nicht um Mollied und Zwillen. Die sollen als Symbol der Reue abgelegt werden, da es ihnen in erster Linie um die Abrüstung in den Köpfen und um die Entschärfung der Herzen geht!

Von den Opfern, zwei Menschen, die als Polizisten agierten, redet heute kaum noch jemand. Stattdessen wird eine "Terrorgruppe Eichler" konstruiert, um die Zusammenhänge der Autonomen aufzurollen und endlich, endlich, seit langer Zeit gegen die Strommasten einen Fahndungserfolg vorweisen zu können.

Warten wir ab, was das nächste Jahr bringt. Vielleicht die Erkenntnis, daß das Geschehen um die Morde an der Startbahn so etwas wie das Celler Loch plus "schwarzer Block" unter Regie von Werner Mauss war.

Rückblick und Ausblick

Es ist kein vollständiger Jahresrückblick. Noch beabsichtigten wir die Neujahrsrede des Bundeskanzlers zu wiederholen. Aber es tut not, ab und zu den Kopf aus der Flut zu strecken und sich umzuschauen, wohin wir eigentlich schwimmen.

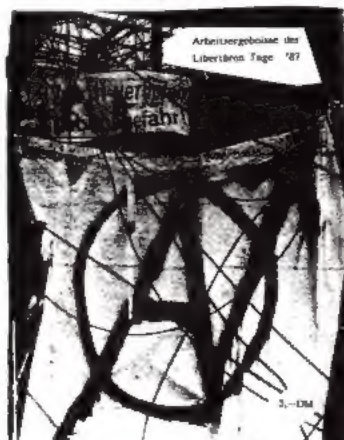
Es gäbe noch viel zum Kampfzyklus 1987 zu sagen. Z. B. ein Grußwort an die Hafenstraße! Dort wurde ein Stück Autonomie politisch und militant verteidigt. Wir dürfen uns unsere eigenen Erfolge nicht wegreden lassen! Wir brauchen sie dringend! Denn es knirscht im Gebälk des Wohlstandsbunkers. Die Yuppies haben dies Jahr ebenfalls ihren Herbst erlebt als weltweit die Börsenkurse zusammenbrachen. Der Dollar sinkt und sinkt. Gorbatschow und Reagan singen gemeinsam Weihnachtlieder, und die Kumpels von Reinhausen verbarrikadieren das gesamte Revier, leider noch in vorheriger Absprache mit Ordnungsamt und Bullerei. Lenins Bahnsteigkarte läßt grüßen.

In den letzten Wochen wurde viel phantasiert über die "Ursachen der Gewalt" und woher die Autonomen und Radikalen denn kommen. Einmal sind es die deklassierten Jugendlichen, Arbeitslose, Frustrierte. Ein andermal haben sie einfach "einen gehörigen Sprung in der Schüssel". Alle möglichen pathologischen, pädagogischen, soziologischen, militärischen Ursachen werden hervorgekramt, nur nicht der naheliegendste: das kapitalistische Backkruz-

stem samt Staat, Herrschaft und Ausbeutung. Seit Tschernobyl, seit Vietnam, seit Bophal, seit ... sind das keine Gründe? Es knirscht im morschen Skelett des Riesen.

Es besteht kein Anlaß für eine reumütige Umkehr hin zu Vater Staat. Die Maloche ist nicht erträglicher, der Wald nicht gesünder und die Staatsmacht nicht freundlicher geworden. Eine sozial-revolutionäre Bewegung wird sich im tagtäglichen Kampf die adäquaten Waffen aneignen, die diesen Prozeß vorantreiben. Das sind nicht in erster Linie Gewehre. Das ist politisches Bewußtsein, Solidarität. Das sind Demos und Flugblätter, Treffs und eroberte Freiräume. Das sind auch Mollied und Steine. Und das sind vor allem unsere Ideen, die sie fürchten und unsere Vorstellung von einer besseren Welt!

WRIGLEYS & Spiegelbruch



ARBEITSERGEBNISSE DER LIBERTÄREN TAGE

Endlich sind sie erschienen: Die Arbeitsergebnisse der Libertären Tage Ostern '87 in Frankfurt. Diese und die Arbeitsmappe (Reader) sind nur gegen Vorauszahlung erhältlich beim:

Libertären Zentrum
Kriegstr. 38

6000 Frankfurt

Die Arbeitsergebnisse kosten 3.-DM + 0,70 Porto und die Arbeitsmappe (Reader) 5.-DM + 1.-DM Porto.

Zahlbar mit Schecks, in Briefmarken oder durch Überweisung (war uns am liebsten) auf folgendes Konto:
G. Neumann (LT)
Postgironumt Frankfurt
Nr. 500812 - 602
BLZ 500 100 60

DAS NEUE FRANKFURT



Hin und wieder flattern den Menschen selbst in den feuchtesten und von der Bausubstanz heruntergekommensten Sozialwohnungssiedlungen bunte Hochglanzbrochüren der Stadt Frankfurt ins Haus.

Da grinst denn ein feister, marzipanschweinchenrosa-gefärbter Oberbürgermeister gleichgültigen Gesichtern entgegen und zeigt trotzdem, wie sich das in Frankfurt versammelte "Kapital" die städtische Entwicklung zur "Dienstleistungsmetropole Nr.1" so vorstellt.

Ein Horrortrip, Alpträumcity, schlimmer kann kein Video sein.

Die Metropole, vollgepfropft mit völlig unnützen Bürohochhäusern, leergeräumt von Menschen, die Wohnraum zum Leben brauchen und an den Rand gedrängt werden, benutzt nur noch, im Werktagrhythmus, von flatternden Tipplwesens und grauen Boss-Anzügen und Gebülmtes und Gestreiftes und mit Wet-Gel-Eingeseiftes, daß sich Hamburger und Pommes reinschiebt, in der Mittagspause, denn das Leben ist ja hart genug.

Dazwischen, hinter Mövenpick-Eiserrinnen, grünen graumelierte Apo-Fossilien in den urbanen Stinkhimmel und freuen sich ihres "postmodernen" Daseins, haben die Identitäten gewechselt und sich eingewaschen, inmitten des so gelben Pulschlages der Metropole. Der Strand für sie liegt längst nicht mehr unter dem Pflaster, sondern mittlerweile im Barraum des Hotels Plaza, in dem empfehlenerweise für den metropoliten Wohlstandslinken der Nighttrip beginnen könnte, wie das im PFLASTERSTRAND, dem Zentralorgan der Vereinigung Blümenanten Neudeutschen Spießermittelstandes, so appetitanregend beschrieben ist.

Und damit denn schließlich, zwischen den zahlreichen Kapital-Verbrechersyndikaten wie Deutsche- und Dresdner Bank, wie Citi-Bank, Commerz und Chase-Manhattan, das innovative Dienstleistungsklima nicht abhanden gerät, das so dringend benötigte, braucht es zur pflegeleichten Entspannung Hunderte-Millionen-Schwere Kultur, die den Ärmsten der Stadt "bedauerlicherweise" im leeren Magen liegt, die aber umso heftiger in entsprechende Kult-Tempel gepreßt wird, wo dann schon mal auch kritische Worte und Bilder zum Sonntag gezeigt werden dürfen, in Maßen natürlich und "demokratisch" ausgewogen.

Das raschelt durchs Gemüt, das urbane Liebeslied. Stadt der Kosmopoliten, baut höher, weiter, schneller, supergeiles, zeitgeist-zynisches, schulze-müller-Onkel Huber-haftes und verbrecherisches Frankfurt, mensch müßte dir solange ins Gesicht kotzen, bis du endlich erstickt bist.

Das Gesicht des "Neuen Frankfurt" bekam J. zu spüren. Für ihn begann "metropolitanes Überleben" (=Pflasterstrand O-Ton im Artikel über Kneipenleben) mit einem Job bei Firma Stark, im Griesheimer Stadtweg 89 in Frankfurt, Baunternehmung, begann mit 7,- DM brutto/Std. und einer Unterkunft auf dem Firmengelände. Firmengelände bedeutet hier einen Haufen Metallschrott, Abfall und ausgediente Bauwagen, in einer wenig postmodernen, weil feuchten Baubarracke mit mehreren Doppelstockbetten und einem Waschbecken für alle dort hausenden Leute. Was selbstverständlich Miete kostete, direkt vom Lohn einbehalten, schreiende 150,-DM für ein Bett und die Benutzung des Waschbeckens im Monat. Ausgangsbedingungen, wie sie speziell für AusländerInnen, insbesondere AsylanfängerInnen üblich und bürgerlichen Medien keine

Humanheuchelei wert

sind.

Stark zog nun von den 7,-DM Sozialversicherungsbeiträge ab und steckte sich diese in die eigene Tasche, wozu versichern, die haben doch eh gut genug, solln froh sein, daß sie hier überhaupt arbeiten dürfen. Für die ist das doch viel genug, sind Sprüche, wie sie nicht nur auf dem Bau sehr oft zu hören sind. J. "lebte" und "arbeitete" nun in der Metropole auf diversen Baustellen des so blitzenden "Neuen Frankfurt" ca 14-16 Std. am Tag. Aber das urbane Lebensgefühl, das vielleicht in der Bar des Plaza so tierisch in den Knochen kitzelt, mochte sich bei ihm nicht so ganz einstellen. Nach einigen Monaten schwerster Arbeit, permanenter Kontrolle und Angst, den Ausländerbullen verpöffen zu werden, wurde J. vom Bagger der Firma Stark (gefahren hat das Ding Stark selbst) im Oberschenkel- und Beckenbereich zerquetscht.

J. überlebte zwar, ist heute aber invalide.

Stark behauptete nach dem Unfall J. wäre nie bei ihm beschäftigt gewesen, noch besser, er würde J. überhaupt nicht kennen. Mittlerweile ging es nicht mehr nur um den Arbeitslohn, der noch nicht ausbezahlt war, sondern auch um die Lohnfortzahlung für die Dauer der Verletzung, insgesamt um einen Betrag von mehreren tausend Mark. Es war J. vorerst nicht möglich nachzuweisen, daß er bei Stark beschäftigt gewesen war, denn alle hielten dicht, die Kollegen, selbst Ausländer, die Auftraggeber von Stark, die Baunternehmung Böscher, Große Seestr. 32 in Frankfurt, die wiederum direkt vom Hochbauamt der Stadt Frankfurt mit dem Rohbau des Museums für Vor- und Frühgeschichte beauftragt wurde.

Sie alle kannten J. und schwiegen.

Unterdessen kassierte Stark jedoch von der AOK 80% der nie an J. ausbezahlten Lohnfortzahlungssumme, dreist, aber Pech, da dadurch die Sache denn doch aufzog.

Der Lohn ist bis heute nicht ausbezahlt, da Stark mit legalen Mitteln (Zwangsvollstreckung u.ä.) nicht bezu- kommen ist. Er behauptet nicht zahlen zu können, keine Aufträge zu haben. Bleibt die Frage, warum alle dem Unternehmer stützten, bzw. sich weigerten vor dem Arbeitsgericht als Zeuge für J. aufzutreten.

Uns wurden Informationen zugespielt, wonach es für Baunternehmen, vor allem Klein- und Mittelbetriebe, nichts außergewöhnliches ist, mittels bezahlter Schlägertrupps illegale AusländerInnen bzw. illegal/legal arbeitende AsylanfängerInnen unter Druck zu halten. Rechts- und Statuslos haben die AusländerInnen



sich den gesetzlichen Bedingungen zu unterwerfen, andernfalls werden sie krankenhaushausreif geschlagen oder den Ausländerbauten ausgeliefert. Es ist schwer diese Schlägertrupps nachzuweisen, es sind selten organisierte Gruppen, sondern spontan zusammengekauften, die sich nach getaner "Arbeit" wieder auflösen. Natürlich arbeiten die Bauunternehmer Hand in Hand, natürlich wissen auch die "Herren" der auftraggebenden Firmen von diesen Methoden, jedoch sind ihre Finger rein gewaschen. Die Drecksarbeit nur schwer beweisbar.

Wie eng z.B. Stark und Böschner verknüpft sind, zeigt die Tatsache, daß Böschner gelegentlich die Löhne für Leute von Stark ausbezahlt, wenn Stark nicht dazu in der Lage war. Wie eng die Verknüpfungen überhaupt sind, zeigt der Scrapbaubauamtsskandal, zeigen Bestechungsgelder und die Verhaftungen von mehreren Bauunternehmern in diesem Zusammenhang.

J. Schicksal ist zwar tragisch, aber, und das soll ausdrücklich festgehalten werden, kein Einzelfall, das Vorgehen des Unternehmers Stark gegen "seinen" Ausländer nicht Ergebnis individuell kriminellen Handelns.

Bestechung, Erpressung, brutale Gewalt und Einschüchterung, Verfilzung, mieser Lohn und unerträgliche Wohnbedingungen sind der Boden, auf dem die Paläste des "Neuen Frankfurt" wachsen.

Leben und Arbeiten in Frankfurt, das bedeutet speziell für Menschen aus anderen Ländern ständige Angst, Mißhandlungen, Prügel, Armut, und ständige Entwürdigung.

So arbeiten im Cafe des städtischen Palmengarten beispielsweise vor allem jugoslawische und türkische Frauen für einen Hungerlohn von DM 6,-/Std., müssen in den Unterkünften des Cafe-Besitzers, der ganz nebenbei beträchtliche Zuschüsse von der Stadt für den Betrieb des Cafes kassiert und, sicheren Informationen zufolge, auch vor entsprechenden Büttelüberprüfungen von "berufener Seite" Informationen zugesteckt bekommt, leben und sind ebenfalls nahezu rechtslos, können sich nicht wehren, da sie von dem Hungerlohn absolut abhängig sind.

Firma Merck in Darmstadt, die FAG am Flughafen, "halten" sich ebenfalls Ausländer und Asylanter wie Arbeitsvieh. Auch dort "leben" die Menschen in primitiven Baubarracken. In Darmstadt soll es so weit sein, daß Asylanter das Firmengelände nicht verlassen dürfen. Geschieht das dennoch, werden die Leute von den Bullen aufgegriffen und auf das Firmengelände zurückgezwängt.

Eine Baufirma Barisa Eres GmbH in Offenbach, beschäftigte für 83 Stunden einen ehemaligen Suchtkranken, der mit Ach- und Krach einen Entzug geschafft hatte, als Kranführer, ohne ihm jemals Lohn ausbezahlen. Auch hier wird mit angeblicher Zahlungsunfähigkeit argumentiert, ist die Firma legal nicht greifbar, die Liste liesse sich endlos fortsetzen.



Aber nun geht es natürlich nicht nur darum, eine Liste von Schweinereien aufzustellen, herumzujammern und nach Verbesserung zu schreien. Unternehmer wie Stark werden vielleicht irgendwann zahlen, wenn der öffentliche Druck auf ihn einsetzen würde. Die Theorie vom schwarzen Schaf im Bauwesen, das zur Strecke gebracht wurde, ginge dann durch die Presse. Vom Dreck des Bodens fände sich keine Spur.

Daß solche Schweinereien passieren ist nicht überraschend, wichtig ist nur festzuhalten, daß im Bereich des Bauwesens die Widersprüche aber vielleicht mit am heftigsten auftreten, die Menschenverachtung eines auf Verwertungsinteresse basierenden Systems hier sehr deutlich hervortritt, und für uns vielleicht von daher ein Einhalten mit unseren Vorstellungen gelingen könnte. Eins der möglichen Hebelchen um Widersprüche zu verschärfen.

Eine mögliche Umgehensweise wäre für uns dann z.B. eine von mehreren Flüchtlings- und Asyl bzw. Antifragruppen getragene Kampagne zu Arbeits- und Lebensbedingungen, zu den faschistoiden Methoden, dann exemplarisch für andere Bereiche, im Bauwesen.

So sind Konzerne wie die HOCHTIEF AG natürlich auch hier wieder mit

dabei. HOCHTIEF baut nicht nur Kernreaktoren und derzeit federführend die WAA, HOCHTIEF baut an der Bundesgartenschau und beschäftigt in allen möglichen Projekten zahlreiche Subunternehmer, die wiederum gegen den Kapitaldruck des Konzerns, keine andere Möglichkeit sehen als die letzten in der Kette, vor allem die ausländischen ArbeiterInnen unter schwersten Druck zu setzen. Oder die PHILIP HOLZMANN AG, ist nicht nur, zusammen mit Stadträten, wie dem Baudezernenten Haverkamp, im Aufsichtsrat der Hellerhof AG vertreten, jener "gemeinnützigen" Wohnungsbaugesellschaft, die die langgestreckten, durchweg feuchten und unzumutbaren Wohnkäste der gleichnamigen "Hellerhof-siedlung" im Gallusviertel verbrochen hat, sondern auch Hauptbauführer

der Ausbauvorhaben der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", die sich weiter und weiter in den Stadteil frßt und für die in absehbarer Zeit Menschen aus 130 Wohnungen sich ihren Lebensraum zerstören lassen sollen.

Es ließen sich genügend Bögen schlagen, Verknüpfungen aufzeigen, Kapitalstrategien analysieren, die alle immer wieder zum gleichen Punkt kämen.

Zu den erbärmlichen Bedingungen unter denen Menschen in den Metropolen (und natürlich auch woanders) zu leben gezwungen werden. An diesem Thema liesse sich die vielzitierte "Kontinuität" entwickeln, da wir endlich nicht nur "autonome Feuerwehr" zu spielen bräuchten, sondern, ganz nebenbei, unsere eigenen Arbeits- und Wohninteressen gleich mit durchsetzen könnten. Soziale Gegenmacht oder militante Gegenwehr könnte auch hier beginnen. (Und wenns, als ersten Schritt erstmal so weit käme den Schlägertrupps etwas entgegenzusetzen, da betroffene Einzelpersonen das nicht tun können.)

Und nebenbei- würden wir mit dem Aufgreifen solcher Widersprüche, speziell in der jetzigen Frankfurter Situation, neben der Arbeit zur sich mehr und mehr ausweitenden Repression,

WILDCAT

Karlsruher Stadtzeitung
Postfach 3644
7500 Karlsruhe

Für Elm selbst 2,50 + 80 Pfg. Porto
ABO: für vier Hefen 10 Mark auf Post-
gito Karlsruhe 1257 03-765

vielleicht vom Ohnmachtsgefühl des An-die-Wand-Gedrückt-Seins wegkommen und eine neue politische Offensive gewinnen, die auch das Bild von dem oder der stumpf "dahinpragelnden Autonomen" entzerren und richtigstellen könnte.

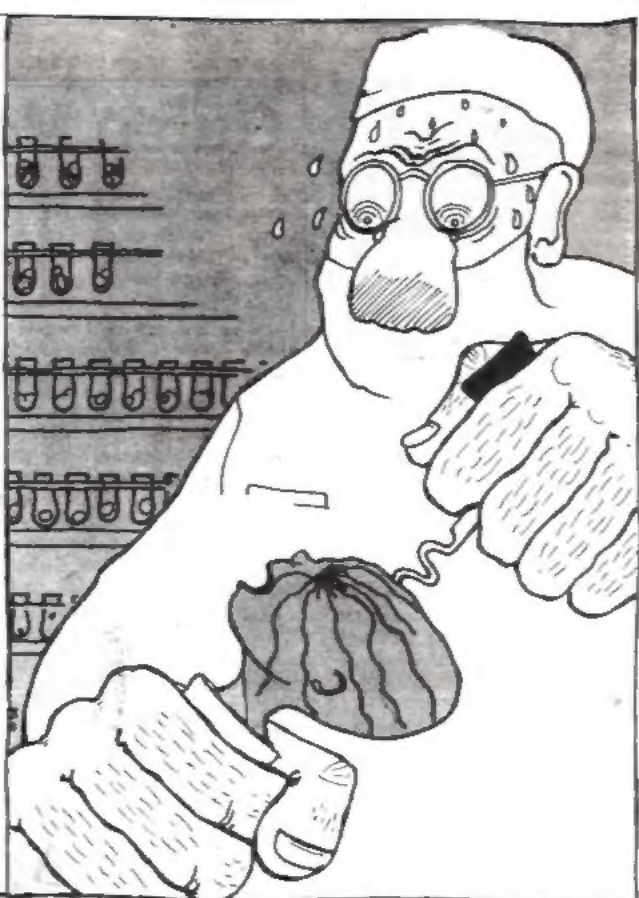
Es wäre also, inhaltlich gesehen, gar nicht so schwer, kontinuierliche Arbeit zu leisten, Politik, die uns betrifft, gegen die wir uns zur Wehr setzen, mit Mitteln, die wir im Laufe der Zeit entwickelt haben und die sich in der momentanen Situation auch bewähren.

Alle die genannten Möglichkeiten sind natürlich nur als Diskussionsansätze gedacht, was mit Informationen, wie denen im Falle von Stark, angefangen werden könnte, welche Perspektiven sich daraus ergeben. Ob das Thema für ein Stadtplenum, für Asyl- und Flüchtlingsgruppen, für autonome Gruppen und andere relevant ist, wird sich zeigen. Faktisch wäre nur, daß sich aufgrund der Verknüpfungen Gruppen unterschiedlichster Richtungen zum Thema "Arbeit und Leben" langfristig verhalten könnten, und meiner Meinung nach auch sollten.

Fürs erste wären wir an weiteren Infos interessiert. Wenn euch also irgendetwas in Richtung Bau zu Ohren kommt, so lasst es rüberwachsen.

Vielleicht findet sich ja doch mal eine Möglichkeit dem "Neuen Frankfurt" gemeinsam eins in die polierte Fresse zu hauen und gleichzeitig einen Schritt weiter in Richtung sozialer Revolution zu kommen.

Alois Mieselprim



KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL KULTURTEIL

PLATTENKRITIK

Frankfurt Independent auf Vinyl

1. SET FATALE efa 08/8553

keine bezeichnung für die 1987 erschienene lp von SET FATALE passt besser als krautrock, die musik erinnert einerseits stark an die werke von grobschnitt mit einem leichten touch amon düö 11, zum anderen als ein versuch, die neue deutsche welle fünf jahre nach ihrem untergang mit psychedelicrock elementen neu zu beleben, getrübt wird das, für krautrock fans only, vergnügen durch ziemlich debile, größtenteils deutsche texte. extrabreit läuft grüßen, die technisch gut klingende platte empfiehlt sich als background zu leicht gestrecktem marok, hellem libanesischen und für leute, die der deutschen sprache nicht mächtig sind.

2. RANDOM CONFUSION Head in the rhythm mam 502

die jazz-rock musik der RANDOM CONFUSION ist schwer eingängig, alles andere als leicht und als background gedudelt völlig ungeeignet.

wenn mensch sich an den englischen gesang, der episch, lazziv, stellenweise interessant ungewöhnlich und wenn überhaupt, dann nur an RANDOM CONFUSION erinnert, gewöhnt hat, stechen die blasinstrumente saxophon und trompete hervor, ohne das restliche instrumentarium, bass, guitar, piano, drums zu verdrängen.

nach dem stück "no escape for the rape" oder spätestens nach "instruction" kommt unweigerlich der gedanke zu hönkel in plattenläden auf, um sich weitere lp's der RANDOM CONFUSION zu besorgen. wer dort nicht fündig wird, kann sich an die auf dem inner-cover, auf dem die texte zu finden sind, angegebene kontaktadresse halten: RANDOM CONFUSION c/o NAM-Aufnahme

M.Maier

Schmidtstr. 10a

6000 Frankfurt

Gegenanzeige: die musik der RANDOM CONFUSION ist dreckig und unhygienisch. eventuelle infektionen werden bei erhöhter plonzahl ausgelebt!



TAPE WORK

"unser kleiner despot" kbe 02

politisch, aggressiv und schnell ist der cassetten sampler mit 13 verschiedenen gruppen und 28 tracks aus diesem unserem lande, die alle einen textlich politischen inhalt haben und deren niveau meist weit über der "immer-druff-auf-die-bullen" aussage liegt.

die texte, von ein paar englischsprachigen ausnahmen abgesehen, sind in deutsch und in einem 48seitigem (!) beilieg nachzulesen, in dem es zudem noch umfangreiche infos zum sampler und den gruppen gibt.

die musik ist überwiegend punkig und emotional und wird durch reaggae, elektronische rhythmiken oder melodiosen rock abwechslungsreich ergänzt. wer die chromdioxid c-90 dolby b cassette, deren inhalt einen einblick in die gegenwärtige polit-rock scene ergänzt, haben will, sie kostet sechs mark plus porto, kann sich an die AKTION wenden, schickt aber kein geld, da der vertrieb nicht über uns läuft (wir geben eure bestellung an das label weiter).

FENRIS WOLF



Guten Morgen BRD...

Genau 1 Jahr nach den Besetzungen, Räummungen und dem Bullenterror des letzten Jahres empfinde

ich bei den jetzt anrollenden Prozessen, wie stark wir uns seitdem individualisiert haben. D. h. nach einer Aufarbeitungsphase bis ca. zu den Libertären Tagen (vgl. Häuserkampf - Reader: "Auf der Weender nachts um halb eins"), kam ein Bruch. Sowohl persönlich als auch politisch entwickelten sich stark unterschiedliche Alltage und Schwerpunkte, individuelle Existenzprobleme gesellten sich zur relativen Lähmung aller politischen Gruppen der Stadt. Was bei den Häuserkämpfen aufgeblüht war, erlosch in der düsteren Realität bzw. reduzierte sich auf persönliche Zufallsbegegnungen. Politische Diskussionszusammenhänge zerfielen, der normale Scene - Alltag machte sich wieder breit: Punktuelle Reaktionen (Fascho - Alarms, Hafenstraße) und Veranstaltungen/Treffen (Stammheimer Morde, IWF- und zuletzt die Startbahn). Bei diesen Scene - Plänen wurde enttäuschend oberflächlich und unehrlich geredet. Grundsätzlich verschiedene Positionen wußten zwar gegenseitig voneinander, hatten aber anscheinend einfach keinen Bock, ehrlich - und wenn nötig kontrovers - zu diskutieren. Ob das daran liegt, daß dann der gemächliche Scene - Smalltalk - Alltag der Provinzstadt durcheinander kommen könnte? Naja, kein Lamento, sondern so empfinde ich es. Auf der einen Seite bringt der Streß überfüllter Scene - Plänen nicht, auf der anderen Seite vermisse ich aber auch schmerzlich streßfreie, persönlich-ehrliche Diskussionszusammenhänge, wie wir sie vor einem Jahr noch hatten. Denn nur so waren wir überhaupt in der Lage, die Power für die Häuserkämpfe aufzubringen (vgl. dazu auch Aktion Nr. 25). Ausgelöst wurden diese - spontanen - Überlegungen durch ein sehr lange nicht mehr verspürtes Gefühl beim ersten öffentlichen Häuserkampfprouzess am 30. 12. 87. Menschen, die sich das ganze letzte Jahr über

kaum gesehen hatte, die aber alle für sich die Besetzungen überhaupt erst möglich gemacht hatten, trafen hier wieder aufeinander. Da blitzte - zumindest in mir - kurz wieder was auf, als ob die Kette von Vorbereitung, Durchführung, exekutiver Abräume nicht ganz abgebrochen wäre, sondern auf einmal, wo es drauf ankam, beim letzten Kettenglied - der legislativen Fertigmache - weitergeht. Kollektivität, die Kraft, die uns treibt - ein bisschen sowas spürte ich, neben und hinter mir im Gerichtssaal, vor derselben liberalen Richter- maske, die damals die SA - mäßige Bullenrazzia im Juzi angeordnet hatte.

Das war allerdings nur einen kurzen Moment so. Dabei muß aber noch gesehen werden, daß während der langen Zeit zwischen dem letzten Winter und den jetzt anstehenden Prozes-

sen die Vorbereitung der Verfahren auf wenig mehr Personen, als den Angeklagten, hängen- geblieben ist. Es ist also genau das eingetreten, was vor einem Jahr kaum vorstellbar war. Prozeßvorbereitung, Absprachen, politisches nach-außen-Treten der Prozeß- vorbereitungsgruppe lief im kleinen Betroffenenrahmen ab - zwar innerhalb der Szene, doch ohne sie, die sonst, wie z. B. bei den Startbahndiskussionen die Räumlichkeiten aus den Nähten platzen läßt.

**Auf das sie uns nicht kleinkriegen!
Gegen politische Maschinen und
elitär-taktierende Polittmacker!**

**Ohne echte Gleichberechtigung unterschiedlicher revolutionärer Ansätze kann es keinen kollektiven Be-
freiungskampf geben!**

Auf jeden Fall sollte klar sein, das Prozesse zumindest 'ne Menge Knete kosten. Zwar haben alle im Kopf, daß die Bewegung, aus der heraus die "Straftaten" begangen worden sind, gemeint ist - und nicht nur die zufällige Erwischten, die es ausbaden sollen - doch rollt der Rubel bis jetzt ausgesprochen spärlich. Um dies zu ändern gibt es nun einen Kalender - **Guten Morgen BRD** - so heißt er und wartet nur darauf für 5 teutsche Mark + 1,80 Portogekauft zu werden: 13 kollektiv gestaltete Seiten aus dem Herz der Göttinger Bestie. Zu bestellen über FAU/Göttingen,



Postcheck-
konto Nr.:
386374-300,
Postgiroamt
Hannover, S.
Viani.

Zum besseren
Verständnis
dessen, wor-
um es in den
jetzigen Pro-
zessen kon-
kret geht, brin-
gen wir im fol-
gendem Aus-
züge aus dem
Flugblatt "Politi-
sche Justiz in
Göttingen"
von Ende Ok-
tober/Anfang
November 87.

**Politische
Justiz in Göt-
tingen**

Es ist nicht
neu: Auf poli-

tische bewegte Zeiten folgen politische Strafprozesse. Dummerweise scheinen die Bewegungen aber inzwischen in vollkommenem Dornröschenschlaf zu liegen, aus denen heraus die "Straftaten" begangen wurden. Ca. 100 Einzelpersonen erwarten jetzt ihre Urteile, die sich von Freispruch oder Prozeßbeinstellung gegen geringe Geldbuße bis Knast ohne Bewährung (droht im Fall von Rainer) erstrecken können.

Und diese Einzelpersonen stehen bisher auch weitgehend allein da - erst wenige Ansätze von Solidarität zeigen sich, die über reine Betroffenenzusammenschlüsse hinausgehen. Aber genau eine darüber hinausgehende Solidarität täte Not und ist in den Parolen der Bewegung auch immer selbstverständlich gewesen, vom "zusammen leben - zusammen kämpfen" des letztjährigen Häuserkampfes bis zur "Solidarität statt Selektion" des Studiprotests im Mai und Juni ().

Die folgenden Beispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Erstens haben wir bloß schwerpunktmäßig einige "politische" Prozesse ausgewählt, und zweitens ist letztlich jeder Prozeß politisch, ob Rechtsstreit mit VermieterIn, Ladendiebstahl oder Banküberfall.

1) Ziemlich genau vor einem Jahr geschah in Göttingen, was es bis dahin länger nicht mehr gegeben hatte. Ein Haus wurde besetzt. Ende November kamen zwei weitere dazu und alle drei zusammen wurden am Vormittag des 1. 12. 86 von starken Polizeikräften geräumt. 25 Verhaftungen in der Burgstr. 7, 8. Personalienfeststellungen im Schieferweg, niemand erwischte am Theaterplatz. Die Prozesse wegen Hausfriedensbruchs gegen diese 33 Leute haben bereits begonnen. Außerdem werden Leute strafrechtlich verfolgt, weil sie den Abtransport der Gefangenen aus der Burgstr. behindert haben sollen.

Am Abend dieses 1. 12. 86 fanden sich dann ca. 400 Leute im Juzzi an der Burgerstr. ein, um über das weitere Vorgehen nach den Räumungen zu beraten. Bevor das Treffen aber richtig begonnen hatte, umstellten und stürmten mehrere Hundertschaften Polizei das Gebäude, um mit Photos und Personalien aller Anwesenden ihre Datensammlung aufzufrischen. Dieser sogenannten "kleinen erkenntnisdienlichen Behandlung" widersetzten sich einige wenige, sie sehen jetzt einem

Strafverfahren wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" entgegen. In der ersten Hälfte dieses Jahres wurden dann 2 weitere Häuser besetzt und jeweils nach wenigen Stunden wieder geräumt: die "Rosa Villa" in der Bürgerstr. von Frauen, da das vorherige Frauenzentrum in der Kurzen Geismarstr. dem Abriß zum Opfer gefallen war und die Luisenschule in der Baurat-Gerber Str., ebenfalls mit dem Ziel, ein Frauen- oder ein Stadtteilzentrum einzurichten. Von beiden Aktionen gibt es je ein Strafverfahren, einmal wegen Hausfriedensbruchs, einmal wegen "gefährlicher Körperverletzung" - ein Fotograf soll den Hausmeister verprügelt haben. Bei ihm wurde dann auch eine Hausdurchsuchung vorgenommen und Photos beschlagnahmt.

ren hören müssen. Deswegen stehen sie jetzt in der 2. Instanz vor Gericht. In der 1. waren sie freigesprochen worden.

Die staatsanwaltschaftliche Taktik der Kriminalisierung von EntlastungszeugInnen ist inzwischen landauf landab gang und gäbe bei politischen Prozessen. In Wackersdorf z.B. wurden schon Zeuginnen nach ihrer Aussage aus dem Gerichtssaal heraus in den Knast gesteckt. Dahinter steckt die merkwürdige Logik, bei Widersprüchen zwischen den Aussagen von Beamten und gewöhnlichen Sterblichen sagten die Beamten höchstwahrscheinlich die Wahrheit, da sie andernfalls ihren Be-

amtenstatus aufs Spiel setzten. Es wird hierzulande offenbar immer öfter kanter, die Wahrheit zu sagen, wenn sie mit der herrschenden Meinung nicht übereinstimmt ().

3) Schon seit Sommer zieht sich ein anderer Prozess hin. Angeklagt ist Rainer Drucker bei m



Kollektiv "Aktiv Druck" (...)

In all diesen Fällen handelt um Strafverfolgung im Zusammenhang mit Hausbesetzungen. ()

2) Anfang Dezember findet ein anderer Prozeß statt. Angeklagt sind 4 Leute wegen Meineid bzw. Falschaussage. Sie waren Zeuginnen im Prozeß gegen Mike, der 1982 auf dem Weg vom Theaterkeller in die Stadt bei der Volksbank eine Scheibe eingeschmissen haben sollte. Dieser Prozeß wurde eingestellt, nicht zuletzt aufgrund der entlastenden Aussagen der 4, die kurz vor bzw. zusammen mit Mike bei der Volksbank vorbeigekommen waren und sagten, sie hätten kein Scheibenklirren gehört.

Die Aussagen der im Prozeß gegen Mike aufgetretenen polizeilichen Zeugen widersprachen den Entlastungszeuginnen. Diese hätten Scheibenklir-

(hierüber haben wir bereits in der Aktion Nr. 28, S. 16-19, sowie in Nr. 29, S. 35 berichtet)

Der nächste Verhandlungstermin in dieser Sache steht noch nicht fest. Rainer ist aber außerdem des Ladendiebstahls angeklagt. Er soll bei Kackstadt Bücher geklaut haben, wober ihn der Detektiv gesehen haben will. Auch hier wimmelt es von Unstimmigkeiten und entlastende Indizien werden vom Gericht höchst merkwürdig gewertet. In der ersten Instanz lautete das Urteil auf 90 Tagessätze, aber die Staatsanwaltschaft will mindestens 8 Monate für Rainer (8 Monate für ein paar geklaute Bücher!), und so ist der Prozeß auch mittlerweile in der 2. Instanz angelangt. Der nächste Termin steht aber ebenfalls noch nicht fest.

4) Im Mai und Juni dieses Jahres gab es an der Uni eine relativ starke Protestbewegung gegen das von der Rds. Lan-

desregierung vorgelegte Kürzungsprogramm (...) Als Protestform wurde von den StudentInnen der aktive Unistrek beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde von den SozialwissenschaftlerInnen am 22. 6. 87 das Oecorum besetzt und von innen blockiert. Auf Drängen der Unileitung wurde dann gegen 10 Uhr das Oec mit starkem Polizeiaufgebot geräumt. Ohne Vorwarnung drangen die Bullen in das Gebäude ein und ließen so den BesetzerInnen keinerlei Möglichkeit, das Oec evtl. freiwillig zu verlassen. Während der Personalienfeststellung kam es zwischen der Polizei und SympathisantenInnen vor dem Gebäude teilweise zu Auseinandersetzungen. Gegen die 29 BesetzerInnen laufen jetzt Verfahren wegen Nötigung und Hausfriedensbruch. (...)

Weiterhin haben 3 Leute, deren Namen der Unleitung aus anderem Zusammenhang bekannt waren, polizeiliche Vorladungen bekommen, da gegen sie Strafanzeige wegen Nötigung vorliegt (...)

Nachtrag

zu 1) Der erste Prozeß vor dem Jugendgericht endete mit 100 DM, abzuweisen in "Sozial" Arbeitsstunden. Der zweite Prozeß endete ebenfalls mit jeweils 100 DM für die beiden Angeklagten.

Der dritte Prozeß endete mit einer Einstellung (!), wofür unser Freund 150 DM latzen mußte.

Der vierte Prozeß endete mit jeweils 235 DM für die beiden Angeklagten. zu 2) Der Prozeß gegen die 4 ist formal wegen Nichterscheinen eines Zeugen erstmalig geplatzt. Es bleibt abzuwarten, ob die Schweine nach diesem Flop und nach mehr als 5 Jahren tatsächlich nochmal einen neuen Anlauf wagen.

Außerdem

Ein Prozeß gegen einen Genossen, der laut Anklage angeblich Tritte gegen den Mercedes unseres Bundeskanzlers im Anschluß an eine Wahlkampfveranstaltung Ende letzten Jahres getätigt haben soll, endete mit der harten Strafe von 5 Monaten auf 3 Jahre Bewährung (!) - begründet mit zwei angeblich vorher begangenen Lebensmitteldiebstählen. Ein weiterer Prozeß wegen "Körperverletzung" gegen einen Angehörigen der faschistoiden Sek-

te "Initiative Neue Linke" endete - soweit wir in Erfahrung bringen konnten - ebenfalls mit 5 Monaten auf 3 Jahre Bewährung!

In der Nacht vom 29. auf den 30. 10. 87 wurde der Totalverweigerer Torsten auf offener Straße mit gezückter Wumme von Bullenschweinen verhaftet und nach mehrtägiger Odyssee in den weit entfernten Knast von Lingen verfrachtet. (Zur Thematik Totalverweigerung vgl. im übrigen auch Aktion Nr. 26 S. 18-21.)

Volle Solidarität mit Torsten und allen Totalverweigerern!

Schreibt Torsten!

Kontakt: Schwarze Hilfe Göttingen c/o Buchladen Rote Str., Rote Str. 10, 3400 Göttingen

Also was tun?

Kalender kaufen oder Knete überweisen auf

- Häuserkampf-Solidaritätskonto BiG Göttingen BLZ 260 101 11/ Kto Nr. 201969637800,
- Konto des Rechtshilfslonds Göttingen Sonderkonto A. Goldau PGiroA Han 415672-303/B.L.Z. 250 100 30;
- Prozeßhilfe Totalverweigerung Stadt Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01 Kontonr. 1190 39 154

Dicke Grüße nach Bern!
Kampf der Klassenjustiz!

Elementi Scatenati

In letzter Minute

Wegen akuten Zeitdrucks schaffen wir jetzt nicht mehr, als das Flugblatt der autonomen SchülerInnen über ihre kurzliche Schulbesetzung und den darauffolgenden Bullenterror zu dokumen-



tieren. Sorry

In diesem Zusammenhang und anläßlich des Jahrestags der Besetzungen klirren übrigens unlängst die Scheiben bei dem Spekulantenschwein Dr. Heidebreder und dem CDU-Schreibtischtäter Nickel - und schaffen sobuttersäurigen Durchzug

Weiter so,
Deutschland!!!



POLIZEITERROR GEGEN SCHÜLER

Um halb acht waren wie geplant zahlreiche Schüler/innen im MPG versammelt. Die Eingänge, die auf das Hauptportal verperret bedingung für die an der Wertsatzung teilnehmenden Schüler/innen war absolute Gewaltlosigkeit

Zur Information über die Abi-Deform wurden Wandzeitungen aufgehängt

Im Laufe der Zeit fanden sich mehrere hundert Schüler/innen städtischer Schulen ein. Diskussionsgruppen entstanden. Einige Lehrer kamen auch in die Schule und versuchten, die Solidarität der Schüler zu brechen, sie drohten mit Repressalien wie: "Wir sehen uns morgen" - denk ja an Deu Abi! und zu Jüngeren, Das sag' ich Euren Eltern! Die Schulerstellung vorantrieb die Stadt, kurz darauf rief die Polizei ein. Nach anfänglicher Verweigerung von Verhandlungsgesprächen, selten der Staatsgewalt wurde uns nach einer Stunde erklärt, daß niemand zustand sei. Auf die Aufforderung der Polizei, das Gebäude zu verlassen, gingen wir mehrmals an. Am selben Tag wurde das Gymnasium schon um 10 Uhr von den selben Tagen zu räumen. Anstatt wie gewöhnlich uns nächsten Tag die Besetzung aufzugeben. Wir versuchen hierdurch unsere Friedfertigkeit und Kooperationsfähigkeit zu bezeugen. Nachdem die Stadt auf unser Verhandlungsangebot mit Ignoranz reagierte, wurde mit der Räumung durch die Polizei begonnen.

HEIMLING

Die Insassengefängten, auf dem Boden sitzenden Überläufer, werden gewaltsam hinausgerissen. Die Zellwände von Anfang an in Kampffähigkeit angeregten Einheiten der Polizei traten mit schweren Stiefeln und schlugen mit Knäpeln auf die Schächerinnen ein. Andere Schüler wurden teilweise an Händen und Füßen gepackt und die Treppe hinuntergeworfen oder an den Füßen die Treppe hinuntergeschleppt. Kleidungsstücke und andere Wertgegenstände wurden dabei auch stark beschädigt. Die australische Polizei warnte die Insassen, sich nicht aufzufordern durch die Beschädigten. Ihre Dienstnummern zu nennen, was eindeutig ganz widrig ist.

Angewandete Methoden der Polizei
Wehrlosen Schüler/innen wurde anhaltend auf den Solarplexus gedrückt an Haaren und Ohren gezogen gegen Halschlagender und Genitalien gezeiten Weibchen Teilnehmerinnen wurde in die Brust gekniffen Polischäfte bueten einigen Personen mehrfach in die Magenruhe Außerdem wurden wir Schüler überal beschimpft

Einem Beamten fiel sogar die locker ohne Halfter im Gürtel steckende Dienstpistole auf den Boden. Durch scharfen Hundeeinsatz wurden die letzten Schüler und Schülerinnen vom Eingang vertrieben. Für verletzte Schüler/innen mußten Notarztwagen eingeschickt werden. Selbst Premevertreter wurden geschlagen und bei ihrer Arbeit behindert (Kurze Filme zeigen was ja doch)

Nachdem sich ein spontaner Demonstrationzug zum Hainberg-Gymnasium bewegte, mußte mensch feststellen, daß dieses bereits durch Einheiten mit scharfen Klenden besetzt war.

Deshalb rufen wir zu einem

Demonstrationszug
heute am 27.11.87 um 16.00 Uhr
ab MPC-/Theaterplatz

100%

**Wir fordern schärfste Verurteilung der eingesetzten
Branchen und Verantwortlichen:**

[illegible][illegible]

圖 41 的 4 種情形，+ 的

[illegible][illegible]

Superledning der $\text{Bi}_2\text{Te}_{3-\delta}$ ist ein sehr interessantes und
diskutiertes Problem.

Abstracts of the Symposium on the History of the Philosophy of Science

Das ist die erste Auflage eines Buches, das die Geschichte der deutschen Literatur von der Vorzeit bis zur Gegenwart in einer Reihe von Bänden darstellt. Die erste Auflage ist die wichtigste, da sie die Grundlage für alle weiteren Auflagen bildet. Die zweite Auflage ist eine Überarbeitung der ersten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der ersten Auflage enthält. Die dritte Auflage ist eine Überarbeitung der zweiten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der zweiten Auflage enthält. Die vierte Auflage ist eine Überarbeitung der dritten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der dritten Auflage enthält. Die fünfte Auflage ist eine Überarbeitung der vierten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der vierten Auflage enthält. Die sechste Auflage ist eine Überarbeitung der fünften Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der fünften Auflage enthält. Die siebte Auflage ist eine Überarbeitung der sechsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der sechsten Auflage enthält. Die achte Auflage ist eine Überarbeitung der siebten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der siebten Auflage enthält. Die neunte Auflage ist eine Überarbeitung der achten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der achten Auflage enthält. Die zehnte Auflage ist eine Überarbeitung der neunten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der neunten Auflage enthält. Die elfte Auflage ist eine Überarbeitung der zehnten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der zehnten Auflage enthält. Die zwölfte Auflage ist eine Überarbeitung der elften Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der elften Auflage enthält. Die dreizehnte Auflage ist eine Überarbeitung der zwölften Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der zwölften Auflage enthält. Die vierzehnte Auflage ist eine Überarbeitung der dreizehnten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der dreizehnten Auflage enthält. Die fünfzehnte Auflage ist eine Überarbeitung der vierzehnten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der vierzehnten Auflage enthält. Die sechzehnte Auflage ist eine Überarbeitung der fünfzehnten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der fünfzehnten Auflage enthält. Die siebenzehnte Auflage ist eine Überarbeitung der sechzehnten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der sechzehnten Auflage enthält. Die achtzehnte Auflage ist eine Überarbeitung der siebenzehnten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der siebenzehnten Auflage enthält. Die neunzehnte Auflage ist eine Überarbeitung der achtzehnten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der achtzehnten Auflage enthält. Die zwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der neunzehnten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der neunzehnten Auflage enthält. Die einundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der zwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der zwanzigsten Auflage enthält. Die zweiundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der einundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der einundzwanzigsten Auflage enthält. Die dreiundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der zweiundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der zweiundzwanzigsten Auflage enthält. Die vierundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der dreiundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der dreiundzwanzigsten Auflage enthält. Die fünfundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der vierundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der vierundzwanzigsten Auflage enthält. Die sechsundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der fünfundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der fünfundzwanzigsten Auflage enthält. Die siebenundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der sechsundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der sechsundzwanzigsten Auflage enthält. Die achtundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der siebenundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der siebenundzwanzigsten Auflage enthält. Die neunundzwanzigste Auflage ist eine Überarbeitung der achtundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der achtundzwanzigsten Auflage enthält. Die hundertste Auflage ist eine Überarbeitung der neunundzwanzigsten Auflage, die die Änderungen und Ergänzungen der neunundzwanzigsten Auflage enthält.

LAWRENCE L. CHAPMAN, JR. PH.D., UNIVERSITY OF TEXAS AT AUSTIN

RESEARCHER'S NAME: _____

1999-2000

8496' 1.2% $\Delta \ln \rho = 0.012$  $\ln \rho = 0.012$ $\ln \rho = 0.012$

Downloaded from <http://ajphaphysiol.physiology.org/>

Es ist wichtig, sich rechtzeitig mit der Wahl zu beschäftigen, um die eigenen Interessen zu vertreten.

1. The first step is to identify the problem or question that needs to be answered. This involves understanding the context and the specific requirements of the task.

19. *Journal of the American Medical Association*, 2000; 283: 2669-2674.

«**Երևանի Երաժշտական Վարժարանի Կոմպոզիցիոն Գործունեության Կարգադրություն**»-ը հաստատվել է Երևանի Երաժշտական Վարժարանի Կոմպոզիցիոն Գործունեության Կարգադրությունը:

[illegible]

Revised: 12/19/2013

schlechte Wetter und fehlende Sonne am 28. 11. 1997. Daher wurde das Wasser
am 30. 11. 1997 gegen 12:15 Uhr in der Sonne gewechselt.

496 **PIHJYASU** **YFLLYF** **DELLYF** **LLH**

FD-302 (Rev. 4-15-64)

700 818 9666

4

B. Setzer

Hamburg

"Kybernokratie - die zweite (klapp!)"

[illegible][illegible][illegible]

★ doku

TEIL



EINLEITUNG

In diesem auch farblich hervorgehobenen Doku-Teil der AKTION zu den Startbahn-Schüssen veröffentlichen wir Stellungnahmen und Erklärungen zum 2.11.87, die uns zugesandt wurden bzw., die wir erreichen konnten. Wir erheben trotzdem keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Zwar überschneiden sich inhaltlich einige Erklärungen, aber es gibt auch unterschiedliche Erklärungsansätze und Schwerpunkte. So könnte diese Sammlung, wie wir sie mit der Sondernummer der AKTION schon angefangen hatten, eine weitere Möglichkeit bieten, die Diskussionen in der anarchistisch/autonomen Bewegung zu vereinheitlichen bzw. unterschiedliche Positionen aufzuzeigen.

Auffällig ist das Papier aus Berlin auf Seite 35, das als einziges eine extreme Positionen zu den Schüssen vertritt und aus dem Konsens der Ablehnung der Schüsse ausbricht. Trotzdem finden wir es wichtig, es zu dokumentieren.

Das auf Seite 26 und 27 abgedruckte Papier wurde nicht von Autonomen aus Hannover verfaßt. Dieses Papier wurde mit der ersten Erklärung des Libertären Zentrums und der RZ - Erklärung (auf S. 44) auf einer Diskussionsveranstaltung in Hannover verteilt. Ausnahmsweise lag der Fehler diesmal nicht bei uns.

Freibrief bekommen

Dies gilt auch für den Versuch der Anwendung des Paragraph 129a StGB. Sicher müssen wir uns als Startbahngegner Klarheit darüber verschaffen, inwieweit uns für die tragischen Vorfälle (politische) Verantwortung trifft.

Andererseits habe ich aber...

den Bau der Startbahn 18-West und die permanente umweltzerstörerische Erweiterung des Rhein-Main-Flughafens diese Folgen nicht gäbe. Ich sehe deshalb die letztlich politische Verantwortlichkeit für das Geschehen in der Landesregierung und in den Vorstandsetagen der FAG.

Zudem bin ich sicher, daß nie ein Startbahngegner in irgendeiner Form zu erkennen gegeben hat, den Tod eines Polizisten in Kauf zu nehmen oder diesen gar zu planen, denn wir alle wußten, daß dies für uns neue Repressionen an der Startbahn und anderswo zur Folge gehabt hätte.

Meine Solidarität gilt deshalb der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung und der Bewegung gegen jegliche Umweltzerstörung. Laßt Euch nicht unterkriegen und bleibt solidarisch!

Alle, die mich kennen, wissen, daß ich weder ein "Verräter" bin noch versuchen werde, einen Schuldvorwurf unbegründet "abzuwälzen". Namen von Entlastungszeugen werde ich dann nennen, wenn diese sich selbst über die notwendige Solidarität mit mir Klarheit verschafft haben und ihre Bedenken gegen mögliche eigene Strafverfolgung zurückstellen.

Andreas Eichler (über den Verteidiger)

ERKLÄRUNG VON ANDREAS EICHLER

zu den Beschuldigungen im Haftbefehl des BQH vom 4. November 1987

Mir wird vorgeworfen, am 02.11.1987 durch vier selbständige Handlungen heimtückisch und aus niedrigen Beweggründen zwei Polizeibeamte getötet und versucht zu haben, zwei weitere Polizeibeamte zu töten.

Als Beschuldigter schwerster Verbrechen und in dem Bewußtsein, daß die Bundesanwaltschaft alles daran setzen wird, meine Täterschaft oder Beteiligung an der Tat nachzuweisen, um den raschen "Fahndungserfolg" auch zu untermauern, habe ich mich dazu entschlossen, aus nachfolgenden Gründen diese Erklärung abzugeben.

1. Die gegen mich erhobenen Vorwürfe treffen nicht zu. Ich habe nicht mit der bei mir gefundenen Waffe auf Polizisten geschossen und bin an der Tat auch nicht beteiligt.

2. Ich verurteile die jetzt mir vorgeworfene Tat, und einerartiges Vorgehen hat und hätte nie meine Billigung gefunden. Daß ein toter Polizist politisch der Bewegung nur schadet, ist meine Ansicht. Die politischen Folgen sind nicht nur bei als reaktionär zu bezeichnenden Politikern bereits erkennbar, sondern auch noch nicht im vollen Umfang absehbar.

Ich konnte aus den genannten Gründen eine Einlassung zu dem konkreten Tatvorwurf des Mordes nicht aus Kameradschaft umgehen.

3. Ich bin Vater geworden und hatte deshalb meine Entscheidung auch aus Verantwortung für meine Verlobte und unser Kind getroffen.

4. Ich versuche, mit meiner Klarstellung der Bewegung und der Bürgerinitiative gegen die Flughafenerweiterung sowie allen zu helfen, die wegen der Vorfälle am 02.11.1987 verfolgt werden und erwarte die notwendige Solidarität untereinander und mir gegenüber.

Spätestens seit dem Tode von Günther Sare wussten wir alle, was es bedeutet, wenn es Tote bei einer Demonstration gibt. Unsere Wut darüber und gegenüber der Polizei war und ist deshalb groß. Auch in der Trauer um Günther Sare waren sich alle einig, daß es gerade darum keine Taten mehr geben darf, egal auf welcher Seite, denn die Folgen (für uns) konnte sich jeder ausmalen: staatliche Repression, noch mehr Polizei, noch mehr Bespitzelung, Einschränkung jeder kritischen Meinung. Mit den toten Polizeibeamten an der Startbahn West hat der Staat dafür einen

gen darf man's nicht." - Diese Wahrheit schonungslos ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, bleibt natürlich nur R.M. vorbehalten. Daß es aber gerade diese "Gruppen und Gruppchen" sind, die für Verhaftete und Festgenommene, Delegiertenversammlung und Bürgerinitiative, für zur Fahndung ausgeschriebene und von Verhaftung bedrohte Personen praktischen und politischen Schutz herstellen und gewährleisten, interessiert R.Mohr einen Dreck. Es sind gerade diese "diffusen" Strukturen - von denen R.Mohr nicht die leiseste Ahnung hat - die es bereits nach einigen Tagen fertig gebracht haben, eine weitgehend gemeinsam getragene Kritik an den Schüssen zu formulieren, ohne diese Kritik mit Ritualen des Abschwörens, der Reue und der Umkehr zu verknüpfen. Und so sehr R.Mohr sich diesen Zerfleischungsprozess auch wünscht, so ermutigend ist für uns die Erfahrung, daß wir mit unseren Unterschiedlichkeiten an einer radikalen, militanten Perspektive festhalten (vgl. VW Resolution der Bürgerinitiative vom 11.11.87).

Daß sich R.Mohr als Großwilderer nicht mit "kleinen Fischen" zufrieden geben kann, dafür einen "Chef der Autonomen" braucht, mag Ausdruck seines autoritären Charakters sein. Untragbar und skrupellos wird es dann, wenn seine Geltungssucht einer Denunziation gegenüber dem Fahndungsapparat gleichkommt. Die Namen hat R.Mohr bereits genannt, auf die genaue Anschrift konnte er verzichten (ganz abgesehen davon ob sie stimmen oder nicht).

Das Urteil, das die TAZ -Frankfurt über Andy gefällt hat, ist auch und vor allem exemplarisch gemeint. Es steht für ein politisches Urteil über die Autonomen und Libertären, daß R.Mohr und andere gefällt haben, lange bevor sie z.B. den Hörsaal VI betreten haben.

Wir mußten uns daran gewöhnen, daß radikale, militante Positionen innerhalb der TAZ oft nur entstellt, verzerrt und/oder zusammengekurzt zu Wort kommen. Jetzt ist der Punkt erreicht, wo die TAZ Frankfurt dazu übergeht, unsere politische Identität als autonome und libertäre Bewegung zu zerstören.

Wir fordern die TAZ (-Frankfurt-) auf, sich

**FREIHEIT FÜR ANDY, ANDREAS, RAINER, JÜRGEN
UND MIMO !**

EINE STADT

LEBT MIT

IHRER

ZEITUNG.

öffentlich der Auseinandersetzung zu stellen, anderenfalls werden wir aus der realpolitischen Sprachlosigkeit die Konsequenz ziehen, die TAZ Frankfurt aus Treffen und Veranstaltungen, die wir organisieren, ausschließen. Wir fordern alle auf, der TAZ-Frankfurt weder Interviews, noch Material in die Hand zu geben, das ihr die Möglichkeit gibt, "in unserem Namen" oder "für uns" zu schreiben.

Ffm, den 23.11.87

Folgende Gruppen und Organisationen unterstützen bisher diese Erklärung:

Autonome Ffm, Schulengruppe FH, Autonomes Rhein-Main-Plenum, Libertäres Zentrum, VOBO- Initiative Gutleut-Gallus, AKTION, ASTA - FH Frankfurt, FAU-Ffm, Companeros und Companeros der Nicaragua und El Salvador Komitees, Linke Liste- Uni Ffm, Gruppe gegen Gentechnologie - Rhein Main, Anarchistisch-Autonomes Uniplenum Ffm, Arbeitskreis gegen Atomanlagen Ffm,

Kontakt über: INFO c/o LZ, Kriegstr. 38, 6 Ffm 1

Wir erwarten den Abdruck dieser Erklärung in der Taz zum frühestmöglichen Termin.





Stellungnahme zu den Vorfällen an der Startbahn

Nach dem Tod zweier Polizeibeamten am 6. August tag der Widerstand in die öffentliche Diskussion geraten. Dieses Flugblatt wurde von einigen antiautoritären, anarchistischen und Antifaschistischen Gruppen, in den Tagen der Politiken und der bürgerlichen Presse etwas entgegen zu setzen. Die wichtigsten Punkte sind: dass diese Stellungnahme nur von einem Teil der Münchner Szene unterstützt wird und dass es andere Einschätzungen und Ansätze gibt.

Wir haben diese Aktion strategisch, politisch und moralisch für nicht vertretbar. Sie richtet sich gegen unsere soziale Perspektive und ist in höchsten Maße unrevolutionär. Wir setzen uns aber damit auseinander, weil wir die Möglichkeit nicht ausschließen können, dass Leute aus "unseren" Reihen diese Aktion durchgeführt haben.

Es ist uns völlig klar, dass Staat, Parteien und reaktionäre Medien ein höchstes Interesse daran haben, die Öffentlichkeit gegen uns aufzubringen. Nach linksliberalen Zeitungen und Parteien - einschließlich der Grünen - beteiligen sich viele nicht anders zu verhalten als dieser durch und durch verlogenen Rechtfertigung. Wir sollen den Interessen dieser Parteien gewogen werden. Die jetzt die Möglichkeit sehen die Öffentlichkeit für ihre Ziele und "Interesse" zu gewinnen, indem sie sich als "Freie" und "Unabhängige" und ihre radikalen Ursprünge vergessen machen wollen. Sie gehen uns aus der Sicht frei, in ihre Wahlkabinen zu treten. Sie tun genau das, was der Staat von ihnen erwartet.

Kontakte auf Demonstrationen, schwarze Masken etc. werden oft aus unserer lokalen Umgebung, Verteilung bzw. Scharte gegen Polizeibeamtenteile ist jedem nicht unbekannt, sondern nur ein Mittel, das eben in der jeweiligen Situation nötig ist. In der jetzigen Lage ist der BRD nicht nur es aber für falsch ist. Schaffung von einer Menschenmenge heraus gegen irgendwelche Bullen verfahren. Eine endgültige Einschätzung der Ereignisse ist uns jedoch aus Mangel an genauen Informationen noch nicht möglich. Schließlich ist es auch eine Staatsrechtlichkeit denkbar - wie das auch in Gießen passierte. Die Politiker und Kapitalisten haben schon oft ähnlich Opfer in Kauf genommen, um die Sache dann dem Gesetz in die Hände zu schmeißen. In den Jahren der Politiken gibt es dann schon nicht nur Aufstände, keine Polizeigruppen in den Straßen, sondern auch eine "Reinigung" der Bevölkerung. Es ist also völlig offensichtlich, dass die politische, gesellschaftlichen der Politiker und Kapitalisten, sind. Demen steht es doch gerade, weil die Repressionsmaschinerie weiterleben und den autoritären Widerstand zerschlagen zu können. Die Frontalisten Taten werden zur Legitimation für die Verschärfung des Demonstrationsrechts oder revolutionäre Widerstand steht mehr und mehr, als "terroristische Vereinigungen" behandelt zu werden. Von

den vielen Taten auf unserer Seite, die der Staats- terror nicht gefordert hat, spricht niemand. Die laufende Seite wird eine Scherenschnittlinie sein. Und wir sind der Folge haben. Die bereits genannte Unterstützung der Polizei, welche das Gesetz und die Verhältnisse, zu einer immer schlechteren und personellistischen Schuttruppe des Kapitals wird sich nun beschließen.

Wir geben davon aus, dass dieser Staat BRD durch eine soziale Revolution gegen "Staat", Kapital, Imperialismus und Patriarchat, Herrschaft, des "Menschen über die Frau und andere Machtstrukturen" etc. wird. Und dass dieser Staat ist verantwortlich für die soziale Unterdrückung breiter Schichten der Bevölkerung für die Ausbeutung der Arbeiter und in der "Welt" für die Zerstörung unserer Lebensbedingungen. Dieser imperialistische Staat ist weltweit ein Anführer der Ausbeutung der Arbeiter. Jeder Staat ist ein Teil der Herrschaft, die Ausbeutung ist. In der BRD haben wir nichts von Parlamentarismus, sondern verurteilen direkt für eine bessere Gesellschaft zu kämpfen. In diesem imperialistischen und patriarchalen Staat ist Kampf jeder Art von Unterdrückung zu beschließen.

Wir wollen keinen Putz der nur eine neue Mächtige hervorbringt, sondern eine herrschaftslos und gewaltfreie Gesellschaft, die zusammen und selbstständig von jedem Einzelnen erkämpft werden soll. Die Revolution kann nur von Volk gemacht werden. Unser Idealbild einer freien Gesellschaft beinhaltet u.a.

- Selbstbestimmung
z.B. Selbstverwaltung der Betriebe durch Arbeiter, zentrale Organisation der Herrschaft und aller anderen Gesellschaftsbereiche nach den jeweiligen Erfordernissen durch die direkt Betroffenen

- Solidarität
Jeder ist verpflichtet sich als Individuum Teil der Gemeinschaft sieht, aber die Normalität sich sozialistisch einzubringen

- Kollektivität
Jeder und alle für ihr Leben überleben sorgen, keine und ihre eigene Arbeit, "Krieg" unter diesen Bedingungen verfahren, sondern die Lebensgrundlage von allen wird zusammen gesichert

- Gleichheit
natürlich auch, das eine Entwicklung auf eine solche Gesellschaft hin überaus langwierig sein wird - und in völligen Einklang mit dem Kapitalismus steht

Unser Politikansatz ist es, die soziale Revolution aus Perspektive der Überwindung der gesellschaftlichen Zustände zu propagieren und eine breite Basis für die Revolution zu schaffen. Sie kann nicht auf dem Staat, sondern nur gegen den Staat erfolgen. Deshalb sind die staatlichen Gesetze nicht unser Rahmen, sondern der Rahmen unserer Feinde. Es ist leider eine Illusion, anzunehmen, dass dieser Staat gewaltfrei beseitigt werden kann. Wir können somit das "Gewaltmonopol des Staates" auf keinen Fall akzeptieren. Wichtig für uns ist die richtige Relation von Zweck und Mittel. Menschenverachtende Maßnahmen sind Sache des Staates, seines Aufstandsbehebungsapparates, nicht unsere. Unsere Aktionen müssen sich selbst erklären, wenn wir sie nicht selbst erklären. Wir wollen selbstbestimmte Aktionen, nicht aber vieler Menschen gegen Staat, Patriarchat, Kapital und jede andere Form der Herrschaft. Gewalt gegen Menschen ist in vielen Fällen notwendig, Gewalt gegen Menschen, die deren Leben gefährdet, können wir uns nur in Notwehrsituation oder in einer revolutionären Situation vorstellen.

Die revolutionäre Linie hat sich in letzter Zeit zu einer Bewegung entwickelt. Wir lassen uns das, was wir in jahrelanger Arbeit aufbauen haben, nicht durch die Hitzepanzen von Staat, Parteien und Medien zerstören. Der Kampf geht weiter!

Selbstbestimmt leben, zusammen kämpfen!



AUS MÜNCHEN

zu den Gefangenen aus der Startbahn bewegung

Nach den Ereignissen an der Startbahn am 2. Nov. ist es im gesamten Rhein-Main-Gebiet zu einer seit langem nicht mehr dagewesenen Repressions- und Verhaftungswelle gekommen. Am 3. Nov. wurde Andreas verhaftet,

dem vorgeworfen wird, die Schüsse abgegeben zu haben. Einen Tag später wurde Reiner verhaftet, mit dem Vorwurf "2. Tatverdächtiger" zu sein, obwohl der Polizei bekannt war, dass er am 2.11. nicht an der Startbahn war. Am 5. Nov. wurde er wieder entlassen. Am 23. und 24. Nov. wurden gegen Reiner, Andy aus Wiesbaden, und drei weitere Personen Haftbefehle erlassen, mit dem Vorwurf, Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" zu sein, beteiligt an zahlreichen Anschlägen auf Strommasten und mehreren Brandanschlägen. Reiner und Andy sitzen seitdem in U-Haft, die anderen Haftbefehle wurden mit Auflagen ausser Vollzug gesetzt.

Am 3.12. wurde Jürgen aus Rüsselsheim in U-Haft genommen.

Klar ist, dass es schon lange nicht mehr um die Schüsse an der Startbahn geht. Die Schüsse dienen nur als Vorwand, den autonomen-anarchistischen Widerstand und die Anti-Startbahnbewegung zu kriminalisieren. Außerdem wird versucht unsere Bewegung endgültig zu vernichten.

Zu den Haftbedingungen
Da Andreas, Andy und Reiner vorgeworfen wird, Mitglied einer "terroristischen Vereinigung" zu sein, befinden sie sich in Isolationshaft, d.h. unter anderem Einzelhofgang, Trennscheibe bei Anwalt, Besuche mit Überwachung, Postzensur und 23 Stunden täglich Einzelzelle.

Jürgen sitzt wegen Strafvereitelung in U-Haft.

Um die laufenden Kosten der Gefangenen (Wohnung, Knastinkäufe, Pakete usw.) abzudecken, ist es wichtig, daß viel Geld gespendet wird.

Spendenkto.
Raif Stütze
Commerzbank Frankfurt/M 90
BLZ 500 400 00,
Kto.: 775 84 69

Wichtig ist auch, Briefe und Postkarten (wegen weißen Wänden) an die Gefangenen zu schreiben, legt Briefmarken bei.

Adresse:
Andreas Eichler, Reiner Hübner,
Andreas Semisch über
Ermittlungsrichter am BGH
Herrenstraße 45a
7500 Karlsruhe

Jürgen Boguschewski
Fritz-Bauer-Haus
Marlenstr.
6100 Darmstadt

Noch ein paar Tips zu Vorladungen und Verhaftungen

- bei der Polizei muß grundsätzlich keine Aussage gemacht werden.
- Als Beschuldigte/r auch bei der Staatsanwaltschaft nicht.

- bei Vorladung als Zeuge durch die Staatsanwaltschaft müßte ausgesagt werden, ansonsten kann mit Zwangsgeld und mit Beugehaft gedroht werden. Vor keiner der beiden Androhungen sollte man/frau Angst haben, bisher sind sie nicht angewendet worden.

- verlangt grundsätzlich einen Rechtsanwalt zu sprechen.

Weiterhin gilt: Keine Aussagen, Schweigen

jede auch scheinbar noch so unbedeutende Aussage kann dazu führen, daß man/frau sich oder andere belastet. Dies zeigen die Vernehmungen der letzten Wochen.

- wer einmal etwas gesagt hat, muß damit rechnen, wieder und wieder vorgelesen und ausgefragt zu werden.

- der Schrift vom Zeugen zum Beschuldigten ist klein

- keine informellen Gespräche, diese tauchen später oft als Vermerke in den Akten auf.

- Vorsicht bei Zeitengenosinnen, auch hier keine Gespräche mit Leuten die man/frau nicht kennt.

- Vorsicht bei Versprechungen durch die Vernehmungsperson!

- Bei Gegenüberstellung Gedächtnisprotokolle über die Art der Durchführung anfertigen.

- Bei Übermüdung, Kopfschmerzen, etc. - Sich auf Vernehmungsfähigkeit berufen.

- Nicht aussagen müssen Personen, die sich selbst belasten könnten (§ 55 StPO). Dies ist jedoch eine nicht ungefährliche Angelegenheit, da unter Umständen der Schluß gezogen werden kann, man/frau hätte was zu verbergen. Wir raten deshalb, sich damit ausführendst auseinanderzusetzen - fragt am besten Rechtsanwalt oder Bunte Hilfe.

- wer eine Vorladung bekommt, soll sich sofort an die BUNTE HILFE wenden.

Telefon: 069/28 39 48

Bürozeiten: Montag bis Freitag

17.00 - 19.00h

Sonntag

18.00h - 20.00h

Diskutiert in euren Gruppen über diese Sachen, über eure Ängste und Probleme diesbezüglich. Bei Fragen wendet euch an die BUNTE HILFE oder an das
Libertäre Zentrum, FFM,
Kriegsstr. 38,
Montag ab 20.00h

SOLIDARITÄT UND FREIHEIT
FÜR ANDREAS, REINER, ANDY
UND JÜRGEN

FÜR EIN LEBEN OHNE KNÄSTE
aus Frankfurt

Der Weg ist lang und voller Schwierigkeiten. Manchmal müssen wir, in eine Sackgasse geraten, umkehren; ein andermal trennen wir uns, zu schnell vorgerückt, von den Massen; bei gewissen Gelegenheiten marschieren wir zu langsam und spüren ganz nah den Atem derer, die uns auf dem Fuße folgen.» (Ernesto Che Guevara)

Am 2.11.87 wurden an der Startbahn West in Frankfurt zwei Polizisten durch Schüsse aus einer 9-mm-Pistole tödlich getroffen. Diese zwei Toten hatten zur Folge, daß erstmal Dutzende Leute festgenommen und zig Wohnungen durchsucht wurden. Es ist jetzt schon klar, daß einige Leute, unabhängig von einer konkreten Beteiligung an der Tat, einfahren werden. In den Tagen danach wurde von Politikern und Medien eine Hetzkampagne losgemacht, wie wir sie seit '77 bei der Schleyerentführung nicht mehr erlebt haben. Aber auch Distanzierungsrituale, wie sie jetzt von den GRÜNEN zelebriert werden, müssen keinen Vergleich zu '77 scheuen.

Wir wissen noch nicht, wer an der Startbahn geschossen hat, wir können uns aber alle Möglichkeiten vorstellen. Wir können uns sowohl vorstellen, daß einer von uns geschossen hat, als auch, daß es sich um eine Provokation des Staatsschutzes handelt. Was wir allerdings wissen, ist, daß egal was im Einzelnen passiert ist, der Tod zweier Menschen wieder einmal dazu benutzt wird,

die Mord- und Totschlagsmaschinerie dieses Staats perfekter zu machen und Menschen, die gegen dieses System kämpfen, in eine moralische Zwickmühle zu treiben, die sie lähmt.



Die Auseinandersetzungen um die Startbahn West sind kein isolierter Konflikt im zeitlichen und gesellschaftlichen Nirgendwo. Sie finden statt in der BRD, einem Staat, der bereitwillig die rechtliche und historische Nachfolge des Faschismus angetreten hat; einem Staat,

der verbündet ist mit den USA, deren völkermörderische Tradition drei Jahrhunderte zurückreicht, und die es sich als einziger Staat der Erde erlauben können, ihre Welt Herrschaftspläne offen zu benennen. Die Startbahn West selber ist nicht irgendeine Betonplatte, sondern Rollbahn für die Militärtransporte, die Welt Herrschaftspläne nun mal mit sich bringen. Im Vietnamkrieg hat der Frankfurter Flughafen seine logistische Rolle für den Völkermord der USA gespielt. Und diese Welt Herrschaftspläne sind nicht Hirngespinnste irgendwelcher Idioten namens Reagan oder Kohl. Diese Pläne sind konsequenter Ausdruck des Machtanspruchs der herrschenden Klasse, die für ihre Wirtschaft Zugriff auf alle Märkte braucht und die Möglichkeit, je

nach Bedarf auszubeuten - alle Menschen, auch die in der SU, weil ihr wirtschaftliches System darauf aufgebaut ist, einzig und allein immer mehr Kapital anzuhäufen. Die Startbahn West ist eines der konkreten Projekte der Herrschenden in diesem Zusammenhang, es ist nicht das einzige.

Die Startbahn West ist nicht nur im „Ernstfall“ eine Bedrohung. Sie hat schon jetzt genügend an Zerstörung mit sich gebracht. Mit ihr ist ein weiteres Stück Natur für die Menschen vernichtet worden. Tagtäglich zerrüttet Gift und Lärm die Gesundheit der Leute, die dort wohnen. Zur Zeit wird sie mal wieder weiter ausgebaut.

Es ist klar, daß die Menschen sich das nicht gefaßt lassen, daß sie versuchen, Widerstand zu leisten. Die Reaktion des Staates darauf hat Tradition. Zuerst weist er die Leute auf die demokratischen Spielregeln, soll heißen: Ihr dürft wählen, ihr dürft euch friedlich und ohne Waffen versammeln, wenn ihr das schon vorher anmeldet, ihr dürft Unterschriften sammeln. Was ihr allerdings nicht dürft, ist z.B. darüber abstimmen, ob ihr etwas bestimmtes wollt oder nicht, dafür seid ihr nicht mündig genug. Daß dabei nichts herauskommen kann, ist ausgemacht. Manchmal sind die Herrschenden auch so offen, das zu sagen. So Verteidigungsminister Wörner anläßlich der Auseinandersetzungen um die Stationierung der Pershing-II-Raketen, als er richtigweise feststellte: „Die demonstrieren, wir regieren“.

Wehe aber, wenn wir merken, daß wir so nichts erreichen, und daraus Konsequenzen ziehen. Wenn wir anfangen, Projekte der Herrschenden zu behindern oder anzugreifen. Wenn wir uns nicht wie Schlachtvieh von einem Platz weggeschaffen lassen, den wir besetzt haben, weil wir nicht wollen, daß dort eine weitere Vernichtungsfabrik erbaud wird. Wenn eine Bewegung tatsächlich die politische Durchsetzungskraft erreicht, die Ziele des Staates und der Kapitalisten an einem bestimmten Punkt zu durchkreuzen, ein für sie wichtiges Projekt zu verhindern, zeigt der Staat, was er eigentlich ist – Gewaltsapparat zur Durchsetzung der Interessen der herrschenden Klasse.

Er verlißt das „Feld der demokratischen Auseinandersetzung“ und läßt den Konflikt von der für den „Inneren Frieden“ zuständigen Söldnertruppe – genannt Polizei – bereinigen. Und die leistet ganze Arbeit. Sie knüpelt drausper Leute ein, schießt mit Wasserkanonen und Gasgranaten. Daß ab und zu mal ein Toter auf der Strecke bleibt, ist kein Betriebsunfall, sondern einkalkuliert, und es führt bestimmt nicht zu einer Spaltung bei Polizei und Politikern. Gewaltfreie und Gewalttäter. Der Ton von Demonstrationen wird von berüchtigten Gewaltanstillern wie Zimmermann und Gauleiter lapidar mit „selbschuld“ kommentiert. Eine klare Empfehlung: wer nicht draufgehen will, soll sich fernhalten von Auseinandersetzungen, bei denen der Staat deutlich gemacht hat, daß es für ihn ums Eingekerkerte geht.

Das heißt zum Beispiel bei der Atomkraft: wenn zwei Drittel der Bevölkerung gegen Atomkraftwerke sind, muß der Staat dafür sorgen, daß möglichst viele davor Angst kriegen, etwas gegen AKWs zu unternehmen. Diese Strategie hat in Wackersdorf zwei tote Demonstrationen gekostet, und nicht zufällig waren dies keine erprobten Kämpfer. Die, die es dann immer noch nicht lassen können, setzen den Großteil ihrer Energien in die Beantwortung der „Gewaltfrage“. Wir, der kleinere – autonome – Teil der Bewegung, halten daran fest, der Gewalt des Systems etwas entgegenzusetzen,

konzentrieren uns allerdings fast ausschließlich darauf, die Söldnertruppen zu bekämpfen, gegen die wir uns moralisch im Recht wissen. Der größere Teil strengt sich an, zu beweisen, daß er keine Gewalt will, und im Nullkommante ist für ihn die Präzisionswaffe ZWILLE ein größeres Problem als der Eierkocher von Atomkraftwerk. Die „Ich-wasche-meine-Hände-in-Unschuld“-Philosophen sind mit ihrer Organisation in der GRÜNEN Partei zur stärksten ideologischen Waffe des Staates in einem Abnutzungskrieg geworden, der bisher noch jede Bewegung geschaffet hat. Sie erklären schamlos, daß die Form der Auseinandersetzungen allemal bedrohlicher ist, als die Vernichtungsprojekte um die es in diesen Auseinandersetzungen geht. Was sie nicht sagen, ist, wofür unsere Militanz bedrohlich ist, nämlich für ihren Seelenfrieden, für ihre Teilhabe an der Macht und für ihre Stellung als das bezahlte gute Gewissen der Nation.

In diese Situation hinein fielen die Schüsse von Frankfurt. Wir können uns vorstellen, daß es einer von uns gewesen ist, und wir gehen damit so um, als wenn es so wäre. Deshalb können wir uns von diesen Schüssen auch nicht distanzieren, die Tat einfach auf einen abschreiben, der individuell durchgeknallt ist. Es liegt an unserer Ungenauigkeit, an unserer Politik und an unserem Verständnis von Militanz, daß es jemand in unseren Reihen möglich ist, das Individuelle Abknallen von Bullen mit der Bekämpfung des mörderischen Systems zu verwechseln.

Wir sind nach wie vor der Überzeugung, daß die Beseitigung dieses Systems nur gewaltsam erreicht werden kann, daß dieser Kampf auch Tote kosten wird. Wir sind der Überzeugung, daß ein System, welches auf Ausbeutung, Unterdrückung und Völkermord aufgebaut ist, sich nicht abwählen läßt und uns immer die Entscheidung aufzwingt, entweder vor diesem blutigen Treiben die Augen zu verschließen, oder aber im Kampf um Befreiung auch Mittel anzuwenden, die

wir an sich hassen. Wenn wir diese Entscheidung für uns treffen, wenn wir dieses System und seine Gewalt auch mit Gewalt bekämpfen wollen, müssen wir eine Sorgfalt entwickeln, Kriterien schaffen, die in jeder konkreten Aktion deutlich werden lassen, warum unsere Gewalt gerechtfertigt ist, warum gerade diese Aktion notwendig und ohne den Einsatz von Gewalt nicht möglich war.

Und genau dem hat die Aktion in Frankfurt nicht entsprochen. Es wurden zwei Menschenleben vernichtet, ohne daß sich die Tat aus dem Zusammenhang der Startbahnkämpfe heraus hätte legitimieren können. Weder war sie zum Schutz der Demo oder des Schützen notwendig, noch hat sie den Kampf um Befreiung vorangebracht, sie hat ihn eher zurückgeworfen. Hier hat sich die Gewalttätigkeit, die dieser Staat jedem aufzwingt, der seine Gewalt bekämpft, abgekoppelt vom Ziel der Befreiung und ist zum Selbstzweck geworden.

Wir müssen dafür sorgen, daß keiner in unseren Zusammenhängen für sich individuell beschließen kann, jetzt nichts, jetzt schleiß ich. Wir müssen mit dem Mißverständnis aufräumen, die Radikalität des Kampfes lasse sich an der Gewalttätigkeit der Mittel bestimmen. Unser Kampf ist erst dann radikal, wenn er erfolgreich wird. Eskalation – nach dem Motto – erst Moll, dann ZWILLE, dann Knaur – ist genau die Eskalation, wie sie den Herrschenden ins Konzept paßt. Ihnen tut es nicht weh, wenn einer ihrer Söldner abgeknallt wird.

Eskalation von uns aus muß anders laufen, muß bedeuten, immer mehr lassen sich immer weniger gefallen, muß bedeuten, die Kapitalisten machen immer weniger Profite, weil immer mehr klauen oder streiken oder sabotieren, muß heißen, der Staat braucht immer mehr Söldner, weil immer mehr Menschen auf die Straße gehen, kriegt aber immer weniger, weil wir die Widersprüche zwischen Staat und Bevölkerung vertiefen. Eskalation muß heißen, nicht mehr der Staat schreibt uns vor, auf welchem Feld und mit welchen Mitteln wir ihn bekämpfen, sondern wir zwingen den Staat in die Defensive. Und zwar auf allen Ebenen – politisch, ökonomisch, militärisch, moralisch. Dazu müssen wir lernen, jedes Mittel – Flugblatt oder Sabotage, Streik oder Knaur, Boykott oder Moll zur rechten Zeit und mit der nötigen Konsequenz, aber auch mit Vorsicht und ohne je das Ziel aus den Augen zu verlieren, einzusetzen.

Das heißt aber auch, daß die Tötung eines Menschen nicht allein damit zu rechtfertigen ist, daß er auf der Seite der Herrschenden steht. Und genau das, diese Gleichgültigkeit gegenüber Menschenleben, die zum Charakter des Systems gehört, das wir bekämpfen, dürfen wir bei uns nicht zulassen. Welt wir eine solche Gleichgültigkeit unter uns zugelassen haben, können wir uns von der Tat von Frankfurt nicht distanzieren. Wir müssen die politische Verantwortung übernehmen. Wir müssen die Wirkungsweise des Systems in uns und untereinander bekämpfen. Wir dürfen uns aber auch nicht vom Kampf abhalten lassen dadurch, daß uns ein menschenverachtendes System Mittel in diesem Kampf aufzwingt, die uns immer ein Problem bleiben müssen. Und wir dürfen nie auhören klarzumachen, wer für die Toten in diesem Kampf eigentlich verantwortlich ist, nicht nur für unsere, sondern auch für tote Polizisten und Soldaten. Für den Tod eines Söldners trägt allemal Schuld er selbst, der sich für sein Handwerk bezahlen ließ, aber noch mehr der Kriegsherr, der ihn ins Feld schickte.



Autonome aus Bonn

ERLANGEN & NÜRNBERG

Gegen ihre Kriminalisierung - unsere Solidarität!
Gegen ihre Spaltung - unsere Kollektivität!
Gegen ihren Terror - unseren Kampf!

Nachdem in den letzten Tagen von allerhand unberufenen Stellen eine blindwütige Welle von Hetze und Diffamierungen über uns hereingebrochen ist, sehen wir uns nunmehr genötigt, selbst Stellung zu den Ereignissen an der Startbahn West zu beziehen.

Die Startbahn West ist einer der Kristallisationspunkte dieser Gesellschaft, wo sich, ähnlich wie an der WAA, die Entschlossenheit des Systems manifestiert, zu seiner Erhaltung wichtige Projekte mit allen Mitteln durchzusetzen. Der Flughafen Frankfurt/Main steht für Abschiebungen, ökonomische Ausbeutung, Zerstörung der Umwelt ebenso, wie für die Option militärischen Eingreifens rund um den Globus. Er steht aber genau so für einen breiten Widerstand, der durch alle Schichten der Bevölkerung geht, und in dem verschiedene Aktionsformen seit je her ihren Platz haben.

Was sich an der Startbahn West als zentralem Projekt des Staates an Widersprüchen konzentriert, ist aber lediglich die Spitze der täglich erlebten strukturellen Gewalt, die uns in beinahe allen Lebensbereichen gegenübersteht und so das Funktionieren der kapitalistischen, patriarchalen Maschine gewährleistet.

Autonome Politik richtet sich seit je her gegen die kapitalistische, patriarchale Realität. Sie greift die Widersprüche dieses Systems auf, thematisiert die verschiedenen Bereiche und entwickelt sich in kollektiven Prozessen. Unsere Militanz heißt immer auch Massenmilitanz und hat sich als Antwort auf die vom System betriebene Vereinzelung und die daraus resultierende Hilflosigkeit gegenüber der organisierten staatlichen Gewalt entwickelt. Militanz ist ein Ausdruck revolutionärer Politik und bestimmt sich aus einem Verhältnis von Theorie und Praxis, welches erfahrbare Kollektivität und Vermittelbarkeit nach außen in den Mittelpunkt stellt. Seinen Ausdruck findet diese Herangehensweise dann in Demos wie zur Hafenstraße, wo vorher genau diskutiert wurde, wie mensch sich so was vorstellt, was mensch damit erreichen will, was politisch sinnvoll ist und was nicht. Wichtig an solchen Diskussionsprozessen ist: Grad, Art und Zeitpunkt der Militanz werden nicht von subjektiven Entscheidungen bestimmt, sondern von objektiven Bedingungen, d. h. es findet eine kollektive Entscheidung statt, was nützt uns, bringt uns unseren Zielen näher.

Die Tragweite von militanten Aktionen sollte vorher diskutiert werden, aus einer Verantwortung für/vor die/der Bewegung heraus. Militanz taucht immer im politischen Kontext auf.

Um eine Demo zu schützen, werden natürlich Barrikaden gebaut und militant verteidigt. Genau so wie Sabotageaktionen die Durchsetzung von politischen Zielen unterstützen. Hier können die Anschläge der Roten Zora auf die Textilfabrik Adler als Beispiel dienen, mit denen die Forderungen der Südkoreanischen Arbeiterinnen dieses Konzerns unterstützt wurden.

Daß der Staat diesem bunten Treiben nicht begeistert Beifall klatscht, dürfte nicht überraschen. Er hat sich Instrumentarien und Institutionen geschaffen, um nicht verwertbare, d. h. revolutionäre Bewegungen einzukreisen und nach Möglichkeit platt zu klopfen. Repression ist nichts neues, und sie steigert sich seit je her mit den Anwachsen bzw. Erstarken nicht systemimmanenter Politik. Verschärfungen werden nicht wegen zweier toter Bullen vorgenommen, sondern weil der Staat dies in der gegebenen Situation für opportun hält.



Vor dem Hintergrund des geplanten Ausbaus der Startbahn West wird doch sehr wohl klar, warum die Zerschlagung der Anti-Startbahnbewegung gerade jetzt massiert betrieben wird. Schon immer war es dem Kapital und der jeweiligen Staatsform kein Problem, Anlässe zu finden, die in der Öffentlichkeit eine Verschärfung seiner Gesetze legitimieren. Sollten sie wirklich einmal vor einer Situation stehen, in der ein solcher Anlaß fehlt, wird dieser eben geschaffen. Als Beispiel hierfür mag uns das Loch in den Keller Knausmauern dienen, wo der Verfassungsschutz einen Sprengstoffanschlag ausführte und dies als Vorwand für die Verschärfung der Haftbedingungen diente.

Daß diese Taktik des Staates seit Jahrzehnten immer wieder auf der gleichen Schiene läuft, scheint der hiesigen "bürgerlichen Linken" noch nicht aufgefallen zu sein. Schon immer wurde versucht, soziale Bewegungen zu spalten, um ihnen ihre politische Spitze zu nehmen. Dabei haben Parteien wie die SPD in der Opposition und die Grünen eine klar bestimmbare Funktion. Immer wieder wird versucht, einen Teil der Bewegungen so zu verängstigen und abzuschrecken, daß es dann ein leichtes ist, diesen Teil über Versprechungen oder Vergünstigungen zu ködern und über solche Parteien wieder ins System zu integrieren.

Parallel dazu werden gegen die radikalen Kerne alle verfügbaren Repressalien aufgeföhrt, um sie zu zerschlagen.

Integration/Repression heißt das Zauberwort, mit der bisher jede soziale Bewegung in der BRD konfrontiert und teilweise in kapitalistisch verwertbare Bahnen gelenkt wurde. Daß die Linke mit solcher Regelmäßigkeit in diese Falle stolpert, ist bezeichnend, und daß das Geheule der Grünen nach den Schüssen an der Startbahn nicht aus moralischen Bedenken inszeniert wird, sondern lediglich, um den kapitalistischen, patriarchalen System gegenüber die staatstragende Funktion dieser Partei zu unterstreichen, muß wohl nicht extra betont werden (Gruß an den Genossen Ebermann).

Wir finden die Fahndungsaufrufe der Grünen, die vorschnellen unter dem Schock der Ereignisse entstandenen Distanzierungen, ebenso wie das Nichtverhalten zu den von der Kriminalisierung Betroffenen zum Kotzen. Wir solidarisieren uns mit allen im Zusammenhang mit den Schüssen Verhafteten. Sämtliche Genossinnen, die in den Klauen der bürgerlichen Klassenjustiz landen, sind für uns Opfer und brauchen unsere Unterstützung.

Die Auseinandersetzung über Sinn und Unsinn von Aktionen muß zwischen uns laufen und kann nicht die Justiz als zwischengeschaltete Instanz akzeptieren. Denn was vor Gericht bewiesen wird oder nicht, bestimmen nicht wir; jedes Verfahren verkommt zu einer Farce.

Keine Kriminalisierung von allen im Zusammenhang mit den Schüssen an der Startbahn Verhafteten!
Freiheit für alle Gefangenen!
Gegen Staat, Kapital und Patriarchat!

Autonome Aus Erlangen und Nürnberg



IM ZWEIFELSFALL

Andreas Eichler - darf mensch noch "Genosse" sagen? - wird beschuldigt, mit einer geklauten Polizeiwaffe zwei Träger von solchen Dingern er- und zwei weitere angeschossen zu haben. Open season inzwischen auch auf seinen "Komplizen" Frank Hofmann (flüchtig).

Das kann mensch glauben oder es bleiben lassen. Das Loch in der Knastmauer von Celle, V-Mannprovokationen auf Demos, wo Bullen Molotow und Steine schmeißen, um Gewalttaten anzustiften, (Blaschel & Co. ... lassen es eher angeraten erscheinen erst mal nichts zu glauben. Es wäre nicht das erste Mal, daß Unschuldige als Terroristinnen auf den Titelseiten von Bild bis FR diffamiert und verurteilt werden. Wenn die Zimmermänner Deutschlands zur Terroristenhatz beschlössen, soll man sich nicht vorschnell unter die Jäger mischen. Man könnte selber bei dem unlustigen Treiben auf der Sackgasse bleiben.

Von eifertigen Distanzierungen kann also nur abgesehen werden. Übrig bleibt die Einschätzung der gewollten oder zufälligen Tötung zweier Männer im Dienst der herrschenden Macht. Zunächst bleibt festzustellen, daß Polizisten das Bewußtsein haben müßten, daß sie in vorderster Front das politische und wirtschaftliche System dieses Staates verteidigen. Daß das seit mehr als zehn Jahren mit schweren, meist von der Staatsgewalt = Polizei etc., provozierten, gewalttätigen Auseinandersetzungen verbunden ist, ist Allgemeinwissen. Daß Mensch sich als Polizistin dem nicht entziehen kann, auch. Das Risiko von Verletzung oder sogar Tod ist dem/der Diensttuenden also bekannt. Vier Männer sind Opfer dieser Risikobereitschaft geworden, sicher ohne persönlich damit gerechnet zu haben.

Die Politiker und Bosse dieses Landes sorgen mit immer neuen WAAnsinnsprojekten dafür, daß neuer tödlicher Konfliktstoff entsteht, Menschenleben aus lebensverachtenden Motiven ins Kalkül der Vernichtung geraten. Während der Staat seine Repräsentanten in zynischer Überhöhung als Märtyrer des Rechtsstaates zelebriert, sterben die Toten neben Atomkraftwerken z. B. länger, qualvoller und undramatischer, obwohl ihr Leben von der selben Rechtsordnung angeblich ohne Unterschied geschützt ist. Niemand vernimmt aber ihr Elend. Nichts daran ist spektakulär oder auch nur eine Meldung, ein Wort der Reue wert. Das nur ein Beispiel.

Der Tod ist an der Tagesordnung. Auch der Tod aus Polizeipistolen. Nur - treffen die Kugeln meist uns. Die Liste unserer erschossenen, erschlagenen und CS-vergasteten Genossen, die keine Waffe in der Hand hielten, ist lang ...

Wir Anarchistinnen sind gegen Gewalt und Mord. Aber "der Staat diskutiert nicht über Gewalt. Er greift sie in Gesetze und wendet sie an!" schrieb vor etlichen Jahren unser Genosse Peter Paul Zahl, der auch nur knapp Polizeischüssen entging. Wir befinden uns mittlerweile in einem Zustand permanenter Notwehr gegen die menschenverachtende Politik der Staatsgewalt, gegen ständige Verfolgungen, Diffamierungen und Angriffe auf unsere Person. Wir empfinden das Vorgehen von Polizei und Justiz als faschistoid. Denn wir erfahren jeden Tag, daß sie sich nicht einmal an die eigenen Gesetze halten, deren Bruch sie uns vorwerfen. Daß sie diesen durchlöchernten und abgewrackten Grundsätzen hohnlachen. Sie lachen uns frech ins Gesicht und schlagen und schieben uns nieder. Sie terrorisieren unsere Wohnungen und Projekte, bespitzeln, speichern und überwachen unser Privatleben (wir haben keines mehr!), provozieren, kontrollieren und sperren unsere Freunde in unmenschliche Ställe: Knäste und Psychiatrien. Sie beschlagnahmen unsere Bücher und Zeitschriften und lesen unsere Briefe. Sie können sich alles erlauben, ohne je zur wirklichen Rechenschaft gezogen zu werden.



In dieser Situation soll ein Genosse geschossen und getötet haben. Sein Haß wäre verständlich. Er wurde herangezogen. Dieser Haß traf Menschen, die für dieses perverse Mördersystem (Beispiele - die Seite reicht nicht für einen Bruchteil davon!) mitverantwortlich sind, weil sie es unterstützen, Teil von ihm sind. Aber sie sind verantwortlich in geringerem Maße.

Durch diese geringere Verantwortung werden auch sie als ausführende Opfer des Systems und seiner großen Nutznießer. Ihr Tod war ein weiterer Stein in der deutschen Mauer, die durch die Kopfe geht. Ihr Tod provoziert den Zorn und die Angst der unteren Chargen und läßt diese die Waffen entschärfen, die auf uns gerichtet sind.

Die Oberen nutzen die Situation für ihre Ziele. Ihnen nützt die Situation direkt. Sie wollen die Vernichtung der radikalen Opposition! In jedem Falle sind sie direkt oder indirekt die Verantwortlichen für die Todeschüsse, nicht wir.

Unsere Selbstverteidigung bedient sich der angemessenen und gerechtfertigten Mittel. Der Tod von einigen Polizisten greift die bestehenden Machtverhältnisse nicht an, sondern verschlimmert sie zu unseren Ungunsten, zu Ungunsten einer freiheitlichen Entwicklung. Dieser Tod unserer kleinen Gegner war grausam und unnötig. Er hilft niemanden. Er schadet den Interessen der Allgemeinheit.

Nur die Profiteure profitieren von ihm. Solange die Schuld von Andreas Eichler nicht zweifelsfrei bewiesen ist, haben wir ihn als unschuldig zu betrachten. Das ist sogar Prinzip der Rechtsprechung dieses Staates (er hält sich nur nicht daran!). Das gilt um so mehr, als Andreas ausgesagt haben soll, er habe nicht geschossen, sondern die Waffe von einem "Genossen" zugesteckt bekommen.

Aber wie soll zweifelsfrei bewiesen werden, daß Andreas unschuldig (oder im Sinne des Tatvorwurfs schuldig) ist? Die Polizei hält alle Beweismittel in Händen, kann alle Beweismittel manipulieren. Warum sollten wir gerade ihr vertrauen, wo sie doch andauernd Beweismittel fälscht und manipuliert. Wir wissen doch z. B. alle, daß Zeugenabsprachen an der Tagesordnung sind. Wer beweist uns und wie, daß die Sig Sauer P6 wirklich die Tatwaffe war, daß genau diese Projektilie wirklich und unzweifelhaft aus ihr abgefeuert wurden? Was stellen sie mit dem Gefangenen an, um ihm das Geständnis des Mordes abzupressen, das sie brauchen? Sie werden foltern, Schlafentzug, pausenlose Verhöre, Drohungen, Einschüchterungen jeder Art, vielleicht wahrscheinlich körperliche Gewalt (der Gefangene hat Widerstand geleistet?), womöglich Drogen zur psychischen Destabilisierung. Werden sie ihn ermorden, um ihn für immer zum Schweigen zu bringen? Könnte es dafür Gründe geben? Kann Andreas Eichler selbst noch geglaubt werden, wenn er gesteht? Was für eine Rolle spielt Frank Hofmann? Heißt sein Schicksal "auf der Flucht erschossen"?!

Den Nutznießern dieses Systems paßten die Schüsse zu gut ins Konzept, als daß ausgeschlossen werden könnte, daß sie nicht aus ihren Kreisen angezettelt sein könnten. All die ungläubigen Unstimmigkeiten! Kam ein bedächtig planender Killer so dumm sein, wie Eichler angeblich gewesen sein soll?

Wir leben im Land der Lüge und Offentlichen (verdeckten) Manipulationen. Wir dürfen nur das hören, was denen da oben in den Kram paßt. Wenn Eichler nicht der Täter wäre, wer ist es dann? Es steht zu befürchten, daß wir nie die ganze Wahrheit erfahren. Denn wem sollte mensch noch glauben? Sicher nicht dem korrupten und gefährlichen Gewaltsystem, das wir Staat nennen. Sicher nicht der gekauften und mit den Brocken gefütterten Presse, die von den Tischen ihrer Herren abfälen.

Machen wir uns einen eigenen Reim auf die Dinge, wie sie sind und wie sie kommen, für ein "neues, ein besseres Lied!"

AnarchistInnen aus Berlin

freiraum

Anarchistische Zeitschrift

Forum für die libertäre theoretische Diskussion
aktuelle Nachrichten

Einzel exemplar 3,- DM - Abonnements: 3 Nummern 10,- DM 6 Nummern 20,- DM Probe exemplar 3,- DM in Briefmarken. 36 Seiten Umfang. D & A 4, kommt ca. alle 2 Monate

1980 München 34

OLDENBURG

Heute, eine Woche nach den Ereignissen an der Startbahn West, wissen wir noch immer nichts über die Umstände, die zu dem Tod von zwei Bürgern geführt haben. Zu unehrlich und widersprüchlich sind uns die Meldungen von Presse, Funk und Fernsehen hinsichtlich Ablauf, Tatwaffe und der Konstruktion eines "autonomen Sonderkommandos" (Scharfschützen: Feuer frei, oder so ähnlich), als daß wir uns darauf einen Reim machen könnten.

Was es, neben den zwei totesgeschossenen Polizisten mit denen wir uns unter anderen Umständen hätten vorstellen können, für eine andere und bessere Welt zu kämpfen, ist ein medialer Scherbenhaufen und die Erkenntnis, daß, wenn die beiden Polizisten einer geplanten und bewußten Aktion zum Opfer gefallen sind, diese Aktion offensichtlich mehr Verwerfung und Verunsicherung ausgelöst hat, als daß sie menschenwürdig wirken könnte.

Dafür spricht nicht nur die offensichtliche Nichtvermeidbarkeit der Aktion, sondern auch die Tatsache, und das halten wir für ausschlaggebend, daß wir uns mit einer Sache auseinandersetzen müssen, die wir von ihrem möglichen Ablauf her nicht gebildet hätten, die uns überrascht hat und wir uns mit dem daraus entstehenden Counterprojekt des Staatsschutzes und einiger Grüner Hampelmannen/frauen konfrontiert sehen.

Die Schüsse von Frankfurt, erst mal ein tagespolitischer Anlaß, werden als Aufhänger einer langfristig geplanten Befriedungsstrategie benutzt, um das staatliche Gewaltmonopol lautstark einzuklagen, welches im Kontext sozialer Bewegungen an der Startbahn West, in Wackersdorf, Brokdorf, Hafenstraße ... zerbrochen ist und weiter zu zerbrechen droht.

Zerbrochen, wie es scheint, ist auch die einst proklamierte Einheit in der Vielfalt, die sich beim näheren Hinsehen als viel Einfalt entpuppt, wenn sich möglichst viele jetzt auf das 77er Distanzierungskarussell setzen und von da aus erst mal mit allem möglichen und unmöglichen um sich zu schmeißen, was eine ehemalige Linke, die sich nicht mehr als Protagonist zukünftiger Umwälzungen versteht, ändern als ihr Opfer, in ihrem Versöhnungseifer findet.

Kritisiert und diskutiert wird hier nicht entlang den engen Kriterien revolutionärer Moral, dem offenkundig falschen Zeitpunkt der Aktion, sondern man kramt die ohnehin fragwürdige Totalitarismustheorie von Hannah Arendt - mit ihrer Gleichsetzung von Terror von rechts = Terror von links - hervor, stellt fest, daß alles was es nur den Zimmer- und Reibhämern nützt und giftig in dem Ausfern ("Grüne") der "Täter" an eben jene Klassenjustiz, die nicht nur das Startbahnprojekt abgesegnet hat.

Es ist durchaus vorstellbar, daß sich die berühmten Schüsse an der Startbahn ganz konkret gegen den Staat und seine ihn schützenden Organe richteten.

So, wie es kein großes Geheimnis ist, daß sich die revolutionäre Linke in einer Krise befindet, so ist andererseits klar, daß die bisherigen Angriffe auf Institutionen und Projekte des Herrschaftsapparates sowie auf rassistische Auswanderbehörden und Personen gegen die selektive und damit menschenverachtende Flüchtlingspolitik, auf Einschränkungen von AKW-Betriebern, auf Banken, Militäranlagen, Rüstungskonzerne oder Firmen wie Adler oder Ikea ... einen weitreichenden Konsens innerhalb der sozialen Bewegungen hatten. Unter anderem auch deshalb, weil sie aus ihnen hervor gingen und ihnen nicht äußerlich waren.

Die Schüsse an der Startbahn haben diesen Konsens aufgebrochen. Sie haben die Frage nach einer existenziellen Radikalität neu gestellt und eine politische Leere hinterlassen, von wo aus der Konsens der Entscheidungsfreiheit, welche Mittel jemand im Klassenkampf anwendet, militärisch gestützt wurde. Dabei wissen wir doch, und das nicht nur aus der zwanzigjährigen Geschichte der außerparlamentarischen Bewegungen, daß in den Krisen der Bewegungen und Stadtguerilla die Verwirklichung, durch einen erhöhten militärischen Einsatz wieder weit zu machen, was politisch verloren scheint, äußerst wichtig ist.

Der politische Fehler liegt darin, daß diese Militarisierung sich nicht aus der inneren Entwicklungslogik der Bewegungen herleiten läßt, auf die wir uns nicht nur mit unserer Erfahrung, sondern mit einer den Kapitalismus überwindenden Perspektive beziehen.

Und das ist groß genug das Kriterium zur Anwendung revolutionärer Gewalt werden die von Bewegungen, von weiteren Bevölkerungskreisen verstanden, auch als Möglichkeiten, die eigenen Interessen, die der Unterdrückten gegen die Unterdrückten durchzusetzen. Ermöglichen sie die Menschen zum eigenen Handeln, setzen sie Befreiungserfordernisse frei, w.o. können sie akute Kämpfe unterstützen, ohne daß ein kurzfristig erzielter Erfolg über den Gegner an den Repressionsmaßnahmen der Gegenseite insoweit scheitert, daß sie die Bewegung handlungsunfähig macht und sie voll auf sie zurück schlägt. Wir wollen auch die weitere breiteste Opfermentalität vieler Menschen aus der Bewegung kritisieren, die ihren Objektstatus als Kolonisierte offenbar zu vernachlässigen haben, daß sie sich nur noch als Opfer fühlen, sehen und sich handeln können.

Als Opfer von Atomraketen und durchgefallenen Einzeltären. Opfer von Atomtesten und Staatsschutzaktionen, Opfer des verblödeten Volkes und des obskuren Autonomien, die man was ja nie, doch nicht Subjekte einer sozialrevolutionären und anti-imperialistischen Praxis sind. Dies ist Ausdruck sowohl eines falschen Bewußtseins und signalisiert darüber hinaus, wenn nicht Spaltung, so doch immerhin eine Distanz, die es der Befriedigungsstrategie der Herrschenden einfach macht, innerhalb von sozialen Bewegungen zu agieren.

Das Projekt des Staates bedient sich eines quasi-mythischen Pferdes innerhalb der Bewegungen, um sich ungestört ihrem Genre, der Profitmacherei widmen zu können.

Wenn, wie Meinungsumfragen ergeben, die Glaubwürdigkeit und Respektabilität von "Politikern", also den Repräsentanten der herrschenden Klasse, bei 81% der Bevölkerung geschwunden ist,



vielen, mit denen uns der Gedanke an eine befreite Welt verband, scheint das nicht zu stören, im Gegenteil.

In sogenannter ehemaliger linksradikaler Studentenführer kontaktiert seit Jahren einen bundesdeutschen Geheimdienst, um ehemalige RAF-Genossen, die nicht mehr von der Möglichkeit des bewaffneten Kampfes überzeugt sind, als politische Kronzeugen gegen ihre früheren Überzeugungen zu benutzen. Wo medienwirksam das Geschäft mit der Integration und der Ausverkauf einst verhandelt gehandelter Inhalte betrieblen wird, werden vor allem auch Utopien auf der Strecke bleiben, die ja auch immer etwas für sich hatten.

es also erhebliche Einbrüche in die Massenloyalität gegeben hat, ist es für die Herrschenden aller höchsten Zeit, Konflikte zu pazifizieren, wollen sie nicht das Risiko eingehen, daß die Erosion der Loyalität sich politisiert und gegen sie richtet, eines Tages Gegenmacht wird. Es ist wirklich zu befürchten, daß die Linke, sowohl die Handlungsmöglichkeiten, die sich aus der implodierenden sozialen Krise ergeben können, ungenutzt lassen wird und ebenfalls als Rekordhalter im Vergeben von historischen Möglichkeiten in die Annalen der Geschichte eingeht.

Einige Autonome aus Oldenburg

Dabei fungiert ein Großteil der Grünen und anderer durchaus als eine Art Kuckucke, in den sozialen Bewegungen, von denen die Grünen nur, noch den parlamentarisch verselbständigten Teil darstellen. Und insofern ist der Befriedigungsversuch der herrschenden Klasse, genau 1,3% der Bevölkerung, die über 83% des gesellschaftlichen Reichtums verfügen, um das noch mal zu sagen, taktisch sehr geschickt.

Verzichtet wird auf flächenwiderstand zugunsten selektive repressive Methoden gegen die Szene, um das gesamte Konzept, dem der inneren Befriedigung nicht das Wasser abzugraben. Was noch vor einem Jahrzehnt undenkbar gewesen wäre, ist nun eingetreten.

FEUER FREI?

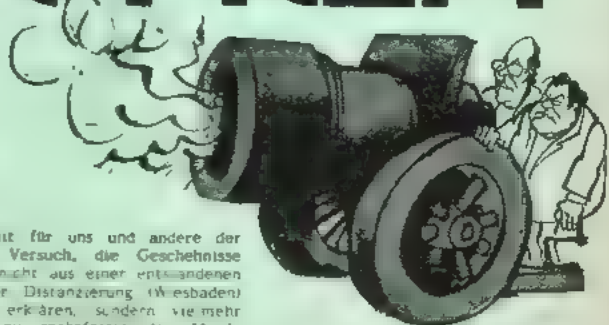
Am 2.11.87, am 6. Jahrestag der Hüttendorfräumung, wurden an der Startbahn West bei Frankfurt während eines Demonstrationseinsatzes zwei Bullen erschossen. Wer immer auch geschossen hat, die politische Verantwortung wurde sofort den "Autonomen" zugeschoben.

Um es klar vorzustellen: auch wir finden diese Schüsse zum Kotzen. Nichts desto trotz halten wir militanten Widerstand gegen dieses System für notwendig.

Wir möchten vorausschicken, daß dieses papier einen vorläufigen Charakter hat und unter extremen Zeitdruck entstand. Gleichzeitig ist es auch keine Position, welche die mangelfähigen autonomen Politikverständnisse versucht zu vereinheitlichen "wir Autonome".

Es ist somit für uns und andere der einleitende Versuch, die Geschehnisse vom 2.11 nicht aus einer entzweiten Position der Distanzierung (Wiesbaden) heraus zu erklären, sondern vielmehr die nicht zu rechtfertigenden Morde als eigene Schwäche zu begreifen.

Es wird weder etwas entschuldigt noch irgend einer Weise gerechtfertigt. Die Geschehnisse stehen im Ge-



gensatz zu Ziel und Vorstellung autonomer Politik zum jetzigen Zeitpunkt in der BRD. Sie sind kein Produkt eines Diskussionsprozesses oder einer Analyse.

Die BRD ist ein imperialistischer Staat. Gemeinsam mit den anderen Nato-Staaten ist sie an der ökonomischen Ausbeutung und militärischen Unterdrückung der Menschen in der sogenannten dritten Welt beteiligt. Profit und Gewinne dieser Ausbeutung dienen der Sicherung der politischen Macht des Regimes und seiner Institutionen, der ökonomischen Machtverhältnisse bzw. Herrschaft der multinationalen Konzerne und der Sicherung eines relativen Wohlstandes, Abmilderung des Klassenwiderspruchs.

Die BRD ist ein bürgerlicher Staat. Klassegegensätze sind entgegen einiger Wunschvorstellungen seitens des Regimes und "linker" gesellschaftlicher Gruppen Realität, ebenso wie die Bekämpfung von sozialen Bewegungen. Wer sich in das System integrieren läßt, kann am "Wohlstand" teilhaben.

Wer dagegen auf Grund seiner sozialen Lage, durch verschiedene Formen von Widerstand oder aus Erfahrungen und Überzeugung ankämpft, wird mit allen Mitteln bis hin zum Mord, als äußerstes Mittel und mit Kalkül, ob auf der Straße oder in der Isolationshaft bekämpft.

Revolutionäre Politik drängt auf Veränderung der weitverbreiteten ökonomischen und politischen Machtverhältnisse zugunsten einer Volksmacht und Aufhebung ökonomischer Widersprüche. Revolutionäre Politik - herrschaftsfrei, selbstbestimmt von unten, antipatriarchalisch, kollektivität, revolutionäre Moral - muß deshalb im Kern ein Spiegelbild der Gesellschaft sein, die wir anstreben. Die dazu einzusetzenden Mittel reichen vom Flugblatt, der Veranstaltung, Demonstration bis zum Einsatz bewaffneter Mittel.

Konkreter Schutz von Demonstrationen vor Übergriffen auf unsere Inhalte (Transparente) oder allein zur Unterstützung der Durchführung wie der Demo am 2.11. (Blockbildung, Barrikadenbau, Selbstschutz etc.), direkte Aktionen gegen Konzerne, oder Bestrafung (Knieschuß) und Erschießung all derjenigen, die an der menschenverachtenden Politik in führender und verantwortlicher Position sind.

Sie stellen das Bindeglied zwischen politischer Vermittlung und Machbarkeit revolutionärer Politik dar. Ihre Anwendung bestimmt sich darüber hinaus an der gegebenen Realität der gesellschaftlichen Verhältnisse hier und dient der Unterstützung, Verbreiterung und Verteidigung unserer politischen Inhalte.



Da der bürgerliche Staat letztendlich militärisch gegen soziale (Widerstands)Bewegungen agiert, Protest und Widerstand in bürgerkriegsähnlichen Szenarios niedergeknüpelt werden, bleibt als Essenz, daß die Machtverhältnisse nur dann verändert werden können

- wenn der jetzige Kampf als Kampf um die Herzen der Menschen hier wie in der Peripherie betrachtet wird

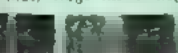
er sich ihrer realen Bedürfnisse und Ängste annimmt



in der Lage ist, mit verschiedenen Mitteln bereits Erklärtes weiterzuführen politische Verankerung in militante Verteidigung zu vertiefen.



Eine Veränderung der heisigen Machtverhältnisse, so sehr wir uns das auch wünschen, ist auf friedliche (Reformistische) Wege nicht möglich.



Aber wir stellen fest: wer zum jetzigen Zeitpunkt mit Schüssen auf Polizisten bei Demonstrationen eine politische Konfrontation will, degradiert revolutionäre Politik zu einer militärischen Strategie.

Obwohl seit über zwei Jahren, seit der Ermordung von Guntter Sarf, die Repression gegen politische Inhalte sich verschärft hat, sei es durch Verhinderung von Veranstaltungen, Versammlungsverboten, Polizeikesse Einkastung von Menschen, kann nicht zum jetzigen Zeitpunkt nur mit einer neuen Eskalationsstufe geantwortet werden. Diesen Kampf würden wir immer politisch, moralisch und militärisch verlieren. Die Toten an der Startbahn sind ein Ausdruck davon.

In der BRD sind revolutionäre Gruppen in der Minderheit. Gleichwohl verändert revolutionäre Politik immer wieder Menschen. Ihre Aktionen tragen deshalb hauptsächlich propagandistischen Charakter. Es herrscht kein Krieg, kein Bürgerkrieg. Wir lassen uns auch diese Eskalationsstufe nicht durch staatliche Maßnahmen aufdrücken. Die jeweilige Situation muß immer in ihrer Gesamtheit als eine politisch militante gesehen werden.

Wir müssen die politische Verantwortung übernehmen. Es reicht nicht zu sagen, daß solche Menschen nicht zu uns gehören. Diese Menschen haben sich, wenn auch mit falschen politischen Vorstellungen, unserem politischen Kampf angeschlossen. Diese Tat ist Ausdruck von bestehenden Schwächen, z. B. mangelnder Organisation und tiefgreifender Diskussionsprozesse in der autonomen Bewegung insgesamt. Die Schwachen müssen offen benannt und aufgearbeitet werden. Nicht überhastet in all zu eiligen Erklärungen und Distanzierungen anfällig von Drucks, der auf uns lastet, sondern in einer tiefgreifenden Debatte um unsere weitergehende Organisation.



Wir stellen fest, daß eine bestimmte Linke die jetzige Zeit nutzt, den Schulterschuß mit den staatlichen Organen salonfähig zu machen. Ihnen geht es nicht darum, den Vorfall zu diskutieren, sondern im Einklang mit den hier herrschenden politischen Fraktionen Widerstand zu spalten, den einen Teil gebrochen zu integrieren, den anderen Teil zu liquidieren.

Einige Autonome aus Hannover

die Einschätzung von Autimpe aus dem Ruhrgebiet

Wir nehmen an, daß die Liquidation der zwei Bullen an der Startbahn eine Counter-Aktion ist

d.h., daß sie von Geheimdiensten geplant und organisiert wurde und von angeworbenen Provokateuren - oder von ihnen selber ausgeführt wurde.

- daß sie solche Counter-Aktionen durchführen, ist wohl spätestens seit der 'celler-loch-Aktion' öffentlich bekannt. sie wollten damit eine counter-guerilla aufbauen, um an die raf dran zu kommen.

- oder die Counter-Aktionen gegen die Hauptbahnhöfe 1973/74, die Bomben in den Schließfächern, die sie der raf zuschieben wollten, um so die raf als 'kaltsblütige Killer' von der Bevölkerung zu isolieren.

- oder im Hungerstreik 1981; wo die vielfältigen politischen und militanten Mobilisierungen mit den Häuser- und anti-ekw-revolten zusammengekommen sind, dieser Kampf wurde von vielen erstanden und worin die Möglichkeit ist, daß der Widerstand sich politisch als eigenständige Kraft durchsetzt, dagegen haben sie Counter-Aktionen von Barrikaden und Betonpiloten auf Bahngleisen und die Bombe in der Kölner U-Bahn gestartet, unter dem Propagandistischen Motto: wenn später... dann so und so viele tote...

das sind Beispiele aus ihrer Praxis in der BRD bzw., daß das für sie keine ungewöhnliche Praxis ist. diese Methoden sind Teil jeder aufstandsbekämpfungsstrategie, Bestandteil der Ausbildung von anti-guerilla-einheiten des Militärs und der Geheimdienste, und sie stehen in jedem CIA-Handbuch.

die blutigen Taten der Kontinuität solcher Aktionen ziehen sich quer durch die Geschichte und Kontinente

ob es die Sprengung des Greenpeace-Schiffes vor Neuseeland von Agenten der US, franz. militärischer Geheimdienst, Ende 1983 ist, um eine politische Mobilisierung, besonders der Ureinwohner in den ehemaligen franz. Kolonien, wie damals in Neukaledonien und heute in Tahiti, gegen die franz. Atomversuche zu verhindern.

das Massaker im Bahnhof von Bologna, welches von Agenten des militärischen Geheimdienstes und neo-faschisten ausgelöst wurde.

oder die Bombenserie gegen die internationale zivilluftfahrt im Sommer 1985: die Bombe in der Abfertigungshalle des Frankfurter Flughafens; die Sprengung der Air-India Jets bei Irland 1988; 380 Tote; die Bombe auf dem Lärer Flughafen; diese Aktionen hatten das Ziel, die offensiv-strategie der USA von 'Prävention und Vergeltung' gegen den internationalen Terrorismus zu ersetzen. mit diesen Counter-Aktionen haben sie den 'Schrecken des internationalen Terrors' aufgezeigt und so das Druckmittel und die Klammer gehabt, andere Länder in die internationale Zusammenarbeit reinzupressen. dieses Ziel direkt auf den Ausbau des internationalen Befreiungskampf und die fortschrittliche, freien Länder, was sie die

letzte Zeit bewiesen haben: mit den Bombenangriffen gegen Libyen, den Iran und den Angriffen und Entführungen gegen Palästinenser, - wie vor zwei Monaten das Kidnapping des Palästinensers Sawas Junis von Bullen des FBI's aus dem Libanon, schütz bezeichnete dies 'als neue Phase des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus'.

die aufstandsbekämpfungsstrategen wenden diese Mittel überall an: Nicaragua, Peru, Türkei, Angola, Kurdistan... - Aktionen im Namen der guerrilla und/oder der revolutionären Kräfte zu machen, um darüber diese von der Bevölkerung zu isolieren.

die Liquidation der zwei Bullen paßt genau in das politische Klima und entspricht ihrem Interesse, die Ansätze des radikalen und revolutionären Widerstands jetzt auslöschen zu wollen, bevor wir uns auf neuer Stufe gegen den Faschismus organisieren und durchsetzen, wir müssen anfangen uns politisch strategisch am Ziel zu bestimmen, uns die notwendigen Mittel und das Terrain dafür erobern, wir müssen in die, für sie nicht mehr aufhaltbare ökonomische und politische Krise reintrivieren und mit den Menschen arbeiten, die davon extrem betroffen sind, z.B. die Bergarbeiter im Ruhrgebiet; politisch und praktisch zusammenkommen. dies sehen wir als eine der Aufgaben des revolutionären Widerstandes. sie wollen uns, bevor wir das jetzt möglichen und nötigen qualitativen Sprung in der Entwicklung einer revolutionären Strategie schaffen, erwischen und dies vorher abknicken.

In diesem Projekt geht es als erstes darum, die militärische, insbesondere bewaffnete Kampf als 'verrückt und abartig' - so Kohl - darzustellen, um quer durch die Gesellschaft und die linke Distanzierung zu erpressen, um so den Boden zu schaffen, uns relativ reibungslos abräumen zu können. ...es geht darum...die geistige Offensive gegen die Börde gefährlicher Schwärze zu eröffnen, die sich nur halbherzig von der Gewalt distanzieren...und eine unmissverständliche Gewaltabsage muß formuliert werden... unionspolitiker taz 4.11. '...der entscheidende Schritt muß jetzt der Zugriff auf das Gewaltpotential der autonomen sein...' kommentar sz 4.11.

sie wollen in dieser Situation, im Kontext ihrer Strategie von 'präventiver Konterrevolution' eine gesellschaftliche Einkreisung und Isolierung errichten.

die Grünen haben das schon direkt aufgegriffen und zu ihrer Sache gemacht, dazu Otto Schily: der Staat müsse nun mit Festigkeit reagieren, es sei ihm unbegreiflich, wenn die Forderung von den Grünen nicht unterstützt würde, auch bei... müsse nun darauf geachtet

werden, keine falschen Koalitionen einzugehen...' was die Grünen direkt in der ersten anti-terror/gewalt manifestation am Samstag 7.11. in Stuttgart umgesetzt haben, unter der Leitparole 'gegen die Eskalation der Gewalt' und 'für gewaltfreie politische Auseinandersetzung'. dazu der grüne Organisator Huß: wir haben uns gedacht, es wäre ein bißchen wenig, nach einem solchen Vorfall, es bei den üblichen Distanzierungen zu belassen. ...die Schüsse... hätten nicht nur auf Menschen, sondern unmittelbar auf das Grundrecht der Demokratie gezielt, deshalb müsse dieses Grundrecht auch gegenüber solchen Gewalttätigen verteidigt werden.' weit und taz 7.11.

die herrschenden schaffen sich jetzt die Mittel, mit denen sie gegen uns und alle, die anfangen an den Widersprüchen der Krise zu kämpfen, vorgehen wollen, das ist z.B. die Änderung des Versammlungsgesetzes, dabei geht es nicht nur um Demos, sondern um jede 'Versammlung über 5 Personen', d.h. auch um Versammlungen und autonome Plenen. sie können damit jede Versammlung und Plenum verbieten und auflösen, konkret werden sie trotzdem weiterhin teilnehmend, kann dafür in den Knaat gehen und bei 'Wiederholungsgefahr' direkt einfahren.

das ist die Linie, die das bayerische Innenministerium schon mit den Verbote der BKO und den Veranstaltungen zur 'palästinensischen Revolution' und zu den 'politischen Gefangenen in der BRD' exemplarisch angefangen hat, der gewollte Zugriff auf die Plener offenbart sich über das Zitat von Hermann, bdk... die Konsequenzverfolgung und Zerschlagung der Strukturen der verbrüdertruppe verummelter Gewalttäter...

Wir haben das jetzt einmal auf den Begriff gebracht, um aufzuzeigen, worauf sie sind und wie weitreichend sie sich jetzt Mittel beschaffen. uns geht es nicht darum ein Horrorbild zu malen, erst recht nicht daraus die Konsequenz entstehen zu lassen, wir können ja eh nichts mehr machen. ganz im Gegenteil, wir denken, daß wir der Realität und dem Feind ins Auge schauen sollen und müssen. weil es die Voraussetzung dafür ist, sich darauf einzustellen und als Kampfbedingungen davon ausgehen zu können.

Wir werden im folgenden darauf eingehen, weshalb wir neben der politischen Einschätzung meinen, daß die Schüsse eine Counter-Aktion sind.



die buben und der staatschutz
würden eine ganze zeit vorher, daß
es an der starbahn abgehen würd
...beobachtungen im vorfeld zum
montag allerdings ließen polizeikreise
annehmen, daß die sog. reisechaoten
i großer zahl wieder kommen wärdn.
weit 4:11 und ...berens an wien
er hatte die film'er pitten, ihm mit
zu, daß aus dem ganzen bündel
aufschußstrahlen und ...
er autonom nach film ...
an der 6. jahrtag der ...
les hundert-er zu feiern. ...
ebenpost 3.1. d.h. sie könnten wach
vorher einschätzen und wüßten ...
...es jetzt abgehe wird eine ...
somit ganz zeit ... genau des
akt in vorgerichten sie zu plan...

der war. War genau in dieser Nacht ausgeleuchtet. „Normalerweise ist die an der Startbahn vorbeiführende Landstraße zur Zeit nichts gewesen, weil aus dem nahen Wald, erst kürzlich entdeckte, höchst explosive Komplikationen aus dem Krieg geborgen werden. In dieser Nacht hatte man auf Bitten der Polizei, auf eine Gefährdung der Bevölkerung verzichtet, da die Gefahr einer Gefährdung der Luftstraßen befürchtet...“ weil ich wissen nicht genau wo der dann geschehen laufen, was führt aus auf daß sie sich dann ideale Bedingungen geschaffen haben, unter denen sie die Aktion durchführen konnten, was wohl durch den ausgeleuchteten Wald für sie sehr gut gewesen wäre. Für sie konnten sie nicht sehen, (vielleicht) überbrücken und auch re gelmäßig auszuweichen.

... st ein dicker schwarzer rauch aufsteigend, dunkel, mit viel buschen und wald, woraus es sehr leicht ist, die aktion ungesehen durchzuführen dazu hat ein beteiligter bulle gesagt, ... die schüsse kamen überraschend und kaum einer der polizisten hat sichtbar zusehst verstanden, was da tatsächlich passierte, das einzige hatten im gesichte der brennenden leuchten festgemacht, einige haben ihre durchdrichten schilde auf den boden gestützt, "ich habe meinen helm abgenommen und dann hat es geschüttelt und plopp gemacht und dann ist mein nebenmann umgefallen", berichtet später ein polizist einem rundfunkreporter...' sz 4.11. ein anderer beteiligter bulle...' ich habe nichts gesehen, keine schüsse gehört...' ffnr' abendpost. ein anderer bulle...'niemand hat schüsse gehört geschweige denn mündungsfeuer gesehen...' sz 4.11.

es war keine geschlossene denn
sondern 'zu sterwegs hatten aus jeder
richtung von wald raus viele
flüze', eine übersichtliche
ab 4.1. u. eine situation, in der

es überhaupt nicht auf einen Kante,
daß sich irgendwo provokatore in
der Gegend herumhüben

den seinen", der Sprecher sagte auch dem noch, daß die Bullen diese sie nicht veröffentlichen wollten. Das steht im Widerspruch zu ihrer sonstigen Praxis, sie sind sonst förmlich nur ge- darauf "gewalttätige stellen" zu zeigen, um so die "brutalität der chaoten und terroristen kurzzei en- zentria und wichtig, sie auch die veränderte Offen-leistungs in den ersten meijungen waren reue aufbaue, dazu der fimer bütersprecher unter-laz in einer ersten sie-g narne erkarte er, und die schüsse "als allen brünger" gekommen und mien direkt be-eig-e beamer am d-inge-mittag, daß es an dem abend uherig gekno haben... lat 411 sogar wa man be-sagte in zusammenarbeit mit einem zusprecher am mittwoch auf einer presskonferenz... die schüsse sind wahrschein- lich aus größerer entfernung, gezielt und aus dem schützenden dunkel des nahen waldes abgefeuert worden... welt 5.11.

der begreift die geschickung
der gerichte des nationalsozialistischen
präsident gemmer, reibmann und der
bau. aus allen meldungen in den zei-
tungen und rundfunk geht hervor,
daß ausschließlich die bau die mündig-
verpflichtung wurde gegeben, die
die vorgehenden politischen von einer
gruppe auf dem von der nationalso-
zialistischen wahlgenossen heraus über-
tragen, den jugendlichen werden sich
nicht weiter zu nähern, unmittel-
bar danach sei ein kommando "scharf
schützen feuer" zu hören gewesen.
darauf sei von den vermummten ge-
walttätern mit leuchtsperummunition
und scharfer munition geschossen
worden. die nationalsozialistische
regierung hat eine pressekonferenz lan-
genzungen, die von dem nationalsozialistischen
präsident gemmer stammen soll, hieß
es, die schüsse seien "aus einem poli-
tisch-schwarzgekleideten demonstrieren-
den" abgegeben worden.

das alles widerspricht aber den authentischen berichten der bullen, die direkt beteiligt gewesen sind. konkret haben sich die bullen gesagt hab meinen heimlich abgenommen und dann hat es gezeichnet

(pope john 23) mein heiliges
mutter... die bulle beruht auf
falschen beweisden heute
auf pause genutzt eben dabei habe ich
zu ihrer schiller hingezogen und bekommen
schon immer so verbunden mit ihm
stärker seine bulen, die angefertigt
werden und vorher sogar noch per
manipulation aufgeführt wurden.

d.h. die baw hat diese desinformation
gezielt in die öffentlichkeit gesetzt
um ihr projekt von einkreisung und
isolation durchzusetzen, dahinter
steht daß gba reibmann nach de
seiner ant-terror gesch. vor arbeits
dieses jahres, das verfahren an sich
geben konnte, dazu die sz 9.1.1. am

setzung ist der
 welche strafbar ge
 er immer sich
 beeinträchtigen
 behält.

die Idee verstanden zu
sein, dass es eine Lösung für
das Problem gibt, die
über einen Zeitraum
von Jahren eine
positive Wirkung
auf die Gesundheit
ausüben kann.
funktioniert, dazu
muss man
bei den Ärzten
Rat, das ist
eine gute Idee,
wird
hier das ist
zu sagen, wie
schaffenden, die sich
offiziell

[illegible]

... ist zu sein eine Entscheidung gewesen
... sagen spreche ...
... hat vor ...
... man ...
... unter dem ...
... w ...
... n ...
... besetzt ist, um so glaubwürdig
...

einmal wieder ein paar
ein bisschen für den
die Statistik der
und legitimierung
die Wirtschaft

* Handing at West ...

- am dienstag um 21.45 uhr in dem
sonder-zugessen, auch ein lei-
jes hulen-v-deus von der nacht gezeigt
wurde, wurde exakt die stelle bzw.
situation, in der die schasse gefa en

daß ...andreas eichler über monate hinweg beobachtet wurde...wie bild... berichtete, habe ein vs-beamter ...erklärt, daß auch eichlers telefon überwacht worden sei... und taz vom 11.11. ...ob heilmann in den vergangenen monaten beobachtet wurde, konnte der bew-sprecher fürster weder bestätigen noch dementieren... dieses ist ein konkreter hinweis darauf, daß der vs andreas und wahrscheinlich auch andere beobachtet hat, ihr zentrales ziel war es nach den schüssen, jemanden die knarre zustecken, wofür sie diese person beobachten und unter kontrolle haben müssen, um sie genau einschätzen zu können.

* andreas hat selber gesagt, ich habe nicht geschossen, irgend ein fremder hat mir auf der demo den kompletten rucksack in die hand gedrückt... taz 11.11. das klingt plausibel, denn wenn sie bei andreas keine knarre gefunden hätten, könnten die geheimdienste/baw nicht "zweifelsfrei" öffentlich durchsetzen, daß die schüsse wirklich aus dem widerstand kommen sollen.

wir sehen das so, daß die geheimdienste entweder einen v-mann/provokateur in die scene eingeschleust haben, von dem die schüsse kommen, oder daß die aktion direkt von agenten oder gekauften handlangern durchgeführt wurde und ziel darin war, direkt jemand/andreas danach den rucksack samt knarre in die hand zu drücken, um so durchsetzen zu können, daß andreas stellvertretend für den widerstand, die aktion durchgeführt haben soll.

zentral darin ist die initiative von gauweiler, dazu sz 13.11.: ...gauweiler fordert...die bessische landesregierung auf, gegen andreas eichler...beim bundesverfassungsgericht die aberkennung der grundrechte zu beantragen...damit wollen sie erreichen, daß derjenige, der am klarsten das ganze counterprojekt kippen lassen kann, ein für alle mal mundtot sein soll. wir schätzen das jetzt so ein, daß die baw und der vs andreas massivst erpressen, daß er "zugibt", daß er die aktion durchgeführt hat. das mit der drohung, wenn er nicht "gesteht", fährt er mindestens zweimal wegen mordes ein und noch die aberkennung der grundrechte, was heißt, die absolute und totale verfügungsgewalt über ihn. wir denken, daß es auch nicht zufällig zu diesem zeitpunkt kommt, sondern daß sie mit dieser initiative den druck auf ihn verstärken wollen. sie konfrontieren ihn mit diesen hämmern, weil er das ganze counterprojekt kippen lassen kann, wenn er sich gegen die drohungen und erpressungen durchsetzt. für die schweine ist andreas die möglichkeit, ihr projekt als aktion des widerstands abzusichern.

das andere dabei ist, daß sie einfach mal wieder in der öffentlichkeit einen "fahndungserfolg" brauchen, was sie bei der raf nicht schaffen, weil es genau ihr problem ist, daß sie nicht mehr an die guerilla drankommen.

wir meinen, es geht darum, die schüsse genau zu untersuchen und die meldungen genau zu hinterfragen. wir finden es auch sehr wichtig, daß andreas da recht bald was genaueres zu sagt, über die politische einschätzung und über die hier aufgezeigten widersprüche und hinweise kommen wir auf den begriff, daß das eine counter aktion vom staatsschutz und/oder geheimdiensten ist.

wir können natürlich nicht 100% ausschließen, daß da wirklich einer durchgeknallt ist. wenn es so wäre, ist es verdammt schade und es müßte darum gehen, rauszufinden, wie es zu sowas kam. wir denken, daß es darum gehen muß, sich einen realen begriff davon zu erarbeiten, was jetzt die situation ist, weshalb die herrschenden mit solchen counter-aktionen gegen uns vorgehen müssen. es ist wichtig für uns zu überlegen, wie wir uns gegen diesen strukturierten staatsschutzangriff durchsetzen können und wie wir den angriff gegen sie umdrehen können. die offenlegung, daß sie aus staatschutzinteresse selber kaltblütig ihre eigenen bullen töten, wird wie eine bombe einschlagen.

es geht darum sich einen begriff von der realität, der schärfe der konterrevolution zu verschaffen, das ist die voraussetzung, auch unter den veränderten bedingungen - offensiv gegen den imperialismus kämpfen zu können. und nicht aus angst vor isolation und der repression den kopf zu verlieren und genau das zu machen, was der staatsschutz damit erreichen will: aufhören zu kämpfen, sich zu distanzieren und im kern, aufhören revolutionäre gewalt anzuwenden.

nur wenn wir unsere politischen positionen und kriterien von revolutionärer gewalt dagegen stellen und daran entwickeln, uns politisch zu überlegen, was wir wollen.

was wir wollen, können wir uns gegen diese angriffe durchsetzen.

Nicht vor der dimension der eigenen ziele zurückschrecken!

nicht sich drehen und winden unter den schlägen des gegners, heulen und winseln und entschuldigungen stammeln: so böse war's nicht gemeint, wie es viele tun.

wiederhören muß man, für jeden feindlichen hieb zwei, drei zurück!

freudlichst entliehen vom knispel

AUTONOME UND ANARCHISTEN IN DER ÖFFENTLICHKEIT (BERLIN)

Wir Anarchistinnen, Anarchisten und Autonome werden in Fernsehen, Radio und in den Zeitungen nur im Zusammenhang mit Gewalt erwähnt. Wir werden dargestellt als schwarzvermummte, grimmige Monster, die nichts anderes im Kopf haben, als zuschlagen, zerstören, niederbrennen.

Das, was uns wichtig ist, wird verschwiegen: unsere Ideen und Ziele. Unser Ziel ist die freie Gesellschaft! Eine Gesellschaft ohne selbstschützige Politiker und Hausbesitzer, die Polizisten gegen Menschen treiben, wenn diese sich leerstehende Wohnungen nehmen. Wir wollen eine Gemeinschaft von Leuten, die fair und gleichberechtigt miteinander leben. So wollen wir den freien Zusammenschluß der Bewohner eines Hauses, die das Gebäude gemeinsam in Schutz halten, Jede/r sollte nach eigenen Fähigkeiten und Wünschen mitarbeiten. Das kann nur freiwillig geschehen, niemand da dem Zwang der Gruppe oder einzelner ausgesetzt sein.

Das Gleiche wollen wir in der Arbeitswelt.

Warum nicht eine Fabrik gemeinsam besitzen und organisieren?

Für unser Ziel demonstrieren wir und wo wir angegriffen werden, verteidigen wir uns - notfalls mit Gewalt. Die Polizisten, denen wir begegnen, sind nur zu oft ganz bewußt gegen uns aufgehetzt und aggressiv. Auch in unserem Alltag spüren wir die Übergriffe der Polizei.

Sie beschlagnahmen und zensurieren unsere Bücher und Zeitschriften wie "radikal" in Berlin, "freiraum" in München, "rad-aktiv" und "emma" in Bayern.

- Sie durchsucht unsere Haus- und Wohngemeinschaften, bespitzelt uns, hört unsere Telefone ab.

Was sollten gerade wir für ein Interesse an zwei toten Polizisten haben?

Wir haben schon genug Ärger mit Polizei und Behörden!

DIREKTE AKTION

Organ der Freien Arbeitsunion F.A.U.
Anarchist Syndikat
angeschlossen an die internationale
Arbeits Aktion A.A.
Redaktion und vertrieb: Jörg, der Dieb
Postfach 1000 060926 A 61 0 D 1000
Pressebeispiel DM 50 ab 10 Stück DM 1
Abonnenten: sechs Ausgaben DM 3
zwei Ausgaben DM 28 - volkswirtschaftliche
Postfachkonto Nr. 395189 502 W Schneider
BLZ 500 0050

Die Direkte Aktion erscheint regelmäßig
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben
nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder

Erste Überlegungen zu den Schüssen an der Startbahn

Dieses Papier hat nicht die Funktion der Stellungnahme einer Stadt oder einer Gruppe, auch wenn's von der Form her so aussieht. Es wurde als Versuch einer möglichen Stellungnahme (in den Tagen nach dem 2.11. fauch als Reaktion auf die Verlautbarung Wiesbadener Autonomen und des Libertären Zentrums Ffm) runtergeschrieben, dabei aber - weil es grundsätzliche Zweifel am Ob und Wie einer Stellungnahme in der Öffentlichkeit gab - dann erstmal in der Schublade liegen. Als Stellungnahme ist es heute - Ende November - nicht mehr tauglich, aber vielleicht ein weiterer Beitrag in der Diskussion unter uns. Daher

Stand: Anfang November

Wir sehen als politische Kraft hier in X, die den Startbahn-Widerstand seit Jahren unterstützt, die Notwendigkeit, zu den Schüssen vom 2.11. im Zusammenhang mit einer militanten Demo am 6. Jahrestag der Hottendorfer Platz-Stellung zu nehmen.

... uns nicht um "Legendenbildung", das ist wirklich nicht angesagt. Dennoch - wenn eine Bullenbehörde - das LKA Wiesbaden - behauptet, die ballistische Untersuchung habe bewiesen, daß die tödlichen Kugeln aus der bei Andreas E. angeblich gefundenen Waffe stammen, so ist kein Grund, es auch zu glauben. Mit den "einwandfreien Ergebnissen" von Bullenuntersuchungen haben wir so unsere Erfahrungen. Vom Tod Ulrike Meinhofs über die Stammheimer Hinrichtungen '77, bis hin zu den Aussagen der Bullen vor Gericht oder den "Entscheidungen" irgendeiner Spitzels. Wir wissen nicht, ob die Ereignisse am Abend des 2.11. jemals geklärt werden können - gerade jetzt, nachdem die "Tatwaffe" so verdammte schnell gefunden wurde... Für uns sind die Ereignisse unklar. Die Möglichkeit einer faschistischen Provokation und anderes sind für uns auch nach den "Ergebnissen" der bulleninternen Untersuchung nicht vom Tisch (dies auch auf dem Hintergrund der Widersprüche und Ungereimtheiten in den Medien Radio, TV am 3.11. ff).

Dessen ungeachtet:

Die Schüsse sind auf einer Demonstration gefallen, die mit von Autonomen getragen wurde. Allein aus diesem Umstand und der Tatsache, daß der Verdacht, eine solche Aktion sei von Leuten aus dem revolutionären Spektrum durchgeführt worden, offen da steht, sind wir grundsätzlich in der Verantwortung, uns zu der Erschießung der zwei Bullen zu äußern. Einmal Darstellung des Tatablaufs für wahr nehmen kann, so ist zu sagen: Für eine solche Eskalation auf Demonstrationen - des geplanten scharfen Feuerns auf Bullen - ist keinerlei politische Legitimation denkbar.

Bewaffnete Demonstrationen - d.h. Demos, die von revolutionären Kräften mit scharfen Waffen gegen Polizei, Armee oder Überfällen von faschistischen Schwadronen geschützt werden können Mittel linker Politik sein.

Beispielsweise wenn es (wie in El Salvador) im entwickelten Volkskrieg zu Demonstrationen der Volksfront kommt, und diese durch bewaffnete Guerilla-Einheiten geschützt werden. Hier hat das Auftreten bewaffneter Formationen dreierlei Funktion:

- Die öffentliche Manifestation kann gegen das Regime eventuell durchgesetzt werden, was ein ungeheurer politischer Erfolg sein kann.
- Die Einheit von Volksfront und bewaffneter Guerilla wird politisch und praktisch demonstriert.

- Die Stärke der bewaffneten Formation bietet einen realen Schutz der sich offen präsentierenden Demonstrantinnen gegen zu befürchtende Massaker seitens der Ordnungsmacht, und ist darüber (über den materiellen Schutz hinaus) ein wichtiger Sieg für die Guerilla auf politischer Ebene.

Dieses Beispiel ist nicht ohne weiteres auf andere Verhältnisse, selbst in ähnlicher Situation - übertragbar. Es macht aber deutlich, daß das Mittel der bewaffneten Demonstration in bestimmten historischen Situationen notwendig und richtig sein kann.

Die Ausrüstung mit scharfen Waffen, auch auf Demos, verbunden mit der Bereitschaft sie im Notfall einzusetzen, kann also richtig sein. Das ist keine formale Frage (als solche wird sie bspw. von den Grünen und - was viel schlimmer ist - auch von Genossinnen aus dem autonomen Spektrum gehandelt), das ist ein politische und historische Frage.

Anders verhält es sich u.E., wenn auf Demonstrationen - also der öffentlichen und relativ ungeschützten Präsentation von Menschen - geplant von Gruppen oder Einzelnen mit Schusswaffen gegen Ordnungsmacht vorgegangen wird.

Der gezielte Einsatz von Schusswaffen seitens der Ordnungsmacht gegen Demonstrationen, Streiks u.a. kann nie ausgeschlossen werden. Das zeigt die Geschichte der Weimarer Republik, das zeigte zuletzt das Massaker der Aquino-Truppen in Manila gegen demonstrierende Bauern und das zeigt auch die Geschichte der BRD; denken wir an Philip Müller und Benno Ohnesorg. Wir können eine solche Eskalation der Staatsmacht wohl in den seltensten Fällen verhindern. Hunderprozentig nur durch die Aufgabe des politischen Mittels Demonstration.

Absolut unverantwortlich ist es aber, durch das gezielte Vorgehen mit scharfen Waffen - in welcher historischen Situation auch immer - eine wie oben beschriebene Demonstration auf eine Weise zu eskalieren, die durch das

mögliche Zurückfeuern der Ordnungsmacht für die unbewaffneten Teilnehmerinnen zu unab- und unberechenbarem Gefahr wird - über die auch tödliche Gefährlichkeit von Gaseinsätzen, Knüppelorgeln, Gummi- und Hartgummigeschossen hinaus. Schon aus diesem Grund kann das gezielte Töten von Bullen auf Demonstrationen kein Mittel unserer Politik sein. Soweit ein paar grundsätzliche Überlegungen zur Frage der Bewaffnung auf Demonstrationen. Wir kommen nur näher an die konkrete Situation, so wie sie sich - mit allen Vorbehalten - momentan (Anfang Nov.) darstellt.

Es ist richtig, sich gegen Bullengewalt zu verteidigen, es ist auch richtig Demos gegen die Staatsgewalt durchzusetzen - auch auf die Gefahr hin, daß dabei Menschen verletzt werden.

Wir kämpfen gegen ein System, das heute täglich hundertaufendfach tötet, durch imperialistische Kriege zur Sicherung und Gewinnung von Rohstoffquellen und Märkten; durch Hungerfeldzüge gegen die Menschen des Trikonts; durch die Art und Weise, wie Menschen hier gezwungen werden zu leben und zu arbeiten - gegen ein System, in dem Arbeit Knechtung, Unterdrückung, Ausbeutung und totale Entfremdung heißt, daß auf patriarchaler Gewalt - der Gewalt von Männern über Frauen - fußt; gegen ein System also, dessen Grundlage die Gewalt der Herrschenden ist.

Wir halten innerhalb des Prozesses der Entwicklung revolutionärer Politik in der Metropole BRD heute auch die Entwicklung militanter Angriffe für richtig - das heißt auch die Anwendung revolutionärer Gewaltmittel gegen Menschen als notwendiges Mittel revolutionärer Politik. Dieses System, sein erster und letzter Ausdruck heißt Gewalt, ist nicht friedlich zu beseitigen. Es muß in einem revolutionären Prozeß zerschlagen werden, beseitigt werden - überall auf der Welt. Dieser Prozeß macht die Anwendung von Gewalt gegen die Zentren patriarchaler und imperialistischer Macht, gegen seine Manifestationen und gegen seine Ordnungskräfte (also auch gegen Menschen), gegen wesentliche Stützen und Repräsentanten unumgänglich. Revolutionäre Gewalt ist aber niemals Wert an sich, sondern u.U. kann sie in bestimmten Situationen Mittel politischer Aktion sein. Politische Aktion erfüllt immer eine Funktion: Sie kann aufklären und/oder auch - in vielerlei Abstufungen - direkt intervenieren,

in Prozesse eingreifen, sie aufhalten, ändern, ihren Fortgang politisch wie praktisch beeinträchtigen und damit die Möglichkeit für Neues, Anderes, Befreiendes aufscheinen lassen oder real auch erkämpfen.

Ist eine politische Aktion notwendig mit Gewaltanwendung verbunden, so muß u.a. ein hauptsächliches Kriterium erfüllt sein: Die Anwendung der Gewalt muß an der Grenzen dessen, was nötig ist, um das politische Ziel zu erreichen, haltmachen. So wie eine politische Aktion, die die oben genannten Kriterien nicht erfüllt, wertlos wird; so wird eine mit Gewalt verbundene politische Aktion, die mit ihrer Anwendung unverantwortlich umgeht, nicht nur wertlos, sondern kontraproduktiv. Sie schlägt revolutionärer Politik ins Gesicht und zersetzt die Möglichkeit, den revolutionären Prozeß als Kampf um eine wirkliche Alternative zur herrschenden Realität weiter voranzutreiben, zu verankern und durchzusetzen.

Die Schüsse an der Startbahn erfüllen - so wie sich die Aktion momentan darstellt - (als gezielte Ermordung von Bullen in einer (relativ) nicht eskalierten Situation) keines der in diesem Papier genannten Kriterien. Gezielte scharfe Schüsse in einer Demonstrationssituation, die es unmöglich macht, die nachsetzenden Bullen mit anderen Mitteln auf Distanz zu halten und/oder nötigenfalls oder aus geplanter Aktion heraus kampfunfähig zu machen, sind nicht zu rechtfertigen. Von wem auch immer diese Aktion begangen wurde: Im Kontext einer Demonstration, die von revolutionären Kräften mitgetragen wurde, ist sie eine politische Katastrophe, negiert sie alle Kriterien revolutionärer Gewalt und damit revolutionärer Politik. Unsere Kritik an dieser Aktion ist daher fundamental.

Wir wollen hier zu den zynischen und verlogenen Reaktionen der "Altparteien" und der bürgerlichen Presse nicht groß Stellung nehmen. Wenn einer rechten Presse wie FAZ, Welt u.a., die Kriege und kriegsrischen Aktionen gegen Staaten und Befreiungsbewegungen des Trikonts predigen und legitimieren; die beständig zur Hatz gegen SystemgegnerInnen aufrufen und deren Arbeit die Überbau-Konsolidierung dieses mörderischen Systems ist, wenn dazu noch die PolitikerInnen, die hier eine Politik verantworten, die beständig überall Tod, Vernichtung, psychische und physische Verkrüppelung produziert, sich nun alle gemeinsam ihre "bestürzte Betroffenheit" angesichts der zwei toten Bullen verschern, so finden wir das nur noch widerlich.

Unsere Betroffenheit über die Vorgänge am 2.11., genauso wie unsere fundamentale Kritik an der Aktion haben mit jenen Reaktionen, die nun vorgeben vor der Gewalt zu "erschauern", nichts gemein. Wir werden auch nicht in jenen Trauerchor der "besseren Deutschland" von F.J. Strauß bis Joschka Fischer) einstimmen, so wie es die Grünen nun praktizieren.

Sie wollen nun wieder die Gewaltdebatte führen, die grünen ParlamentarierInnen. Was soll das sein?

In einer Gesellschaftsordnung, die auf Gewalt beruht, die Gewalt ständig reproduziert, reproduzieren muß (nennen wir die Erscheinungsformen nun Krieg, Hunger, Unterjochung unter das Diktat der Maschine oder wie auch immer) - in einem solchen Zustand ist die Forderung nach "Abkehr von der Gewalt"

a) ein Zynismus
b) verlogen oder/beruht
c) auf einer ahistorischen idealistischen Geschichtsbetrachtung.

Diese Forderung - den Widerstand auf Abkehr von der Militanz festzulegen - wird von den Grünen nun als "Formfrage" des gesellschaftlichen Protestes, als Frage der "politischen Kultur" (Fischer) tituliert. Das ist falsch. Es ist keine Frage der Form oder der Kultur, es ist eine Frage des politischen Ziels.

Gewaltfreiheit als erstes Merkmal oppositioneller Politik verstanden bedeutet die freiwillige Reduzierung dieser Politik auf reformistische, systemimmanente Kosmetik. Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols - wie es Schily schon seit Monaten fordert - heißt letztlich die Akzeptanz imperialistischer Weltpolitik; heißt die herrschenden Gewaltverhältnisse zu akzeptieren und zu zementieren; heißt die Aufgabe jeglichen Anspruchs auf einen gesellschaftlichen Zustand ohne Ausbeutung, ohne Vernichtung, Hunger und Krieg.

Friede soll nun endlich einkehren. Das schreiben die - taz und Grüne - die ganz klar wissen, daß von einem Flughafen, dessen Funktion es unter anderem ist, die Schnelle Eingreiftruppe der US-Armee beispielsweise in den arabischen Raum zu katapultieren, um dort die Befehlsgewalt niederzuhammen - daß von der Startbahn nie Frieden wird ausgehen können.

Schily verlangt von den sozialen Bewegungen eine Abkehr von der "Toleranz mit Militanz" und Waltraud Schoppe möchte den Dialog mit den Autonomen "auf der Grundlage der Absage am Militanz". Das ist nichts anderes als ein weiterer Versuch, nun anhand dieser Aktion den politischen Widerstand endgültig auf die Anerkennung staatlicher Autorität festzulegen und jegliche Systemopposition offensiv auszugrenzen.

Wir hatten diesen Versuch in der "Linken" schon einmal ganz massiv. Das war vor genau zehn Jahren. Große Teile der Grünen wollten seit langem endlich politische Verantwortung tragen in/für diesen Staat, dessen Geschäft die Sicherung imperialistischer und patriarchaler Gewalt ist. Sie tun dies in diesen Tagen sehr gut. Auch ohne

mit der SPD schon auf der Regierungsbank zu sitzen.

Wir werden dieser Kampagne, Opposition - wie im Deutschen Herbst - auf grundsätzliche Systemakzeptanz einzuschwören, unser Verständnis von Politik, unsere politische Praxis einengen.

Wir werden Niederlagen, die passieren und Fehler, die gemacht werden, genauso wie die Erfolge und Fortschritte nach unseren Kriterien bewerten, kritisieren und analysieren - nicht an denen unserer Feinde und unserer politischen Gegner.

Wir werden die Trennung zwischen "gutem" und "bösem" Widerstand - oder wie es Schoppe ja schon präzisiert hat - guten und bösen Autonomen nicht zulassen. Und wir werden unsere Politik, unsere politische Praxis und ihre Mittel nach unserem Verständnis präzisieren und in konkreten Auseinandersetzungen weiterentwickeln, ausgerichtet an dem Ziel, hier in der Metropole den revolutionären Prozeß durchzusetzen.

Autonome

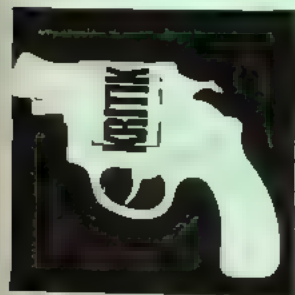
SCHWARZER FADEN

Vierteljahresschrift
für libertäre Kultur und Politik

Der Schwarze Faden will durch Diskussion und Information die Theorie und Praxis der anarchistischen Bewegung fördern und verbreiten. Er tritt für die Belebung eines libertären Gegenmilieus (libertäre Zentren, Foren, Föderationen, Kulturinitiativen etc.) ein und versucht das reaktionäre Schlagwort vom "anderen Staat" mit Leben zu füllen. Eine Gesellschaft und Kultur von unten lebendig zu halten.

Einzelnummer 5.-DM
SF Abonnement 15.-DM
Sondernummer ARBEIT 5.-DM
Sonderdruck SF 0-12 10.-DM

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach
7031 Grafenau-1



Distanzieren bedeutet isolieren, entpolitisieren, vernichten. Kritik heißt wei-

Am Montag, den 2.11.87 sind bei einer Demonstration zum 6. Jahrestag der Hottendorfraumung an der Starbahn West zwei Bullen erschossen worden. Seit diesem Abend läuft eine offene Hetzkampagne. Sämtliche Parteien von der CSU bis hin zu den Grünen verteilen die "Morde" und fordern gezielte Fahndung und Verurteilung der Täter. So die Grünen in der BZ vom 4.11.: "Wir fordern alle, die auf Gewalt setzen auf, sofort damit aufzuhören."

Die Empörung über die Ereignisse an der Starbahn kennt keine Grenzen. Ähnlich wie 1977 wird zum "Schulter-schluß der Demokraten" gegen den "blutigen Terror" aufgeföhrt. Begonnen hat eine Hetz auf all die, die links oder autonom sind und sich nicht von Militanz distanzieren, d. h. sich zur Gewaltlosigkeit zu bekennen und dadurch das Gewaltmonopol dieses Staates als einzig legitim anzuerkennen. Das Gewaltmonopol dient einzig und allein zur Absicherung der kapitalistischen Produktion und Herrschaft. Die Anerkennung desselben bedeutet die Unterwerfung unter ein System, das ausbeutet, unterdrückt und alltägliche Gewalt produziert.

Die Umstrukturierungsmaßnahmen des Kapitals (fälschlicherweise als Krise bezeichnet) sind konkret gekennzeichnet durch: hohe Arbeitslosigkeit, Zunahme entgarantierter Jobs, Ausweitung von unbezahlter Arbeit, dem Abbau von Sozial- und Krankenversicherungsleistungen, die wiederum zum verstärkten Arbeitszwang führen, steigende Mieten, die bei vielen bereits ein Drittel bis die Hälfte des Lohns ausmachen usw..

Dies bedeutet insgesamt eine umfassende und tiefgreifende Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen. Zwangsläufig führt dies zum Legitimationsverlust der Herrschenden und zu größerer Staatsverlogenheit, das ganze Geschrei jetzt dient unter anderem dazu, von den konkreten Verhältnissen ablenken. Das Ziel ist, den bereits existierenden Widerstand, der nicht mehr staatlich integrierbar ist zu zerschlagen - durch Knüppelorgien, Isolierung und Versuche der Repression des Kampfes.

So sollen andere Menschen, die sich der Durchführung der Kapitalstrategie widersetzen, d. h. anfangen zu kämpfen, von vornherein abgeschreckt werden,

um letztendlich jegliche Form von Widerstand und Organisation im Keim zu ersticken. Tote und Schwerverletzte wurden von der Bullenseite auch schon immer einakkuert, sei es auf Demos (Günter Sarré u. a.), bei Fahndungen oder auch bei Festnahmen von sogenannten Kriminellen oder auch wie in München dort wurde ein Asylantragskandidat erschossen.

Aus den wenigen authentischen Infos von den Ereignissen ist das folgende eine vorläufige Einschätzung. Zuerst die Fakten zur Situation vor Ort, leider nur aus der Presse und da auch mühsam zusammengesucht. Es geht uns dabei nicht nur darum, diese Schüsse einzuschätzen, sondern die Situation insgesamt. Als die Demo losging, war bekannt, daß sich größere Bullenkräfte (ca. zwei Hundertschaften) im Wald versteckt halten. Ziel ist da klar, Knüppelorgien und/oder Greiftrupps. Das paßt zur allgemeinen Stimmung. Bereits am Sonntag wurde geknuppelt.

Unter anderem aus den Erfahrungen vor zwei Jahren, als eine große Anzahl hauptsächlich auswärtiger Demonstrant:innen schwere Verletzungen abbekommen haben, wurde 1986 am Jahrestag dies über eine bessere Organisation verhindert. Diesmal waren sie noch besser ausgerüstet und wollten noch härter durchgreifen. Das war allen klar! Schon vor Wochen wurden als Dauereinrichtung BGSler stationiert und Raumpatzen für die Barrikadenbe-seitigung angefahren.

Am Montag Abend ging ein Zug von ca. 500 Personen zur Starbahn. Zum Schutz für die Demonstrant:innen wurden Barrikaden errichtet, in denen später die Wasserpistolen tatsächlich hängenblieben. Bullen und Wasserpistolen (Mammutts) kommen aus dem Gelände der Starbahn und wölben die Demon-strant:innen auf breiter Front auf die nasse Wiese treiben. Diese Taktik ist nachher, bei der Eskalationsbewer-dung, genau für die Knüppelorgien ausgerichtet. Lange Hetzorgien, Lüge haben zurück oder fallen hin und werden zusammengeknuppelt. Dazu kommt es auch. Die ersten Demon-strant:innen werden später bewußtlos vorbeigezogen. Die Bullen stoßen schnell zum Übergang am Bach vor. Ziel ist dabei, den Rückzug abzuschnei-den, da dies einer der wenigen Fluchtwege ist, aber auch ein Eingriff. Um weitere Verletzte auf Seiten der Demon-strant:innen zu vermeiden, werden die Bullen angeblich aufgefordert, nicht weiter vorzugehen (was an dort schon öfters bei Auseinandersetzungen der Fall war) - dann wird geschossen.

Diese Situation bleibt unklar. Die Bullen und die Presse werden dazu nicht die Wahrheit sagen. Wenn wir das präzise einschätzen, heißt das, daß viele von uns in dieser Situation auf irgend eine Weise sich und andere verteidigt hatten. Den Rückzug zu gewährleisten ist absolut notwendig, und der Übergang am Bach war ein wichtiger Teil davon.

Für eine politische Einschätzung reicht dieses Verteidigungsargument natürlich nicht aus. Wir wollen es aber nicht vergessen.

Verschiedene Einschätzungen waren anfangs möglich.

Die meisten Einschätzungen sind heute aber schon längst überholt. Die meisten Einschätzungen sind heute aber schon längst überholt.

Hieß fertig geworden.

- Oder war es ein längel absehbarer Verteidigungs/Eskalationsreflex?
- Oder war es doch eine Staatschutzaktion?

Wir dürfen es uns nicht einfach machen und die bequemste Version heraus-suchen.

Provokateure, Staatsschutzaktionen sind in der momentanen Situation aber eigentlich immer durchaus denkbar. Zututrauben ist es ihnen alle Mäe - siehe Celler Loch usw.. Das Ziel dabei ist es, eine anscheinende oder tatsächliche Schwäche der radikalen Linken zu verstärken, und sie dadurch zu isolieren und zu vernichten. Doch wir halten diese Schüsse nicht für eine Staatsschutzaktion.

Dies kann eher von dem "Fahndungserfolg" behauptet werden. Solche Kon-struktionen sind in der letzten Zeit häufig verwendet worden. Wir gehen davon aus, daß die Waffe weggeschmis-



sen wurde; die Bullen haben genau aus dem Grund nach ihr mit Metall-suchgeräten gesucht. Dabei wurde sie gefunden und dann Andreas unterge-schoben. Oder geht jemand davon aus, daß der, der geschossen hat, mit der Waffe durch alle Rngfahndungen nach Hause geht?

Für den sogenannten Fahndungserfolg mußte Andreas herhalten, dem schon zuvor ein Verfahren wegen Strommast-sagen angehängt wurde (Leuchtpistolen gefunden, Hausdurchsuchungen, Aufkleber und Zeitungsartikel gefun-den: das reicht schon aus). Hinzu kommt, daß er im Starbahnwiderstand bekannt ist. Trotzdem wird er jetzt als "Mittläufer" dargestellt, um die eigentliche Dimension der Auseinander-setzung herunterzuspielen.

Die Behauptung, da ist jemand ausge-klügelt, dient dazu, die Tat, die tatsäch-liche Konfrontation auf Demos auf einen Privatkonflikt runter zu ziehen und somit zu entpolitisieren. Das ist unser ab. Klar ist es, ob es in ihren Konsequenzen eine genau überlegte und geplante Aktion war. Es geht uns dabei nicht darum, uns von der Kampf-form zu distanzieren. Es ist aber für uns wichtig, folgende Punkte zu berücksichtigen

Einmal wurden die Beteiligten gelinde gesagt überwältigt,

doch hätte es bei der bisherigen Form von Auseinandersetzungen auf Demos nicht zu einer solchen Situation auf der anderen Seite kommen können. Wir zu einer ähnlichen Herze geführt hätte. Da haben wir was verdrängt!

die Schüsse wird der Einsatz
Gewalt verstärkt und schen-
klich die Knarre qualitativ verän-
dert, aber zu einem Zeitpunkt,
da die rauhe Linke durch Ver-
änderung der Realität und ungenaue
Ziehen kann und somit auch
Rollback der Repression erstmal
wenig entgegengesetzt wird,
wem darauf vorbereitet ist,
das liegt an uns allen!

Kritik, diese Gegenwehr hätte
in anderen politischen Situation
"bessere" Wirkung gehabt, kann
praktisch gelöst werden. Wie er-
reicht das real? Wir müssen da-



der tatsächlichen Gefährdung
Ort umgehen. Aber gleichzeitig
eine Veränderung der Konfrontation
Demos auch im Gesamtzusammen-
hang des Widerstands zu versuchen,
sich aus dieser Veränderung des
Verhältnisses entwickelt, betrifft
nicht nur einen Teilbereich. Ob
politisch-militärisches Verhalten
vorantreibt oder ein Rückschlag
darf nicht zufällig sein.

Wahrscheinlich ist es für uns notwendig,
die Umsetzung unserer politischen
in einer militärischen Praxis
einem Verhältnis zu unseren Aufga-
ben der Verbreiterung und Verankerung
Kämpfe steht. Nicht als Wider-
stand - erst das eine, dann das andere
sondern als Gleichzeitigkeit. Nur
werden wir glaubwürdig und effek-

Der Kampf ist nicht friedlich -
geht, Revolution ausschließlich
den Grenzen der Legalität machen
können, der kapiert die politische
erst einer tatsächlichen Verän-
derung der beschissenen Verhältnisse
er nicht.

die Macht und Besitz haben,
werden sie nie freiwillig aufgeben.
Aber daran glaubt, macht ineffektive,
geringerer Politik. Deshalb kann es
um eine bürgerliche Gewaltdiskus-
sion gehen. Diejenigen, die das tun,
lassen die Gewalt aus, die sie tagtäglich
selbst erleben und verdrängen
erst recht die Massenvernichtung und
Ausbeutung im Trikont. Dies ist nichts
anderes als Unterwerfung und Kapitula-

Die aberlängte Distanzierung (Lichte,
Grüne u. a.), im Einklang mit dem
Spruch von Cohn Bendit: "Wir sind
politisch schon längst tot", ist da
nur die Spitze vom Eisberg. Wir lehnen
jede Distanzierung ab! Doch das genügt
nicht. Es geht auch nicht um ein
ideologisches Einigeln, das sich durch
das alleinige Verteidigen von Gegenge-
walt ausdrückt.

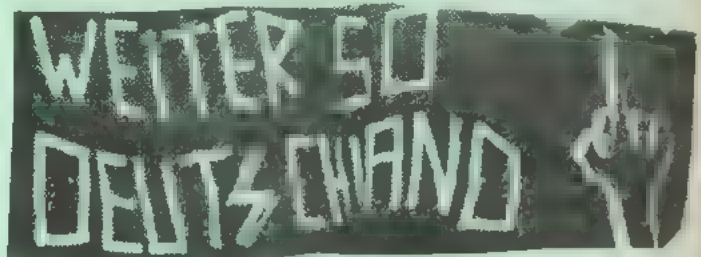
Das Begreifen warum konsequent han-
deln und dadurch eine gewisse
Kombination von Aktionen, erfordert auch
eine unendliche politische
Da wir punk...

Verbindliche Strukturen sind der Aus-
druck von der begriffenen Notwendig-
keit unseres Kampfes. Unsere politi-
sche Identität verlangt eine andauernde
Auseinandersetzung mit militanten
Angriffen. Dies nicht nur theoretisch
"irgendwann, wenn es mal gebraucht
wird", sondern konkret und zu jeder
Zeit. Also, weder Kniefall, noch Ein-
gele! Die Widersprüche vorantreiben
und praktisch lösen.

Freiheit für Andreas Eichler. Einstellung
aller Verfahren. Keine Kriminalisierung
der StartbahngernerInnen, stattdessen
WEG MIT DER STARTBAHN!

Einige Autonome aus Rüsselsheim.

... nimm immer offener faschisti-
schen Charakter an. Es wird vor keinen
Maßnahmen mehr zurückgeschreckt,
die "eigentlich besser in eine Militär-
diktatur passen" (O-Ton Kewenig).
Wir sehen die Schüsse an der Startbahn
West als eine Form des militanten
Anti-Faschismus an. Natürlich sollte
klar sein, daß der bewaffnete Straßen-
kampf bei uns keine Basis hat und
auch in absehbarer Zeit nicht haben
wird. Dies war nur vor zehn Jahren
in Italien möglich, ist dort aber auch
gescheitert. Darum wäre eine Wiederho-
lung einer derartigen Aktion wie an
der Startbahn West politisch und mili-
tärisch unklug. Trotzdem denken wir



Der bewaffnete Angriff auf die Bäume
im Zusammenhang mit militanten
Aktionen gegen die Startbahn West
in Frankfurt, die nachfolgenden Ere-
gnisse und die Distanzierungshysterie
von Teilen der "Linken" haben uns
veranlaßt, diese Zeiten mit der Bitte
um Veröffentlichung zu schreiben.

Wir sehen die Pistolenschüsse vom
2.11. an der Startbahn West als eine
adäquate Antwort auf den besonders
in diesem Jahr ständig zunehmenden
Bullenterror an, die - unabhängig
von der politischen Interpretation
- bei uns erst mal nicht nur klamm-
heimliche Freude, sondern offene
Begeisterung ausgelöst hat. Wir befinden
uns in einem permanenten Klassenkrieg,
der leider noch viel zu sehr von oben
geführt wird! Die Angriffe auf das
Streckrecht, die Einführung von Zensur
(§ 130 StGB), der ständige Ausbau
des staatlichen Überwachungs- und
Unterdrückungsapparats (Volkszählung,
computerisierte Überwachung der
Arbeitsleistungen im Produktionsbereich
etc.) so ten die gigantischen Umstruktu-
rierungsmaßnahmen des Kapitalismus
im multinationalen Maßstab garantieren
und absichern. Die verschärfte staat-
liche Repression als Antwort auf die
ständig zunehmenden sozialen und
politischen Kämpfe (in diesem Jahr

nicht daran, uns von der Aktion zu
distanzieren! Die widerlichen Demon-
strationen politischer Unterwürfigkeit
von Teilen der "Linken" zeigen nur,
daß diese lediglich ihre reformistischen,
stolischen egoistischen Spinnweben
verfälschen wollen. Von der Art, die
sich für den Tod der beiden Bienen
mehr engagiert, als für die schwerer-
letzten Demonstrationen im Juni
in Kreuzberg, ist man nichts anderes
gewohnt. Daß aber auch Teile der
Autonomen sich unreflektiert distanzieren
(Counteraktion) ist mehr als duf-
tig. Jeder direkte Angriff auf den
imperialistischen Staat verdient kritische
Solidarität! Revolutionäre Gegenmacht
organisieren! Solidarität allen fort-
schrittlichen Gefangenen! Kein Knie-
fall 'vor dem Staat'! Sofortige Freilas-
sung von Andreas Eichler!

Einige Autonome aus Berlin-West

Hochaufgetürmte Tage stürzen ein

banal

Redaktionskollektiv S.
Postfach 2
8036 Zürich

Erklärung zu den Schüssen in Frankfurt

Neben die Betroffenheit über die Schüsse an der Startbahn steht für uns die Betroffenheit darüber, daß und mit welcher Selbstverständlichkeit davon ausgegangen wird, daß die "Autonomen" hier die politische Verantwortung tragen. Klar ist, daß die Schüsse an der Startbahn von uns abgefeuert werden, viele von uns waren erschrocken, als sie die Nachricht hörten. Und viele können sich nicht vorstellen, daß es Leute von uns gewesen sind, warum und wie diese Möglichkeit dennoch nicht auszuschließen ist, dazu später.

Der Kampf, den die revolutionäre Linke hier und jetzt führt, ist in erster Linie ein politischer Kampf, muß es sein, und wird es auch auf absehbare Zeit bleiben. Natürlich wollen wir eine revolutionäre Umgestaltung dieser Gesellschaft.

weil wir sehen, daß dieses System Tausenden von Menschen tagtäglich Hunger, Folter und Vernichtung beschert

- weil wir wissen, daß der relative Wohlstand der Industriestaaten auf Blut gebaut ist

- weil auf der anderen Seite der heutige Kapitalismus wie kein anderes System in der Lage ist, oppositionelle Regungen zu integrieren und wo das nicht geht, sie mit modernsten Mitteln auszugrenzen und zu vernichten, und dieses Konzept von Aussonderung und Integration gerade jetzt in einer Phase des Umbaus der Gesellschaft neue Aktualität bekommt

- weil wir denken, daß der Kapitalismus nicht reformierbar ist und erst recht nicht freiwillig seinen Platz räumen

D. h., wir sind weit davon entfernt, Gewalt grundsätzlich abzulehnen. Dieses System muß radikal, militant, gewalt-sam bekämpft werden. Revolutionäre Gewalt ist also kein Selbstzweck, sondern notwendiges Mittel auf dem Weg zur Befreiung. Nur die Gewalt, die tatsächlich notwendig ist, um dieses System zu zerschlagen, können und müssen wir verteidigen.

Ihre Angriffsziel ist der Kapitalismus und nicht seine Helfershelfer, die zwischen uns und dem Feind stehen.



Allein daraus folgt, daß die Schüsse in Frankfurt kein Ausdruck autonomer Politik sein können. Wir müssen - als politische Kraft, die zweifellos noch nicht die Breitenwirkung erlangt hat, um den Kampf so zu führen, daß er die Grundfesten dieses Systems tatsächlich in Gefahr bringt - bei allem, was wir tun, genau darauf achten, welches politische Effekt unsere Handlungen haben.

Als Beispiel mag hier die Startbahnbewegung dienen. Sie begann in den Sechziger Jahren als zunächst ökolo-

gisch motivierter Protest gegen die Flughafenerweiterung. Ende der Sebziger, Anfang der Achtziger Jahre entwickelte sie sich zur Massenbewegung und war als solche auch Thema autonomer Überlegungen. Es waren Autonomie, die die Thematisierung der Startbahn West als militärisches, imperialistisches Projekt mit voran trieben, ebenso, wie Autonomie die Palette der Kampfformen erweiterten. Gemeinsame Diskussion und gemeinsamer Kampf der verschiedensten Menschen wie z. B. der Frauen in der Kochenbrigade und der Autonomen brach die gegenseitige Isolation auf und gab der Startbahnbewegung ihre Sprengkraft.

Es ist wohl an der Zeit, einige grundlegende Gedanken zur Aufgabe und Möglichkeit von Militanz zu formulieren.

1. Militanz, die in der jetzigen Situation Sinn machen soll, muß nachvollziehbar sein, und zwar sowohl in ihren Inhalten/Hintergründen, ihrem Zeitpunkt als auch in der praktischen Durchführung.

2. Ihre Aufgabe kann im Augenblick nur sein

- den Hinweis auf die tatsächlichen Schweinereien durch materiellen Schaden zu verstärken, der in erster Linie politischer Schaden ist (Reagan-Besuch, Wackersdorf). D. h. bei allen Nacht- und Nebelaktionen bisher ging es darum aufzuzeigen, wo die HERRschenden sitzen, was sie tun, wie sie arbeiten. Deswegen haben sich unsere Aktionsformen auch nie auf Zerstörungen beschränkt, sondern gehörte z. B. auch die Veröffentlichung geklauter Akten dazu.

- bei Massendemonstrationen Menschen zu schützen - in erster Linie vor den Übergriffen der Bullen. Daß das nötig und sinnvoll ist, hat sich seit Bestehen einer autonomen Linken immer wieder gezeigt; sei es bei der Organisierung und Sicherung des Rückzuges bei der Belagerung des Bundesstaates 1982, in Brockdorf, Wackersdorf oder bei den Auseinandersetzungen um die Ermordung von Günther Saré vor zwei Jahren.

- ein System, das für gewöhnlich als übermächtig erlebt wird, als angreifbar zu zeigen und damit überhaupt den Blick für die Chancen von Verweigerung und Widerstand zu öffnen.

3. Sie muß auf den revolutionären Prozeß hinarbeiten, d. h. sie muß darauf zielen, mit den Menschen gemeinsam zu kämpfen, die unterdrückt sind und Befreiung wollen. Sie muß sich eindeutig gegen den Kapitalismus und gegen den Imperialismus wenden.

Um das auch klar zu stellen: Wenn auf Demonstrationen gegen Fenster von Banken, Versicherungen, Daimler-Benz Filialen usw. fliegen, soll das zeigen, wer die sind, gegen die da demonstriert wird.

Oder anders ausgedrückt: Die Bullen sind nicht unser Angriffsziel. Aber sie schützen die Herrschenden, und in dieser Funktion müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen.

Zusammengefaßt heißt das: Wir versuchen und haben immer versucht, unsere Aktionsformen und Inhalte an der realen politischen Situation zu messen, in der Erkenntnis, daß revolutionäre Politik, bevor sie wirksam werden kann, in den Köpfen und Herzen der Menschen erst wieder als Möglichkeit verankert sein muß. Woraus klar wird, daß die Schüsse in Frankfurt weder Ausdruck noch Konsequenz autonomer Politik sind.

Wir halten es daher mindestens für möglich, daß das eine Staatsschutzaktion war.

Tatsächlich murret die Darstellung der Ereignisse aus mehreren Gründen merkwürdig an. Einige Überlegungen zum "Tathergang".

Bei dem Versuch, uns vorzustellen, wie das abgelaufen sein soll, ergeben sich einige Schwierigkeiten. Da geht jemand, - oder mehrere - mit Knurre und beträchtlichen Mengen an Munition auf eine Demonstration, nimmt das Risiko in Kauf, abgegriffen zu werden und für Jahre im Knast zu landen, und mehr noch das Risiko, daß die Bullen zurückschießen und ein Gemetzel veranstalten. Beträchtliche Mengen Munition allein schon deshalb, weil wenn auch nur vier Schüsse getroffen haben sollen - und die Angaben über die Anzahl der Schußverletzungen ändern sich immer noch täglich - müssen wesentlich mehr abgegeben worden sein - in der Dunkelheit und aus einer Faustfeuerwaffe; außer, es war John Wayne. Dann geht der Typ/die Frau schlafruhig nach Hause - mit der Knarre - und hängt sie im Rücksaal an die Garderobe, wie John Wayne seinen Pistolenhalter. Es findet sich hier eine gewisse Widersprüchlichkeit zwischen einiger Kaltblütigkeit und kindischer Naivität.

Unklarheiten gibt es aber auch auf anderen Ebenen. Nach wie vor ist völlig ungeklärt, von wo die Schüsse abgegeben wurden; die anfängliche Behauptung, das sei aus dem Demozug heraus geschehen, läßt sich ja inzwischen in Luft auflösen. Vor allem ist nach den Gründen zu fragen, wieso nicht unmittelbar, nachdem die Bullen umgefallen sind, versucht worden ist, Demonstranten einzukesseln, wieso nicht eine einzige Verhaftung im Wald stattgefunden hat und was genau zwischen 20.55 Uhr und 21.38 geschehen ist. Die Aufnahmen über diesen Zeitraum fehlen in der bisherigen Veröffentlichung der polizeilichen Videos.

Verwunderlich finden wir auch die auf der einen Seite sich völlig widersprechenden Angaben z. B. über das Scharfschützenkommando und dem Festnahmeort von Andreas und auf der anderen Seite die Klarheit und Sicherheit, mit der innerhalb so kurzer Zeit Andreas als Täter präsentiert wird. Das Einräumen der Möglichkeit, daß der Staatsschutz da seine Finger drin hat, ist so abwegig nicht - wenn auch zugestanden werden muß, daß hier eine völlig neue Qualität auftaucht. Erinnert sei nur an das Celler Loch, an den Schmückermord, an das Oktoberfestmassaker.

und es sei die Frage erlaubt, wem die Schüsse von Frankfurt eigentlich gehörten. Wir sehen uns vor einer Situation, in der das Einführen neuer Repressionsmaßnahmen vorbereitet wird.

Die Sicherheitsgesetze, Vermummungsverbot, möglicherweise die Wiederentdeckung des alten Landfriedensbruchparagrafen, der schon die Teilnahme an Demonstrationen zum Verbrechen erklärt. Zudem sehen wir wesentlichen Veränderungen der Produktions- und Verwertungsbedingungen entgegen, was Aussonderung für viele bedeuten wird, was Widersprüche zum Staat verstärkt oder neu entstehen läßt. Auf der anderen Seite sind wir Autonomen - trotzdem uns zweifellos Massenwirksamkeit noch fehlt - schon ange nicht mehr so isoliert, wie das lockte, Cohn-Bendit (wobei ersterer noch intelligenter ist als letzterer), Grüne und Konsorten gerne hätten und behaupten.

Tatsächlich ist in den letzten Jahren bei vielen Menschen ein Interesse an unserer Sicht der Dinge entstanden über

- unsere Beteiligung an Massenbewegungen
- das Aufgreifen der Asyl- und Migrationsproblematik

- die in vielen Städten maßgeblich von Autonomen getragene Diskussion um die Vorkaschung und Informations-technologien allgemein

- die von autonomen und anderen Frauen getragene Kampagne gegen Gen- und Reproduktionstechnologien.

Wir haben uns bemüht, militante Politik und ein grundsätzlich abweichendes Verhältnis zum imperialistischen System wieder diskutierbar zu machen.

Wenn auch die Folgen der Frankfurter Vorgänge bislang noch überhaupt nicht absehbar sind, einiges läßt sich jetzt schon sagen. Autonome Inhalte und Praxis sollen diskreditiert und möglichst vollständig isoliert werden, darüber hinaus jede Form illegaler politischer Äußerungen. Das wird beginnen mit dem Schüren von Angst mit Autonomen auf Demos zu gehen.

Die Konstruktion einer juristischen und moralischen Konstatierung autonomer Theorie und Praxis hin zu den Schüssen von Frankfurt, so abstrus sie ist, soll die Distanzierung von Autonomen bewirken und die bereits geplanten Repressionsmaßnahmen akzeptabel machen. Was heißt die Folgen für die politische Kultur der BRD können gewaltig sein; es ist abzusehen, daß sich die Bedingungen für politisches Handeln hier grundlegend verschärfen werden, wenn auch noch nicht zu sagen ist, wie das konkret aussehen wird. Und das wird bei weitem nicht nur uns treffen.

Bei allen dem ist nicht klar, von welcher Seite die Schüsse tatsächlich gekommen sind - sei es von den Geheimdiensten, von einer Gruppe um einen V-Mann wie bei Schmöcker oder von Faschisten wie beim Oktoberfest. Und wenn auch klar ist, daß wer auch immer die Schüsse abgegeben hat, die Rechtfertigung dafür in keinem Fall aus dem ziehen konnte, was autonome Theorie und Praxis ausmacht, bleibt die Möglichkeit, daß da jemand aus unserem Umfeld völlig durchgeknallt ist.

Aus unserem Umfeld heißt, daß es Leute gibt, die uns so interpretieren, daß unsere Politik gegen die Bullen gerichtet ist; daß es - belleibte nicht nur bei uns - Leute gibt, die ihre linke Subjektivität so begreifen, daß ihr ganz persönliches Verhältnis, ihr Bauch das Kriterium ist, nach dem sie bestimmen, was politisch sinnvoll ist.

Das sieht z. B. so aus, daß sich Leute im persönlichen Kriegszustand mit dem Imperialismus begreifen und jeden Blick für politische Realitäten verlieren. Die Schüsse in Frankfurt wären dann eine Reaktion auf den ständig wachsenden Bullenterror, auf die Knüppelorgien, die Tote, die es seit dem 2. Juni 1967 auf Demonstrationen gegeben hat, eine Reaktion, die den Blick auf die realen Verhältnisse hier nicht hat. Denn diese Schüsse trafen auch den Widerstand, und wer immer sie abgegeben hat, mußte das wissen.

Tatsächlich geht autonome Politik - revolutionäre Politik - immer von der konkreten Erfahrung aus, die Wahrheit ist immer konkret. Die Erfahrungen der organisierten Innenschicht können wir nur da politisch umsetzen, wo sie reflektiert wird, wo wir uns in dem, was wir tun immer in Beziehung setzen zu der Gesellschaft, in der wir kämpfen, und wo wir uns nicht mit dem Gegner auf eine Stufe stellen. Allerdings müssen wir uns fragen, ob wir uns genügend Mühe



gegeben haben, dies alles zu vermitteln, ob unsere Aktionen, über die wir in erster Linie wahrgenommen und definiert werden, ihren wirklichen Inhalt erkennen lassen. Sonst kann es da hinhin kommen, daß sich Leute auf uns beziehen, die ihr Vorgehen militärisch oder politisch bestimmen, die dem alten, immer wieder von uns kritisierten Fightermythos erliegen. D. h. für uns in jedem Fall, daß wir untereinander, so wie mit denen, die unsere Politik interessiert, unseren Militanzbegriff - politisch - diskutieren müssen, von neuem und immer wieder.

Für uns geht es um die Existenz der revolutionären Linken in der BRD - nicht weniger -

Dieses Papier ist eine erste Stellungnahme zu der Aktion an sich. Zu den Verhaftungen und Andreas werden Veröffentlichungen folgen.

Soziale Revolution oder Barbarei!

Düsseldorfer Autonome

Wir sind erschrocken und verwirrt

erschrocken und verwirrt über die verabscheuungswürdigen Morde an der Sturtbahn West, die im völligem Widerspruch der anarchistisch/autonomen Ideen und Aktionsformen stehen. Wem nutzt das Ganze? Uns schadet es nur! Diese Morde sind ein langersehnter Anlaß für Staatsschutz und Polizei, die autonom/anarchistische Bewegung zu durchleuchten, zu isolieren und "auszumerzen". Zu dieser Taktik gehört es, Demonstrationen mit erheblichem technischen Aufwand zu Bild festzuhalten, um möglichst alle TeilnehmerInnen individuell erfassen zu können. Journalisten werden dazu benutzt, indem ihre Bildberichte jederseits dem Zugriff von Polizei und Justiz ausgeliefert sind. Das ist der Grund, warum wir uns durch Tücher, Masken, Bemalungen, etc. schützen.

Was heißt da eigentlich "passive Bewaffnung"? Ist es Bewaffnung, einen Helm zu tragen, um sich vor Knüppelhieben und Gasgranaten zu schützen? Ist es Bewaffnung, eine Zitrone bei sich zu führen, um Tränengas zu neutralisieren? Oder ist es Bewaffnung, sich ein Tuch vors Gesicht zu binden, um nicht beruflichen oder sonstigen Schikagen ausgesetzt zu sein?

Wir sind gegen Gewalt, und unser Ziel ist eine herrschaftslose und damit gewaltfreie Gesellschaft: das ist eine Gesellschaft ohne Lohnarbeit und Ausbeutung, ohne Geschlechtsunterdrückung und Rassismus, wie wir sie in diesem Land ständig erleben. In diesem Staat gehören zu unserem Alltag: Zehntausende Unfälle auf unseren Straßen, ca. 13.000 Selbstmorde pro Jahr und Millionen von Alkohol-, Medikamenten- und Drogenabhängigen.



Dieser Staat nimmt sich das Recht, über uns zu herrschen. Wir nehmen uns das Recht, dagegen Widerstand zu leisten und unser Leben in die eigenen Hände zu nehmen! Dabei sind wir uns bewußt, daß der Weg zur sozialen Revolution nicht über Leichen gehen darf und die beiden Tote uns unserem Ziel keinen Schritt näher bringen.

Autonome und Anarchistinnen aus Düsseldorf, Duisburg, Mönchengladbach, Moers, Krefeld und Dresden

Dies ist keine Rechtfertigung für irgendwas. Es ist einfach der Versuch einer Darstellung, um vielleicht dieser Tatsache näher zu kommen, daß zwei Polizisten erschossen wurden, aus einer Demonstration heraus, hier an der Startbahn West, hier in Frankfurt und nirgends anderswo.

Vor sieben Jahren, zu Zeiten des Hüttendorfs, kam ich dazu mir Gedanken über die Startbahn zu machen. Die Ungeheuerlichkeit eines solchen gigantisch umweltzerstörenden Projektes, das den Menschen noch mehr Lärm bringen sollte und am Stelle von Wald noch mehr Beton stellte, war mir zunächst nicht einmal voll bewußt.

Der friedliche Protest wurde nicht gehört. Ein Jahr später (10/81) begann mit der Räumung des 7-ha-Geländes die Polizei das Geschäft der FAG zu fördern. Die ersten Knüppelinsätze, geleitet von Polizeidirektor Bernhard, sorgten für freie Bahn von Unternehmens- und Wirtschaftsinteressen.

Einen Monat später wird in blutiger Weise das Hüttendorf geräumt. Unter den Polizeiknütteln schließen sich die Mäuler, und die Fauste werden ohnmächtig geballt.

Die Rohrbachstraße setzt den vorläufigen Schlußpunkt unter die blutige Bilanz der zuchtlagenden Polizeiknüttel und zutretenden Polizeistiefel. Natürlich das alles völlig demokratisch und gerechtfertigt durch Politiker und ihre Fädenzieher in Wirtschaft und Militär. Es sind Menschen haubackend über Narodrath geklettert. Es sind Menschen zum Flughafen gelaufen und haben ihn blockiert. Es haben 220.000 Menschen ihre Unterschrift für ein Volksbegehren gegeben.

Die Antworten waren immer nur Pläsen oder Erlaubten oder nicht Erlaubten. Sogar ein Volksbegehren, war, aus juristischen Gründen, nicht erlaubt: die Menschen durften nicht ihre Meinung abgeben, weil es juristisch nicht erlaubt war. Nach Baufeld II wurde in Frankfurt alles kurz und klein geschlagen, was überhaupt nur wie Startbahnegner aussah.

Die Eskalation der Gewalt ging eindeutig nicht von Demonstranten aus. Es ist das äußerste an Gewalt, sich über Hunderttausende von Menschen mit Bulldozern, Kettensägen und vorgeschickten Hundertschaften hinwegzusetzen, nur weil noch mehr zu verdienen ist, noch mehr Profit zu machen ist. Die Demokratie entlarvt sich um so deutlicher, je größer der zu erwartende Profit ist. Der Polizeiknüttel schlägt um so härter zu, je unbeugsamer der Widerstand vor Ort wird.

Wie oft wurden hier Menschen von Wasserwerfern bewußlos gespritzt, von Polizeifüßen getreten, von Polizeihänden durch den Dreck gezogen und blutig geschlagen, im Namen der Demokratie, im Namen des Fortschritts, im Namen des Profits.

Ich kann sie nicht vergessen die unzähligen Beleidigungen, Schmähungen und Verhöhnungen.

Ein Beispiel auf unterster Ebene: ein Polizeibeamter zeigt einer über 50-jährigen Frau den ausgestreckten Mittelfinger. Sie ruft ihm zu "Du Schwein". Der Polizeibeamte hat, obwohl allein, später vier Zeugen und führt sich in seiner Ehre gekränkt 350 DM Strafbefehl.

Eine andere Ebene: nachdem Günther Saré überfahren worden war, war am nächsten Morgen im Polizeipräsidium eine Pressekonferenz. Die Mutter und die Schwester von Günther wollten da rein, weil sie bis dahin noch nicht einmal offiziell vom Tod Günthers benachrichtigt worden waren. Sie wurden nicht reingelassen, weil sie keine Presse seien. Die Mutter hat geheult und war erschüttert, und als sie dann kaum noch stehen konnte, bot sie um einen Stuhl, um wenigstens auf dem Bürgersteig warten zu können. Kein Mensch kann sich den Hohn und die Gefährlichkeiten vorstellen, die da diese kleinen und kleinsten Polizeibeamten äußerten.

Natürlich, waren sie doch unangreifbar, anonym und vor allem im Recht. Denn natürlich ist das alles juristisch, demokratisch in Ordnung. Und jeder kann exakt nachvollziehen, daß ein Mensch, der keinen Pressenausweis hat, nicht zu einer Pressekonferenz darf, und schon gar keinen Stuhl verlangen kann von den Kollegen der Männer, die Stunden vorher den eigenen Sohn plattgewalzt haben.



Ich habe daneben gestanden, und vielleicht habe ich mir wirklich gewünscht, eine Pistole zu haben. Und hier sehe ich genügend Menschen im Saal, die schon Hundert Mal in Gedanken einen Chef, einen Beamten, oder einen Polizisten umgebracht haben, kaum einer der nicht gedemütigt, gequält, geschlagen oder auch nur verhöhnt, verwaltet, verjuristisiert oder verdemokratisiert wurde.

Nach sieben Jahren Startbahnwiderstand sehe ich nur durchgeprügelte Projekte, gefüllte Taschen, an denen sich noch größere Profite sammeln, neue Erweiterungsvorhaben.

Davor sehe ich die Politiker, denen kein Mensch mehr glauben kann, die lügen daß sich die Baken bogen und hinter ihren Rücken die Hände aufhaken.

Davor sehe ich die Richter, die das alles in demokratische Formen gießen und jeder noch so großen Schweinerei ihren Segen geben.

Und davor sehe ich die Polizisten, die mit schwingendem Knüttel auf mich zulaufen.

Beim letzten Sonntagsspaziergang erlebte ich den Gipfel des Zynismus. Da haben zwei Polizisten ihr Leben verloren im Spannungsfeld zwischen Profitinteresse und menschlichen Lebensbedürfnissen, genau so wie in diesem Spannungsfeld z. B. Philip Müller, Benno Ohnesorg und Günther Saré ihr Leben verloren haben. Und da kommt ein Polizeidirektor Bernhard zu uns und sagt: "Entweder Diskussion oder Konfrontation!"

Die Hundertschaft wartet im Hintergrund. Der Staatsschutzbeamte Tietze schleicht mit Fotos in der Hand durch unsere Reihen und äugt die nächsten Opfer für Festnahmen aus. Über uns donnern die mehrstrahligen Düsenflugzeuge hinweg, und unentwegt, wie eine lästige Klette an uns hängend, hält uns Herr Bernhard Vorträge über Demokratie.

Ausgerechnet er, der Einsatzleiter der Räumung des 7-ha-Geländes vor sechs Jahren. Er, der den Bau der Startbahn sozusagen über 220.000 Menschen hinweg, im Interesse der FAG usw. hat prägen lassen.

Aber ich will nicht nur jammern, auch wenn das bisher den Eindruck machte. An dieser Stelle möchte ich etwas sagen zu dieser unsäglich gewaltdiskussion. Aus allen Ecken höre ich: "Abstrafen!"

Genau so wie die Herren, die von uns immer verlangen, den Gortel enger zu schnallen, gerade die Herren sind, die eine besondere Vorliebe für Hosenträger haben, genau so haben die, die jetzt von Abstrafen reden, dafür gesorgt, daß von Pershing II bis Gummigeschossen alles nur ordentliche und mögliche aufgerüstet wurde. Wer den Knüttel und die Macht in der Hand hat und von Abstrafe redet (und auch ihre grünen und andere Wasserträger), der redet nur von Abstrafe auf unserer Seite: "Schmeißt die Zwillinge weg, reißt die Masken runter!" Ich kann es nicht mehr hören! Diese Verlogenheit und Ignoranz bestürzt mich mehr als alles andere.

Wer reißt denn diesen verlogenen Politikern endlich die Maske herunter, die von wirtschaftlicher Notwendigkeit der Startbahn geredet haben und militärische Aufrüstung meinten. Die Allgemeinwohl predigen und ihre Privatkonten mit Beateuchungsgeldern füllen. Wer nimmt denn den Polizeidirektoren den dicken Knüttel der Gewalt weg, wenn sie sich hinstellen und lügen: "Wir wollen die Diskussion." Während alle sich nur erhoffen, einfacher zu Verhaftungen zu kommen.

Und jetzt möchte ich auf den Kern kommen: wenn hier von Abstrafe geredet wird, dann kann ich mir nur folgendes vorstellen. Wenn meine Tochter wieder eine Perspektive hat, eines Tages reine Luft zu atmen, in sauberen Flüssen zu baden, statt Düsenfarm Vogelgezwitscher zu hören, wenn statt Wiederaufbereitungsanlagen für Atombrennstäbe endlich Wiederaufbereitungsanlagen kranker Kapitalisten- und Politikerhirne gebaut werden, dann hat die Gewalt ein Ende, dann werden die Zwillinge weggeworfen sein, dann ist Abstrafe erreicht.

Die Gewaltdiskussion über Staat und Demonstrationen ist ein Ablenkungsmanöver um zu verschleiern, daß der eigentliche Gegensatz besteht zwischen wachsender Umwelt-/Lebensraumzerstörung durch die Interessen von Kapital und Macht einerseits und der unzulänglichen, teilweise untauglichen Gegengewicht von Zwillen und sonstigen Einzelaktionen andererseits.

Was ist denn schon eine Zwillie gegen gepanzerte Vorstandeinteressen der FAG?

Was ist denn schon ein Molly gegen laufende Kubikmeter von Beton an der Startbahn?

Was ist doch lächerlich eine solche Diskussion über Abrüstung zu führen. Als ob dadurch etwas geändert würde; als ob dadurch die Gewalttätigkeiten von Bulldozern, bestechlichen Politgängern und deren Waffenschießern und ganz andere Elend wegdiskutiert wurde.

Noch ein Wort zu dem abstoßenden Eindruck Zwillie schießender schwarzer Haufen. Diese Gesellschaft hat in ihrer Zersplittertheit, in ihrer Vorschneidung und Unmenschlichkeit immer zwei Erscheinungsformen: die eine und die andere Seite der Münze, mit der gezahlt wird. Und auch ich habe die Erscheinungsformen von lebensbedrohenden Mitteln auf Seiten der Demonstrationen nicht für die zukünftige Lebensform einer menschlichen Gesellschaft, ich erkenne aber die wechselseitige Beziehung zwischen der kapputten Gesellschaft und ihrem faulen Staatsgerät einerseits und der kapputten Erscheinungsform von Widerstand und ihren faulen Auswüchsen andererseits.

Genau so wie auf Seiten der Kapitalisten und Poutiker feststeht, daß nicht jeder mit einem Gehirn gesegnet ist, genau so ist auch auf Seiten der Autonomen nicht jeder mit der nötigen Weitsicht und vernünftigen Menschlichkeit gesegnet. Genau so wie es auf Seiten der Machthaber hohle "Barren" gibt, die nur die Macht erobern um zu unterdrücken, genau so gibt es auf unserer Seite Menschen, die Emanzipation gleichsetzen mit der Ausübung von Herrschaft.

An dieser Stelle möchte ich abbrechen und die Diskussion weiter laufen lassen.

Offener Brief an die Autonomen

Liebe Freundinnen und Freunde, in den letzten Jahren haben wir bei den verschiedensten Demonstrationen und Aktionen immer wieder das Bündnis mit euch gesucht. Wir fühlen uns deshalb in der jetzigen Situation, nach den Morden an der Startbahn in besonderen Maße gefordert, Stellung zu nehmen.



Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß ihr Todeschüsse auf Polizisten aus einer Demonstration heraus ablehnt, daß der oder die Täterinnen von Frankfurt nicht in Absprache mit irgendeiner autonomen Szene gehandelt haben könnten. Und doch seid ihr für das, was innerhalb eures Spektrums geschieht, mitverantwortlich.

Was genau in jener Nacht passiert ist, weiß bisher niemand. Das ist aber auch nicht das einzige Problem. Selbst wenn es sich um Provokateure gehandelt haben sollte, so ändert das nichts an der Notwendigkeit einer kritischen und selbstkritischen innerlinken Diskussion. Denn Provokateure können aus staatlicher Sicht nur da "sinnvoll" eingesetzt werden, wo ein politisches Spektrum oder eine Bewegung nur knapp vor einem Schritt steht, den die Provokateure dann tun. Der Provokateur hat lediglich Brückenfunktion, der Weg bis zur Brücke habt ihr selber zurückgelegt.

Aus unserer Sicht ist es noch wie vor ein qualitativer moralischer und politischer Unterschied, ob eine Demonstration verteidigt oder ob geschossen wird. Trotzdem muß mensch prüfen, was in dem einen ist, daß es zu dem anderen kommt.

IDEOLOGIE

Autonome Theorien ähneln in einigen Punkten unseren Auffassungen von Staat und Gesellschaft. Jedoch besteht auch bei euch nicht nur eine Tendenz zu radikaler Wahrheit, sondern auch zu gefährlichen Vereinfachungen. Dieser

Staat ist nicht bloß ein Schweinesystem, er enthält, auch demokratische Elemente. Dieser Staat und seine Organe sind nicht faschistisch. Wir werden uns möglicherweise über diese und andere Punkte vorläufig nicht einigen. Doch autonome Politik und Ideologie sollte sich wieder mehr in den innerlinken Dialog stellen. In der Isolation wird eure Ideologie mehr und mehr zu einer Rutschbahn in eine Politik, vor der ihr dann selber fassungslos steht. Wir meinen damit nicht nur die Polizistenmorde von Frankfurt, sondern auch die Schutzgeiselspressereien von Berlin. Ihr greift immer öfter und immer härter zusehrend in innerlinke Debatten ein - nicht indem ihr an ihnen teilnehmt, sondern indem ihr andere am Reden und Schreiben zu hindern versucht und sie bedroht.

Wir fordern euch auf, nein! wir fordern euch heraus! Diskutiert mit uns und den anderen Linken. Hört auf, innerlinke Debatten aufzumischen und unsere Leute zu bedrohen.

AKTIONEN

Der Staat rüstet nach Außen und nach Innen unablässig auf. Das ist kein Grund es ihm gleichzutun. Das Demonstrationsrecht läßt sich nicht militärisch verteidigen, nur politisch. Ihr seid in den letzten Jahren dem staatlichen Aufrüstungskurs gefolgt, ohne je gleichzuziehen. Ihr seid mit dieser Abschreckungslogik in die Sackgasse geraten.

Militanter als ihr euch bei einigen Demos verhalten habt, geht es nicht mehr. Jeder weitere Schritt wäre nicht mehr militant, er wäre militärisch. Es ist unser aller Aufgabe, diesen Schritt zu verhindern und alle Konfrontationen bei Demos deutlich unterhalb des Schußwaffengebrauchs zu halten. Das geht nicht, wenn ihr weiterhin massenhaft zur verschämten Knarre - zur Zwillie - greift.

Kämpft mit uns gemeinsam für die Möglichkeit, in diesem Land auch weiterhin massenhafte und staatskritische Demonstrationen durchführen zu können. Schmeißt die Zwillen weg!

BÜNDNISSE

Es hat in den letzten Jahren immer wieder gemeinsame Demos und Aktionen des unabhängigen, des grün-alternativen und des autonomen Spektrums gegeben. Sie waren teils erfolgreich (Bremerhavenblockade 1983, WWG-Demo 1985), teils haben sich Autonome nicht an Vereinbarungen gehalten, weil sie vereinzelt und insofern nicht zu verbindlichen Absprachen in der Lage waren. Da nun die unmittelbare Gefährdung bei Demos immer weiter zunimmt, sind wir nicht mehr bereit, eure Unberechenbarkeit allein zu unserem Problem zu machen.

Solange wie sich innerhalb des autonomen Spektrums nicht ein für uns alle wahrnehmbarer Zusammenhang herausbildet, mit dem verbindliche Absprachen bei Demos möglich sind, von dem weder Schutzgeiselspressungen noch Zensurmaßnahmen gegen Linke ausgehen und der selbst bei Demos auf Zwillen verzichtet, solange es also einen solchen Zusammenhang nicht gibt, werden wir mit Autonomen - mit euch - keine Aktionen- und Demonstrationsbündnisse mehr machen.

Wir wissen, daß das Anforderungen an eure Strukturen sind, die für euch schwer zu erfüllen sind. Wir wissen aber auch, daß es bei euch ohnehin Diskussionsansätze in diese Richtung gibt. Wir sehen jedenfalls keinen anderen Weg, zugleich die Fähigkeit große Demos durchzuführen zu bewahren und in absehbarer Zeit wieder mit euch gemeinsam Politik zu machen. Wir wollen keine linke Polit-Szene, die vom autonomen Stachel befreit in Wohlstandigkeit versinkt. Aber dazu braucht es mehr als nur einen gemeinsamen Gegner, dazu brauchen wir offenen Debatten und verbindliche Zusammenhänge.

mit solidarischen Grüßen

Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen

Dies ist keine Rechtfertigung für irgendwas. Es ist einfach der Versuch einer Darstellung, um vielleicht dieser Tatsache näher zu kommen, daß zwei Polizisten erschossen wurden, aus einer Demonstration heraus, hier an der Startbahn West, hier in Frankfurt und nirgends anderswo.

Vor sieben Jahren, zu Zeiten des Hottendorfes, kam ich dazu mir Gedanken über die Startbahn zu machen. Die Ungeheuerlichkeit eines solchen gigantisch umweltzerstörenden Projektes, das den Menschen noch mehr Lärm bringen sollte und an Stelle von Wald noch mehr Beton stellte, war mir zunächst nicht einmal voll bewußt.

Der friedliche Protest wurde nicht gehört. Ein Jahr später (10/81) begann mit der Räumung des 7-ha-Geländes die Polizei das Geschäft der FAG zu fördern. Die ersten Knäpfeleinsätze, geleitet von Polizeidirektor Bernhard, sorgten für freie Bahn von Unternehmens- und Wirtschaftsinteressen.

Einen Monat später wird in blutiger Weise das Hüttendorf geräumt. Unter den Polizeiknütteln schließen sich die Minder, und die Fäuste werden ohnmächtig geballt.

Die Rohrbachstraße setzt den vorläufigen Schlußpunkt unter die blutige Bilanz der zuschlagenden Polizeiknüttel und zutretenden Polizeistiefel. Natürlich das alles völlig demokratisch und gerechtfertigt durch Politiker und ihre Fadenzieher in Wirtschaft und Militär. Es sind Menschen haubackend über Notodraht geklettert. Es sind Menschen zum Flughafen gelaufen und haben ihn blockiert. Es haben 220.000 Menschen ihre Unterschrift für ein Volksbegehren gegeben.

Die Antworten waren immer nur Phrasen über erlauben oder nicht erlauben. Sogar ein Volksbegehren, war, aus juristischen Gründen, nicht erlaubt: die Menschen durften nicht ihre Meinung abgeben, weil es juristisch nicht erlaubt war. Nach Bauins II wurde in Frankfurt alles kurz und klein geschlagen, was überhaupt nur wie Startbahngegner aussah.

Die Eskalation der Gewalt ging eindeutig nicht von Demonstranten aus: es ist das äußerste an Gewalt, sich über Hunderttausende von Menschen mit Bulldozern, Kettensägen und vorge-schickten Hundertschaften hinwegzusetzen, nur weil noch mehr zu verdienen ist, noch mehr Profit zu machen ist. Die Demokratie entlarvt sich um so deutlicher, je größer der zu erwartende Profit ist. Der Polizeiknüttel schlägt um so härter zu, je unbeugsamer der Widerstand vor Ort wird.

Wie oft wurden hier Menschen von Wasserwerfern bewußlos gespritzt, von Polizeifüßen getreten, von Polizeihänden durch den Dreck gezogen und blutig geschlagen, im Namen der Demokratie, im Namen des Fortschritts, im Namen des Profits.

Ich kann sie nicht vergessen die unzähligen Beleidigungen, Schmähungen und Verhöhnungen.

Ein Beispiel auf unterster Ebene: ein Polizeibeamter zeigt einer über 50-jährigen Frau den ausgestreckten Mittelfinger. Sie ruft ihm zu: "Du Schwein." Der Polizeibeamte hat, obwohl allein, später vier Zeugen und fühlt sich in seiner Ehre gekränkt: 350 DM Strafbefehl.

Eine andere Ebene: nachdem Günther Saré überfahren worden war, war am nächsten Morgen im Polizeipräsidium eine Pressekonferenz. Die Mutter und die Schwester von Günther wollten da rein, weil sie bis dahin noch nicht einmal offiziell vom Tod Günthers benachrichtigt worden waren. Sie wurden nicht reingelassen, weil sie keine Presse seien. Die Mutter hat geheult und war erschüttert, und als sie dann kaum noch stehen konnte, bat sie um einen Stuhl, um wenigstens auf dem Bürgersteig warten zu können. Kein Mensch kann sich den Hohn und die Gehässigkeiten vorseilen, die da diese kleinen und kleinsten Polizeibeamten äußerten.

Natürlich, waren sie doch unangreifbar, anonym und vor allem im Recht. Denn natürlich ist das alles juristisch, demokratisch in Ordnung. Und jeder kann exakt nachvollziehen, daß ein Mensch, der keinen Presseausweis hat, nicht zu einer Pressekonferenz darf, und schon gar keinen Stuhl verlangen kann von den Kollegen der Männer, die Stunden vorher den eigenen Sohn plattgewalzt haben.



Ich habe daneben gestanden, und vielleicht habe ich mir wirklich gewünscht, eine Pistole zu haben. Und hier sehe ich genügend Menschen im Saal, die schon Hundert Mal in Gedanken einen Chef, einen Beamten, oder einen Polizisten umgebracht haben, kaum einer der nicht gedehnt, gequält, geschlagen oder auch nur verhöhnt, verwaltet, verjuristet oder verdemokratisiert wurde.

Nach sieben Jahren Startbahnwiderstand sehe ich nur durchgeprügelte Projekte, gefüllte Taschen, in denen sich noch größere Profite sammeln, neue Erweiterungsvorhaben.

Davor sehe ich die Politiker, denen kein Mensch mehr glauben kann, die lägen daß sich die Balken biegen und hinter ihren Rücken die Hände aufha-

Davor sehe ich die Richter, die das alles in demokratische Formen gießen und jeder noch so großen Schweinerei ihren Segen geben.

Und davor sehe ich die Polizisten, die mit schwingendem Knüttel auf mich zulaufen.

Beim letzten Sonntagsspaziergang erlebte ich den Gipfel des Zynismus. Da haben zwei Polizisten ihr Leben verloren im Spannungsfeld zwischen Profitinteresse und menschlichen Lebensbedürfnissen, genau so wie in diesem Spannungsfeld z. B. Philip Möller, Benno Ohnesorg und Günther Saré ihr Leben verloren haben. Und da kommt ein Polizeidirektor Bernhard zu uns und sagt: "Entweder Diskussion oder Konfrontation!"

Die Hundertschaft wartet im Hintergrund. Der Staatsschutzbeamte Tietze schleicht mit Fotos in der Hand durch unsere Reihen und äugt die nächsten Opfer für Festnahmen aus. Über uns donnern die mehrstrahligen Düsenflugzeuge hinweg, und unentwegt, wie eine lästige Klette an uns hängend, hält uns Herr Bernhard Vorträge über Demokratie.

Ausgerechnet er, der Einsatzleiter der Räumung des 7-ha-Geländes vor sechs Jahren. Er, der den Bau der Startbahn sozusagen über 220.000 Menschen hinweg, im Interesse der FAG usw. hat prüfen lassen.

Aber ich will nicht nur jammern, auch wenn das bisher den Eindruck machte. An dieser Stelle möchte ich etwas sagen zu dieser unsäglichen Gewaltdiskussion. Aus allen Ecken höre ich: "Abrüstet!"

Genau so wie die Herren, die von uns immer verlangen, den Gürtel enger zu schnallen, gerade die Herren sind, die eine besondere Vorliebe für Hosenträger haben, genau so haben die, die jetzt von Abrüsten reden, dafür gesorgt, daß von Pershing II bis Gummigeschossen alles nur erdenkliche und mögliche aufgerüstet wurde. Wer den Knüttel und die Macht in der Hand hat und von Abrüstung redet (und auch ihre grünen und andere Wasserträger), der redet nur von Abrüstung auf unserer Seite: "Schmeißt die Zwillen weg; reißt die Masken runter!" Ich kann es nicht mehr hören! Diese Verlogenheit und Ignoranz bestürzt mich mehr als alles andere.

Wer reißt denn diesen verlogenen Politikern endlich die Maske herunter, die von wirtschaftlicher Notwendigkeit der Startbahn geredet haben und militärische Aufrüstung meinten. Die Allgemeinwohl predigen und ihre Privatkonten mit Bestechungsgeldern füllen. Wer nimmt denn den Polizeidirektoren den dicken Knüttel der Gewalt weg, wenn sie sich hinstellen und lägen: "Wir wollen die Diskussion." Während sie sich nur erhoffen, einfacher zu Verhaftungen zu kommen.

Und jetzt möchte ich auf den Kern kommen: wenn hier von Abrüstung geredet wird, dann kann ich mir nur folgendes vorstellen. Wenn meine Tochter wieder eine Perspektive hat, eines Tages reine Luft zu atmen, in sauberen Flüssen zu baden, statt Düsenlärm Vogelgezwitscher zu hören, wenn statt Wiederaufbereitungsanlagen für Atombrennstäbe endlich Wiederaufbereitungsanlagen kranker Kapitalisten- und Politikerhirne gebaut werden, dann hat die Gewalt ein Ende, dann werden die Zwillen weggeworfen sein, dann ist Abrüstung erreicht.

Die Gewaltdiskussion über Staat und Demonstrationen ist ein Ablenkungsmanöver um zu verschleiern, daß der eigentliche Gegensatz besteht zwischen erdrückender Umwelt-/Lebensraumzerstörung durch die Interessen von Kapital und Macht einerseits und der unzulänglichen, teilweise untauglichen Gegengewalt von Zwillen und sonstigen Einzelaktionen andererseits.

Was ist denn schon eine Zwille gegen gepanzerte Vorstandsinteressen der FAG?

Was ist denn schon ein Molly gegen rausende Kubikmeter von Beton an der Startbahn?

Das ist doch lächerlich eine solche Diskussion über Abrüstung zu führen. Als ob dadurch etwas geändert würde; als ob dadurch die Gewalttätigkeiten von Bulldozern, bestechlichen Politgängern und deren Waffenschleibern und das ganze andere Elend wegdiskutiert wurde.

Noch ein Wort zu dem abstoßenden Eindruck Zwille schießender schwarzer Haufen. Diese Gesellschaft hat in ihrer Zerrissenheit, in ihrer Morschheit und Unmenschlichkeit immer zwei Erscheinungsformen: die eine und die andere Seite der Münze, mit der gezahlt wird. Und auch ich habe die Erscheinungsformen von lebensbedrohlichen Mitteln auf Seiten der Demonstrationen nicht für die zukünftige Lebensform einer menschlichen Gesellschaft, ich erkenne aber die wechselseitige Beziehung zwischen der kaputten Gesellschaft und ihrem faulen Staatsgerüst einerseits und der kaputten Erscheinungsform von Widerstand und ihren faulen Auswüchsen andererseits.

An dieser Stelle möchte ich abbrechen und die Diskussion weiter laufen lassen.

Offener Brief an die Autonomen

Liebe Freundinnen und Freunde, in den letzten Jahren haben wir bei den verschiedensten Demonstrationen und Aktionen immer wieder das Bündnis mit euch gesucht. Wir fühlen uns deshalb in der jetzigen Situation, nach den Morden an der Startbahn in besonderem Maße gefordert, Stellung zu nehmen.



Wir sind uns sehr wohl bewußt, daß ihr Todeschüsse auf Polizisten aus einer Demonstration heraus ablehnt, daß der oder die TäterInnen von Frankfurt nicht in Absprache mit irgendeiner autonomen Szene gehandelt haben können. Und doch seid ihr für das, was innerhalb eures Spektrums geschieht, mitverantwortlich.

Was genau in jener Nacht passiert ist, weiß bisher niemand. Das ist aber auch nicht das einzige Problem. Selbst wenn es sich um Provokateure gehandelt haben sollte, so ändert das nichts an der Notwendigkeit einer breiten und selbstkritischen innerlinken Diskussion. Denn Provokateure können aus staatlicher Sicht nur da "sinnvoll" eingesetzt werden, wo ein politisches Spektrum oder eine Bewegung nur knapp vor einem Schritt steht, den die Provokateure dann tun. Der Provokateur hat lediglich Brückenfunktion, den Weg bis zur Brücke habt ihr selber zurückgelegt.

Aus unserer Sicht ist es nach wie vor ein qualitativer moralischer und politischer Unterschied, ob eine Demo militant verteidigt oder ob geschossen wird. Trotzdem muß mensch prüfen, was in dem einen ist, daß es zu dem anderen kommt.

IDEOLOGIE

Autonome Theorien ähneln in einigen Punkten unseren Auffassungen von Staat und Gesellschaft. Jedoch besteht auch bei euch nicht nur eine Tendenz zu radikaler Wahrheit, sondern auch zu gefährlichen Vereinfachungen. Dieser

Staat ist nicht bloß ein Schweinesystem, er enthält auch demokratische Elemente. Dieser Staat und seine Organe sind nicht faschistisch. Wir werden uns möglicherweise über diese und andere Punkte vorläufig nicht einigen. Doch autonome Politik und Ideologie sollte sich wieder mehr in den innerlinken Dialog stellen. In der Isolation wird eure Ideologie mehr und mehr zu einer Rutschbahn in eine Politik, vor der ihr dann selber fassungslos steht. Wir meinen damit nicht nur die Polizistenmorde von Frankfurt, sondern auch die Schutzgeldabpressereien von Berlin. Ihr greift immer öfter und immer härter zureichernd in innerlinke Debatten ein - nicht indem ihr an ihnen teilnehmt, sondern indem ihr andere am Reden und Schreiben zu hindern versucht und sie bedroht.

Wir fordern euch auf, nein! wir fordern euch heraus! Diskutiert mit uns und den anderen Linken. Hört auf, innerlinke Debatten aufzumischen und unsere Leute zu bedrohen.

AKTIONEN

Der Staat rüstet nach Außen und nach Innen unablässig auf. Das ist kein Grund es ihm gleichzutun. Das Demonstrationsrecht läßt sich nicht militärisch verteidigen, nur politisch. Ihr seid in den letzten Jahren dem staatlichen Aufrüstungskurs gefolgt, ohne je gleichzuziehen. Ihr seid mit dieser Abschreckungslogik in die Sackgasse geraten.

Militanter als ihr euch bei einigen Demos verhalten habt, geht es nicht mehr. Jeder weitere Schritt wäre nicht mehr militant, er wäre militärisch. Es ist unser aller Aufgabe, diesen Schritt zu verhindern und alle Konfrontationen bei Demos deutlich unterhalb des Schußwaffengebrauchs zu halten. Das geht nicht, wenn ihr weiterhin massenhaft zur verschämten Knarre - zur Zwille - greift.

Kämpft mit uns gemeinsam für die Möglichkeit, in diesem Land auch weiterhin massenhafte und staatskritische Demonstrationen durchführen zu können. Schmeißt die Zwillen weg!

Genau so wie auf Seiten der Kapitalisten und Politiker feststeht, daß nicht jeder mit einem Gehirn gesegnet ist, genau so ist auch auf Seiten der Autonomen nicht jeder mit der nötigen Weitsicht und verinnerlichten Menschlichkeit gesegnet. Genau so wie es auf Seiten der Machthaber hohle "Bienen" gibt, die nur die Macht erobern um zu unterdrücken, genau so gibt es auf unserer Seite Menschen, die Emanzipation gleichsetzen mit der Ausübung von Herrschaft.

BÜNDNISSE

Es hat in den letzten Jahren immer wieder gemeinsame Demos und Aktionen des unabhängigen, des grün-alternativen und des autonomen Spektrums gegeben. Sie waren teils erfolgreich (Bremerhavensblockade 1983, WWG-Demo 1985), teils haben sich Autonome nicht an Vereinbarungen gehalten, weil sie vereinzelt und insofern nicht zu verbindlichen Absprachen in der Lage waren. Da nun die unmittelbare Gefährdung bei Demos immer weiter zunimmt, sind wir nicht mehr bereit, eure Unberechenbarkeit allein zu unserem Problem zu machen.

Solange wie sich innerhalb des autonomen Spektrums nicht ein für uns alle wahrnehmbarer Zusammenhang herausbildet, mit dem verbindliche Absprachen bei Demos möglich sind, vom dem weder Schutzgeldabpressungen noch Zensurmaßnahmen gegen Linke ausgehen und der selbst bei Demos auf Zwillen verzichtet, solange es also einen solchen Zusammenhang nicht gibt, werden wir mit Autonomen - mit euch - keine Aktions- und Demonstrationsbündnisse mehr machen.

Wir wissen, daß das Anforderungen an eure Strukturen sind, die für euch schwer zu erfüllen sind. Wir wissen aber auch, daß es bei euch ohnehin Diskussionsansätze in diese Richtung gibt. Wir sehen jedenfalls keinen anderen Weg, zugleich die Fähigkeit große Demos durchzuführen zu bewahren und in absehbarer Zeit wieder mit euch gemeinsam Politik zu machen. Wir wollen keine linke Polit-Szene, die vom autonomen Stachel befreit in Wohlstandigkeit versinkt. Aber dazu braucht es mehr als nur einen gemeinsamen Gegner, dazu brauchen wir offenen Debatten und verbindliche Zusammenhänge.

mit solidarischen Grüßen

Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen

Distanzierungen - oder der Staat ruft seine Diener

Die Schüsse am 2. November lösten eine Welle der Distanzierung aus, von der CSU über die SPD, von den Grünen über die Kirche bis hin zu Autonomen und Liberalen. Für die CSU und die Schüsse eine "neue Qualität der terroristischen Herausforderung", für die CDU ein "Anschlag auf die demokratische Ordnung", für die FDP der "Terror des Mords" (Engelhard), für die Grünen eine letzte Chance für die Autonomen "die Zwillinge wegzuschmeißen und die Haßkappen herunterzureißen", für die Autonomen "ein feiger Mord" und die Liberalen finden die Schüsse schlicht "zum Kotzen". Wir haben uns alle distanzieren, aber meinen wir dasselbe?

Wenn es kein CDU-Mitglied war, das in der Nacht des 2. Novembers geschossen hat, wovon distanzieren sie sich dann? Von der Spirale der Gewalt aus und in ihren eigenen Reihen? Sind drei (?? - d.S.) Tote genug? Oder distanzieren sie sich etwa von führenden CDU-Mitgliedern, die Waffen- und Mordgeschäfte mit Südafrika organisieren und vertuschen, wie im Fall der "U-Boot-Affäre" in Kiel?

Wenn es kein SPD-Mitglied war, das die Schüsse abgegeben hat, von wem oder was muß sich die SPD dann distanzieren? Von ihren Berufsverboten, von ihrem Aufrüstungsbeschluss, von ihren Anti-Terror-Gesetzen im deutschen Herbst, von den rächtlichen Bedingungen in Stammheim oder gar vom Mord an Günter Sare?

Noch gibt es keine Spuren, die in die Reihen der Realo-Grünen führen. Wovon distanzieren sie sich also? Vom staatlichen Gewaltmonopol, von der Bewilligung des neuen tödlichen

bzw. hat erst richtig begonnen, nicht mehr so laut wie in der ersten Woche, dafür umso intensiver. Einige von uns sind unmittelbar bedroht, sowohl was "Beihilfe zum Mord" als auch die "Bildung und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" anbelangt. Viele von uns haben Angst, daß es auch sie noch erwischte. Denn dem Staat, dem Fahndungsapparat geht es schon lange nicht mehr um Mord.

Wir müssen und wollen jetzt das offenlegen, was die offizielle Richtung der Ermittlungsstellen geradezu auf den Kopf oder auf die FöÙe stellt. Die Beschuldigungen bei den über 50 Hausdurchsuchungen, die Aussageverweigerungen über Drohungen mit dem §129a oder Beihilfe zum Mord, der gezielte Schlafentzug vor den Verhören, die Verhörmethoden selbst mit versteckten Angeboten, daß man ein "gutes Wort" für wieder beim Haftrichter einlegt, die "Beweise", unter anderem illegale Fotos von den Sonntagsparadegängen, die in den Verhören den Beschuldigten zur Identifizierung vorgelegt werden, gerade weil sie nichts mit dem Mord zu tun haben, die Vorladungen unter Androhung von Beugehaft, die gemeinsame Beteiligung des K42 (Politische Polizei, Tietze in Frankfurt), der Sonderkommission Strom und des BKA/LKA an den Ermittlungstätigkeiten verfolgen ganz klar erkennbar drei Ziele

1. die Offenlegung der Namen, Strukturen, der "Organisator/innen" innerhalb der Startbahnbewegung,
2. die Identifizierung der "Aktivisten", ihre Beteiligung und Strukturen innerhalb und über die Startbahnbewegung,
3. die Suche nach Kleingruppen, vor allem im Zusammenhang mit den Strommastaktionen im Rhein-Main-Gebiet.

Diese drei Ziele stehen einer "schnellen Aufräumarbeit" der Morde im Weg. In diesem Zusammenhang war es geradezu eine "Panne", daß die Tatsache, daß die Polizei (? einer, - d.S.) bereits nach einigen Stunden gefunden wurde, veröffentlicht wurde. Deshalb mußten auch Polizeibeamte hören, was nie gesagt wurde: "Feuer frei", damit unter der Konstruktion der Beihilfe der Fahndungsapparat weiterhin legitimiert ist.

Wir haben diese Fahndungsziele nicht nur deshalb so klar benannt, weil wir mit der erzeugten Paranoia gemeinsam umgehen müssen; diese Fahndungsziele benutzen nur den Mord, um uns mit etwas ganz anderem zu konfrontieren: Mit unserer eigenen Geschichte und unseren Erfahrungen innerhalb sozialer Bewegungen und militanter Auseinandersetzungen. Wenn wir uns davon distanzieren, dann distanzieren wir uns nicht vom Mord, sondern von der Startbahnbewegung, der Anti-AKW Bewegung, von radikalen und außerparlamentarischen Widerstandsformen.

Die zwei toten Polizisten waren und sind nie Objekt herrschender Trauer gewesen, sie sind nur eine willkommene Brücke, über die der Staat seinen Fahndungsapparat lost, um jene "e-

bens- und Widerstandsformen zu zerschlagen, auf die der Staat schon lange nicht mehr politisch antwortet. In den nächsten Tagen und Wochen wird es zu einer Flut von Vorladungen und sogenannten Zeugenvernehmungen kommen. Wenn jemand also, gerade weil er/sie nichts zu den Morden sagen kann, dennoch Aussagen macht, in dem Glauben, die Aussagen wären belanglos und ohne Bedeutung, dann muß er/sie wissen, daß es den Ermittlungsbehörden gerade darauf ankommt. Nicht nur einzelne von uns, die die Aussage verweigern, werden mit Beugehaft bedroht, wir alle sind mit der Notwendigkeit konfrontiert, darauf politisch zu antworten.

Andrea B., verhaftet wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung, 9



§129a), ist nach fast zweimonatiger Haft vor einigen Tagen entlassen worden. So als ob nichts gewesen wäre. Nachdem auch der Versuch in Düsseldorf, autonome Zusammenhänge als terroristische Vereinigung anzuklagen, gescheitert ist, sind sie nun lieberhaft dabei, die Gunst der Stunde zu nutzen. Das Instrumentarium des erweiterten §129a haben sie bereits, es geht ihnen jetzt darum, es mit Namen zu füllen. Es liegt an uns, sie (die Namen - d.S.) und uns gemeinsam zu schützen.

2. November - Die Notwendigkeit militanter Politik und die Waffe der Kritik

Wie bei allen anderen Aktionen anläßlich des 2. Novembers richtet sich unser Widerstand gegen die Startbahn und nicht gegen die gegen uns eingesetzten Polizisten. Unser Konzept war, wie schon in den Jahren zuvor, die Mauer und die Existenz der Mauer anzugreifen und gerade deshalb ist es unser Ziel gewesen, der Polizei auszuweichen, anstatt uns auf eine militärische Konfrontation einzulassen. Gerade deshalb war und ist von größter Wichtigkeit, bei drohender polizeilicher Konfrontation den Schutz für alle zu gewährleisten, um Verletzte und Verhaftete auf jeden Fall zu vermeiden. Am 2. November waren sechs Hundertschaften hinter der Mauer und im Wald versteckt. Ihr Angriff galt uns. Erst als im Wald versteckte BeSt-Sondereinheiten und aus den Startbahntoren stürmende Hundertschaften angriffen, wurden zu unserem Schutz brennende Barrikaden und Molotows eingesetzt.

Wasserwerfers (Wawe 9), von der Mitfinanzierung des neuen Knastes in Weiterstadt oder des hessischen Polizei- und Verfassungsschutz-Erats? Auch wir haben uns distanzieren, vor allem in den ersten Stunden und Tagen, oft ungenau und mißverständlich, nicht aus der sicheren Distanz der Parlamentssitze heraus, sondern unter den wahnhaften und unvorstellbaren Eindrücken der Schüsse, der Razzien, Hausdurchsuchungen, Festnahmen und Haftbefehle. Wir haben diese Morde verurteilt, egal wer sie begangen hat. Wir haben die Notwendigkeit formuliert, unter uns und mit anderen zusammen unsere Selbstkritik auch praktisch und konsequent umzusetzen, lange bevor die Schüsse fielen. Darum geht es uns, aber nicht dem Staat. Die Hetzjagd dauert an,

Wir wissen nicht, wer und ob jemand aus unseren Reihen geschossen hat. Wir wissen aber, daß der Einsatz von Schußwaffen bisher immer nur Überlegungen der Polizei waren, aber zu keinem Zeitpunkt der Startbahnbewegung ein von uns übernommenes Konzept. Wir waren genauso überrascht, von den Schüssen wie die Polizei. Die Schüsse sind keine Konsequenz unseres militanten Widerstandes, sie stellen für uns einen Bruch, eine Mißachtung eines gemeinsam beschlossenen Konzepts dar. Gerade weil wir an jede Form militanten Widerstands ein hohes Maß an Eigenverantwortung und kollektiver Verantwortung stellen, sind die Schüsse aus einer Demonstration heraus auch Schüsse gegen unseren Anspruch auf Zielgerichtigkeit und vor allem Berechenbarkeit gegenüber allen, mit denen wir Widerstand leisten. Wenn die Schüsse aus unseren Reihen abgegeben wurden, dann haben der/diejenige bewußt in Kauf genommen, uns alle zu Geiseln polizeilicher Reaktion zu machen. Ein Blutbad, das unsere Vorstellungen von militantem Widerstand ins Gegenteil verkehrt, für sich selbst zu sprechen. Schüsse, an deren Richtung wir immer noch zweifeln, sind kein Ausdruck radikalen Handelns, das für sich unzweifelhaft und unverkennbar sein muß.

Ausgangspunkt dieser tödlichen Schüsse war kein gemeinsames Vorgehen, sondern eine militärische Logik, die das eigene Handeln und die Mittel nicht mehr aus unseren Zielen und gemeinsamen Möglichkeiten heraus bestimmt, sondern ausschließlich daran mißt, wie man die Verluste des Feindes effektiv erhöhen kann.

Abgesehen davon, ob jemand aus unseren Reihen heraus geschossen hat, wird uns die Frage gestellt, ob nicht diese "Spirale der Gewalt" eine absehbare Konsequenz militanter Politik und Praxis ist? Wer die letzten Demos in Brokdorf, Kleve, in Wackersdorf oder in Frankfurt anlässlich des Mordes an Günther Saré miterlebt hat, weiß, mit welcher Überlegenheit, Berechnung und Skrupellosigkeit der Staat sein Gewaltmonopol einsetzt, um jeden radikalen Widerstand zu zerschlagen. Und gerade, weil viele von uns erlebt haben, daß der Staat uns eine militärische Auseinandersetzung aufzwingt, der wir heute unterliegen mußten, fanden gerade in den letzten Monaten Diskussionen innerhalb unserer autonomen Zusammenhänge statt, welche praktischen und politischen Konsequenzen wir daraus ziehen müssen.

Dabei war sicherlich eine zentrale Konsequenz unter uns unumstritten: Wenn wir heute nicht in der Lage sind, militante Demonstrationen gegen eine Übermacht von Bullen durchzusetzen, dann können wir diese Niederlage (was die Durchsetzung der Demo anbetrifft) nicht militäristisch überspringen, d. h. durch "Nachrücken" unsererseits wettmachen. Dies würde Strukturen,

Verhaltensweisen und militärische Kategorien voraussetzen, die wir nicht nur nicht haben, sondern auch nicht wollen. Nur ein kleiner Teil

unserer Zusammenhänge wäre bereit und in der Lage sich dieser militärischen Konfrontation gewachsen zu fühlen.

Wir wollen aber nicht einen Großteil des radikalen Spektrums zum Objekt unseres Vorgehens machen; unsere Stärke ist vielmehr, uns gemeinsam Bedingungen zu schaffen, in denen verschiedene Formen des Widerstands von allen getragen werden können. Aus diesen Gründen war vielen von



uns auch klar, daß wir vor allem die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen schaffen und mitentwickeln müssen, die es dem Staat schwer machen, seine militärischen Mittel einzusetzen. Gesellschaftliche Bedingungen, die die Waffen staatlicher Gewalt stumpf machen, wo der politische Preis zu hoch, oder der Verlust an Legitimität des staatlichen Gewaltmonopols unakzeptabel wird, wo das gewaltsame Vorgehen des Staates den nach wie vor vorhandenen Konsens der Bevölkerung in diesem Staat selbst zerstört.

Daß wir als Verlierer dieser militärischen Auseinandersetzungen die Eskalation der Gewalt bestimmen, ist neu, so alt wie die Logik der Sieger, der Herrschenden.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt eindeutig, daß die großen, spektakulären "Schlachten" nicht Ersatz, sondern Ausdruck täglicher, gewaltsamer und kontinuierlicher Kämpfe sein müssen, wenn wir nicht selbst militärischer Symbolik erliegen wollen. Unsere Augen und Sinne haben sich deshalb auch bewußt wegbewegt von großräumigen, zentralen und mediengerechten Großereignissen, hin zu den tatsächlichen Strukturen, die unscheinbar, aber um so wirksamer, das Fundament jener Symbole und Prestigeobjekte sind, gegen die wir jahrelang anrannten.

Gerade weil unser Ziel nicht die militärische Konfrontation mit der Polizei ist und sein darf, sondern das, was sie schützen, entwickeln sich verstärkt die verschiedensten Formen von Widerstand und Sabotage, von Fälschungen, der Volkszählung bis hin zum Fällen von Strommasten. Die

Störung und Zerstörung jener Infrastruktur, die die Vernichtung ökologischer Lebensbedingungen, von Natur und Mensch, die Ausbeutung und Beherrschung der Menschen hier und in der sogenannten dritten Welt, die Kriegsvorbereitungen und Kriege bis hin zum atomaren Holocaust tagtäglich gewährleistet, war und ist eine zentrale Konsequenz aus unseren Erfahrungen der letzten Jahre.

Wenn Herr Neusel, Staatssekretär des Innenministeriums am September letzten Jahres über die buschfeuerartige Verbreitung von Sabotageaktionen klagte, über die Tatsache, daß er jeden zweiten Tag eine Meldung über Beschädigung von Baumaschinen bekommt, dann ist das nicht nur eine Antwort auf die Zerschlagung und die Verbote militanter Demonstrationen, sondern auch eine Antwort auf die tödlichen Schüsse an der Startbahn.

Tödliche Schlußfolgerungen, die dort stecken blieben und dort hin zurückführen, wo wir unsere Erfahrungen der Niederlage und des Ausgeliefertseins gemacht haben. Schüsse, die an unsere Erlebnisse der Ohnmacht, an die Morde an Günther Saré und Jürgen Rattay anknüpfen, und nicht an unsere politischen und praktischen Konsequenzen. Den Erfolg militanter Strategien messen wir nicht nur an den "gewonnenen Schlachten", sondern gerade auch an der Weiterentwicklung unserer Zusammenhänge und an unserer Fähigkeit, in unseren Handlungen auch neue Formen sozialer Gegenmacht zum Ausdruck zu bringen.



Die letzten Wochen haben viel Kraft und Nerven gekostet. Wir waren und sind mit dem konfrontiert, was die Polizeistrategen mit "Fahndungsdruck" meinen: Uns alle in Bewegung halten, nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Aber wir haben auch Erfahrungen gemacht, die uns Mut machen. Wir sind nicht nur Opfer. Wir wollen kein Mitleid erregen, und keine moralische Solidarität abpressen. Wir wollen nicht die Repression dazu nutzen, falsche Sympathien zu erzeugen. Denn die Schüsse haben nicht nur eine Repression ausgelöst, sondern auch eine Auseinandersetzung mit jenen, mit denen wir zusammen kommen wollten, es aber nicht schafften, aus eigener Unfähigkeit und vor allem fehlender Konsequenz.

Wir haben versucht, unsere Auseinandersetzungen vor und nach den Schüssen öffentlich und nachvollziehbar zu machen. Wir werden unter uns reden müssen, welche kollektiv getragenen Verbindlichkeiten und Gemeinsamkeiten wir entwickeln müssen, um für uns und andere Maßstäbe zu setzen, an denen sich unsere Handlungen und Ziele messen lassen müssen. Wir werden uns aber auch mit jenen Grünen auseinandersetzen, die glauben, mit unseren Fehlern staatstragende Politik machen zu können. Grüne, die mit ihrem Standbein das staatliche Gewaltmonopol anerkennen und mit ihrem Spielbein die Opfer der "Eskalation" anklagen. Wir warten gespannt auf die von Joschka Fischer - ganz ohne Ritual, versteht sich angekündigte "moralische Offensive des gewaltfreien Protests".

Ein "Wunder", auf das wir nicht mehr warten müssen, kam aus Hamburg.

Als wir am Mittwoch hörten, daß die Hafenstraße kurz vor der Vertragsunterzeichnung steht, wollten wir es nicht glauben. Ein Gefühl riesiger Freude, ein politischer Erfolg, der für uns alle fast unfassbar schien. Heute (Donnerstag, 26. 11. 87 - d.S.) soll der Vertrag unterschrieben werden. Wie so oft haben wir uns in Gedanken auf die gewaltsame Räumung, auf eine gewaltsame Niederlage eingerichtet. Nun stehen wir vor einem Erfolg, auf den wir nicht vorbereitet sind. Sicherlich, wir haben dem Staat nichts zu schenken, am wenigsten unser

Vertrauen. Aber vielleicht sind es auch die vielen vergeblichen Kämpfe, die uns Angst gemacht haben, zu gewinnen. Die Hafenstraße ist für uns ein Grund mehr, diese Angst zu verlieren.

Autonomie aus Frankfurt



Fotomaterial an die Medien und somit an den Staatsschutz auswertet. Wir wollen mit solchen Leuten nichts mehr zu tun haben. Uns erschreckt, daß es "Genossinnen" gibt, die die Kooperation mit den Schweinen, der Diskussion mit Genossinnen vorziehen. Es geht nicht darum, ob wir politisch hinter den Schossen stehen, es geht prinzipiell immer darum - KEINE KOOPERATION MIT DEN SCHWEINEN - WIR LASSEN UNS NICHT SPALTEN. Daß Leute aus der Szene Aussagen bei den Bullen machen, weil sie denken, sie können dadurch ihre eigene Haut retten, daß sich unüberlegt distanzieren wird, in einer Situation, in der rein gar nichts klar ist, daß sich Spekulationen über Spekulationen häufen, ist konterrevolutionär und gefährdet uns alle.

Wenn das immer noch nicht klar ist, der/die sollte sein/ihr Verhältnis zur radikalen Linken überdenken. Vielleicht kommt mensch dann darauf, daß ihm/ihr die Grünen doch näher stehen. Genauso müßen wir uns hinterfragen, ob wir innerhalb der militanten Linken genug Rückhalt geben, damit es zu o.g. Reaktionen kommt. In einer derart desolaten Situation ist das zwar schwierig aber ein absolutes Muß. Wenn dieser Rückhalt gegeben ist, wird vielen von uns auch die Notwendigkeit klar, daß wir gerade jetzt und in Zukunft näher zusammenstehen müssen als bisher. Und wer meint, alleine durch das Netz staatlicher Repression schlüpfen zu können/wollen, der/die hat nichts mit Kollektivität und unseren Zielen gemein.

Wenige Worte noch zur taz (mehr lohnt sich nicht). Als Sprachrohr der Realfraktion der Grünen versucht sie durch bestimmte RedakteurInnen die Spaltung in der radikalen Linken voranzutreiben. Was bei Grünen/taz zur Zeit sehr aktuell ist, nicht nur die Spaltung der Linken in Friedliche und Gewalttätige, auch das Amnestiegesetz für die Gefangenen, die dem "Terrorismus" abschwören. Sie fahren damit eine eindeutige staatstragende Linie und es zeigt sich erneut, daß es unsinnig ist, sich auf die taz/Grünen verlassen zu können/wollen.

Keine Aussagen bei den Bullen - Wir lassen uns nicht spalten
Für einen weiterhin starken militanten Widerstand



DISKUSSIONSPAPIER

Zur Diskussion um die Schüsse an der Startbahn West

Wir finden die Distanzierungen aus den Reihen der Autonomen/libertären beschissen. Sicher war es bis jetzt nicht Konsens der Bewegung mit Knarren auf Demos/bel Aktionen, Bullen zu töten. Andererseits muß sich jeder/bewußt sein, daß Molch und Zwillen potentiell tödliche Waffen sind, wenn sie direkt gegen die Bullen gerichtet werden. Dennoch ist der Einsatz einer Knarre ein "bewußterer" Schritt, weil hier das Draufgehen von Bullen nicht mehr dem Zufall überlassen wird. Wir halten aber den Einsatz von Schußwaffen bei Demos/Aktionen in der jetzigen Situation, wo wir noch keine Massenbewegung sind, die diesen Staat zerschlagen will, für verfehlt und stark abgehoben vom momentanen Diskussionsstand der radikalen Linken. Der Bulle steht zwar stellvertretend für ein System, daß wir angreifen, wir dürfen jedoch dabei das eigentliche Angriffsziel nicht aus den Augen verlieren. Es ist zwar klar, daß der Bulle solange Gegner ist, solange er dieses System der Unterdrückung stützt, wir können uns aber auch vorstellen, daß er bewußt die Seiten wechselt, so wie wir es von jedem/r Normalo auch glauben.

WENN wir davon ausgehen, daß die Schüsse aus unseren Reihen kamen (was vielleicht nie geklärt werden wird), dann zeigt sich, wie wenig manche von uns in ihrer Praxis begriffen haben. In letzter Zeit liefen viele unserer Diskussionen in die Richtung,

wie wir unsere Träume von einer HERRschaftslosen Gesellschaft mit unserer tagtäglichen Praxis in Einklang bringen können. Dabei ging es vor allem auch um das MITEINANDER Umgehen, nämlich unseren Ideen entsprechen; zärtlicher, offener, ohne Polackertum.

Daß das automatisch auch ein Selbstschutz gegen Spitzel, Counter und andere Schweine ist, liegt auf der Hand. Wir kommen gerade nach den letzten Ereignissen; Vergewaltigung in der Szene, Dirk Strandenes, Schüsse an der 18-West... zu dem Schluß, daß diese Form, des Miteinander immer notwendiger wird, damit wir als RevolutionärInnen nicht an Glaubwürdigkeit vor uns selbst verlieren. Militante Aktion ist für uns nicht das einseitige, aber legitime Mittel im Kampf gegen das System, jedoch muß sie auch immer hinterfragt werden. Militanz darf nicht zum Militarismus/Aktionsmus verkommen.

Uns erschreckt die momentane Situation im Rhein-Main-Gebiet. Uns erschreckt, daß einige Leute meinen, sich in der jetzigen Situation profilieren zu müssen/können. Uns erschreckt ein Klaus W., der verantwortungslos belastendes



Einige Autonome

aus Rhein-Main

PRESSEERKLÄRUNG

Zur Arbeit der BUNTE HILFE nach den Schüssen an der Startbahn

BUNTE HILFE hilft mit ihren Mitteln und Möglichkeiten den Gruppen und Bewegungen, die sich für die Durchsetzung unterdrückter Interessen, menschlichere gesellschaftliche Verhältnisse und für die Wahrnehmung demokratischer Rechte einsetzen. Sie greift nicht ein und setzt sich nicht in die geschäftlichen Differenzen für alle ein, die im Kampf um ihre legitimen Interessen und für eine bessere demokratischere Gesellschaft mit der Staatsgewalt in Konflikt geraten." (in eigener Sache, Sure Dokumentation, 1985)

BUNTE HILFE hält aber auch daran fest, daß Ziele und Mittel von Protest und Widerstand nicht voneinander trennen sind. Die Schüsse vom November 1987 die zwei Polizisten getötet und zwei weitere verletzt haben sind daher durch nichts zu rechtfertigen. Sie sind auch ein Anlaß auf die politische und moralische Verantwortung der Protestbewegungen. Wir sehen uns nun aber auch damit konfrontiert, daß die Schüsse an der Startbahn als Anlaß für erneute Einmischungen des Demonstrationsrechts für eine weitere Aufrüstung der Polizei benutzt werden. Darüberhinaus werden viele der in der Bewegung gegen die Startbahn-West Engagierten massi-

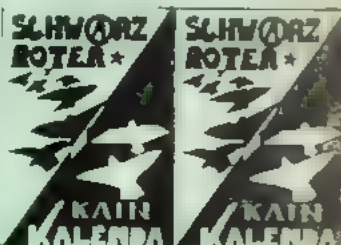
von polizeilichen Maßnahmen Hausdurchsuchungen, Festnahmen, Verhaftungen, Untersuchungshaft und Isolierung wegen § 129 a ausgesetzt. Dies geschieht in einer Situation, in der weitergehende Pläne zum Ausbau des Flughafens und zur Ausweitung der Startbahn-West zur Landebahn durchgesetzt werden sollen. Die BUNTE HILFE sieht es als Aufgabe an, die von den laufenden Fahndungsaktionen Betroffenen mit ihren finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zu unterstützen. Wenn es notwendig sein sollte, werden wir auch dazu beitragen, daß im Fall einer Anklage eine ordnungsgemäße Verteidigung gewährleistet ist. Alles andere käme einer faktischen Vorverurteilung gleich und würde ein Vertrauen in die Zuverlässigkeit und Objektivität polizeilicher und justizieller Ermittlungen beinhalten, ein Vertrauen, das angesichts bisheriger Erfahrungen nicht weiter befragt ist.

Die Diskussionen über die Ziele und Formen der Protestbewegung müssen offen geführt werden. Doch gleichzeitig gilt es zu verhindern, daß die Protestbewegung durch vorschnelle Schuldzuweisungen und Kriminalisierung gespalten und Teile von ihr ins gesellschaftliche Abseits getrieben werden. Wir bitten um Spenden für unsere weitere Arbeit. Auf Solidarität.

Volker Lux
Postfach 1000
D-160 72 600
BUNTE HILFE
c/o Cab Voltaire
Kleine Hochstraße 5
6000 Frankfurt
Tel. 069 28 39 48
Januar 1988



Ralf G. Landmesser
Rathenower Str. 23
1000 Berlin 21
Tel. 030 - 3947894



sche Handlungsspielräume jenseits von Parlament und bewaffneten Kampf zu erschließen. Diese Aufgabe ist durch die Todesschüsse an der Startbahn West nicht hinfällig, sondern aktualisiert worden.

Die jetzt allends schon wieder geforderten öffentlichen Bekenntnisse zu prinzipieller Gewaltfreiheit sind daher ebenso überflüssig wie verneinend. Daß die Ereignisse an der Startbahn West weder das Resultat einer zwangsläufigen Gewaltspirale außerparlamentarischen Politik darstellen noch einen organisierten Zusammenhang zu den Zielen und Methoden der Bürgerinitiativen gegen die Flughafenausweitung besitzen, haben die bürgerlichen Fraktionen der Protestbewegung in den vergangenen Jahren eindrucksvoll demonstriert. "Ihre Sache" wurde von den Schüssen mitgetroffen - zu einer Zeit, da umfangreiche weitere Ausbaupläne des Frankfurter Flughafens bekannt wurden und erster Protest sich zu formieren begann.

Bestürzung und Einsetzen über das Blutbad an der Startbahn West dürfen jetzt nicht zu hysterischen Reaktionen führen. Weder helfen jetzt Selbstberichtigungen der BI ("Wir übernehmen die politische Verantwortung") noch die Forderungen nach neuen und schärferen Gesetzen ("Vermummungsverbot" oder weiterer Aufrüstung der Polizei, die sie die CDU bereits mit Nachdruck erhoben hat. Noch sind keine näheren Umstände geklärt. Fast wohlwollend klingen in dieser Situation die besonnenen Töne, die es in dieser Republik trotz allem noch gibt.

TOD AN DER STARTBAHN WEST

Bei Protestdemonstrationen zum sechsten Jahrestag der Hüttendorfräumung an der Startbahn West ist erstmals in der Bundesrepublik ein blutiger Anschlag auf Menschenleben verübt worden. Dabei wurden zwei Polizisten erschossen und neun weitere durch Schüsse schwer verletzt. Dieses Blutbad hat ein Tabu gebrochen, das den Angriff auf Menschen ausschließt und dem sich noch die militantesten Teile der Protestbewegungen verpflichtet fühlen.

Blutige Demonstrationen hat es in den letzten Jahren immer wieder gegeben und beileibe nicht nur an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen. "Opfer" waren zumeist Demonstranten, die bei brutalen Polizeieinsätzen oft schwer verletzt wurden. Solche Erfahrungen haben die Gewaltbereitschaft bei Teilen der Protestbewegungen ständig erhöht und die Konfrontationen zwischen

ihnen und der Polizei zunehmend verschärft. Der Einsatz von Blendschockgranaten dort, von Willen und Leuchtkörpern hier, gehört längst zum gewohnten Bild von Auseinandersetzungen, die sich von jedem konkreten Anlaß gelöst haben und jeden Bauplatz, jeden Demonstrationsort in ein beliebiges Schlachtfeld verwandeln können. Diese "frei flottierende" Gewalttätigkeit ist nicht mehr Ausdruck des gesellschaftlichen Verhältnisses eines Konflikts, sondern dessen Projektion auf die Polizei.

Die von einigen militanten "Autonomen" praktizierte Bürgerkriegsstrategie setzt einen Imperativ linker Politik außer Kraft, wonach die Mittel, die man anwendet, den Zwecken, die man verfolgt, untergeordnet sein müssen. Daß die Mittel selbst zum Zweck von Aktionen werden, ist die politische Sackgasse, in die die falsche Alternative Parlamentarismus oder Bürgerkrieg die Gewaltdiskussion in den letzten Jahren manövrierte. Linke Politik hätte noch immer die Aufgabe, politi-

sozialistisches Büro

ZUM 2.11.



Z.11. hat viele Fragen aufgeworfen. In einem einzigen Artikel, können nicht beantwortet werden. Wir gehen deshalb erstmalig auf, welche Themen in diesem Zusammenhang uns aufgetaucht sind. In der Nacht nach den Schüssen haben einige Menschen der BI gegen die Flughafenverweigerung die politische Verantwortung dafür übernommen. Die Stellungnahme wurde dahingehend revidiert, daß man zwar hinter die Demonstration stehe, jedoch nicht die Verantwortung für die Schüsse übernehmen. Damit zeichnete sich eine der Diskussionslinien der folgenden Tage ab: Die der Mitverantwortung der Szene an einem Klima, das immer das heißen mag, das es jemanden von uns ermöglichen könnte, Schüsse auf Polizisten in der weitigen Situation als adäquates Mittel zu begreifen. Es stellt sich hier die Frage, weshalb überhaupt eine Überlegung in unsere Köpfe kommen konnte. Eine mögliche Antwort ist, daß viele wie das Kaninchen auf die Schlange in die Zeitung und in den Fernseher starteten, bzw. dem Volkspfeifer lauschten. Jeder neue "und" der Polizei, jede "Erkenntnis" der Bundesanwaltschaft wurde erst mal geschluckt. Aber das ist keine ausreichende Erklärung, denn seit wann glauben wir den Verlautbarungen unserer Gegner? Aber anscheinend hat es für viele zumindest und eventuell vorstellbar, daß jemand aus unseren Zusammenhängen doch zu den Schüssen in der Lage wäre. Immer im Konjunktiv denkend, war dieser Gedanke doch nicht so unwahrscheinlich, als daß wir ihn einfach zurückgewiesen hätten. Es gab einfach Erfahrungen in der Vergangenheit, die uns zeigten, daß es bei der Anwendung von Militanz keinen fest abgegrenzten Konsens gibt. Es sind Dinge passiert, die auf harte Kritik stießen. Es sei hier nur daran erinnert, daß eine Frau mit schwersten Verbrennungen vor dem Haus eines Startbahngegners abgebrannt wurde, daß nach der politisch militanten "Hauau" Demo im November 1986 völlig unsinnigerweise die Innenstraße gepflastert wurde und am Ostern 86 beim Sonntagsspaziergang als "revolutionäre Tat" die Wiese vor der Startbahn abgefackelt wurde. Die Militanzdebatte, die uns nach dem 2.11. aufgetaucht wurde, fand also schon lange vorher bei uns statt. Die schwimmenden

Grenzen von dem, was wir als Gegen-gewalt gutheißen und was nicht, wurden dabei

nicht unbedingt festgelegt. Umgekehrt: Welche "fa-schen" Aktionen sind nicht durchgeführt worden, eben aufgrund der Diskussion? Vielleicht ist es die Ungenauigkeit des Konsenses, die Erinnerung an die oft unsolidarisch geführten und frühzeitig abgebrochenen Militanzdebatten, die zusammen mit dem Schock und der Betroffenheit (falls man dieses Wort noch unbefangen verwenden kann), diese Gedanken ausgedrückt haben. Wir stellen fest: Die Diskussion über Militanz ist notwendig und sollte ständig geführt werden, soll heißen: Man sollte bei seinen Aktionen immer wieder prüfen und überprüfen ob die Mittel (a) mit unseren Zielen übereinstimmen (welche sind das?) und (b) auch verstanden werden. Eine gute Aktion braucht keine Erklärung. Das bedeutet auch, daß wir darüber diskutieren, wann wir es für nötig halten und nicht, wenn besorgte Gemüter zum Dialog auffordern, bzw. dazu, die Masken herunterzureißen, bzw. uns sowieso am liebsten gleich ins Stadion sperren wollen. Bemerkenswert ist auch, daß zwar alle möglichen Hard - Core - Hüter von Recht und Ordnung laut aufheulen, ebenso wie ihre Kolleginnen, deren hervorstechendes Merkmal ist, daß sie am liebsten jede/n zu Tode schonen wollen, und uns so meinten: "Wer Bulle sagt, schmeißt auch Steine und wer Steine schmeißt, schießt auf Polizisten" (so ähnlich wie: "Wer raucht, friß auch kleine Kinder"). Aber diejenigen die noch am meisten mit uns zu tun haben, nämlich die Polizisten, stellten selbst in der FAZ fest, daß mit scharfen Schüssen eben nicht zu rechnen war. Nicht zuletzt unsere Reaktionen, das krampfhaft Überlegen, was ist, wenn es einer von uns war, die Verunsicherung, die daraus resultierte, haben deutlich gemacht, daß es eben momentan in kleinster Weise bei uns angesagt ist, mit einer Knarre auf einer Demo rumzurennen.

Das ist die Schwierigkeit, die es in der Öffentlichkeit zu vermitteln gilt: Daß es keine direkte Linie von Steinen zur Pistole gibt, wir aber durchaus selbstkritisch bereit sind, unsere Vorgehensweisen zu überdenken, daß es ein Diskussionsprozeß ist, der bestimmt, wann etwas ins militärische umkippt, ohne politisch sinnvoll zu sein. In diesem Sinne waren auch die ersten Stellungnahmen abgefaßt. In ihnen wurden sowohl die Schüsse abgelehnt, als auch unmißverständlich klargemacht, daß wir uns unsere Widerstandsformen nicht nehmen lassen.

Als dritter, wichtiger Punkt wurde die Möglichkeit einer von staatlicher Seite aus gesteuerten Tat angesprochen. Wenn dem so war - wer wird es erfahren? Die Bundesanwaltschaft und die Polizei ermitteln, beides Stellen, die größtes Interesse daran haben, einen Autonomen als Täter zu präsentieren, egal was wirklich geschehen ist (es besteht ja auch die Möglichkeit einer Fascho - Aktion) erst recht dann, wenn das Celler Loch gründen hilft. Gerade wenn man sich fragt, wenn das Ganze nützt, kommt man ausschließlich zu diesem Ergebnis: Unsere grundsätzliche Ablehnung jedes Staates und das daraus resultierende Mißtrauen gegenüber amtlichen Bekanntmachungen muß sich dementsprechend in der Haltung zu den Gefangenen äußern. Daß es der Gegenseite hauptsächlich um etwas anderes geht, als um die Aufklärung der beiden Morde sieht man an den Menschen, die mittlerweile wg. 129/129a im Knast sitzen. U.a. wirft man ihnen Strommastensägeri vor. Gerade die Widerstandsform, die nach Tschernobyl noch am ehesten auf breitere Zustimmung stößt, gerät jetzt ins Kreuzfeuer staatlicher Verfolgung. Davon abgesehen: Es muß klar sein, daß auch wenn es irgendein Täter aus unseren Reihen war, der die Schüsse abgegeben hat, wir keine Strafe fordern, die dieser Staat hier bestimmt. Damit ist ein weiterer kritischer Punkt angesprochen: Die "libertäre Justiz". Regelverletzungen gegen unsere Normen gibt es nicht erst seit gestern. Aber wer urteilt darüber? In letzter Zeit erreichten uns einige Flugblätter und Berichte zu Vergewaltigungen in der Szene. Welche Konsequenzen werden gezogen? Schießen wir die Täter



völlig und für alle Zeiten aus unseren Kreisen aus? Selbst der bürgerliche Staat spricht nach außen hin von Resozialisierung, also von Wiedereingliederung in seine Gesellschaft. Klar, wir sind gegen Knäse und fordern Freiheit für alle Gefangenen, aber das löst nicht das Problem, daß in unseren Reihen Dinge passieren, die wir ablehnen und die wir nicht bereit sind hinzunehmen.

ZU DEN SONNTAGS-SPAZIERGÄNGEN

Bedingt durch den 2.11. sind Stimmen laut geworden, die den Sinn der Sonntagsspaziergänge in Zweifel ziehen, bzw. ihnen diesen völlig absprechen und als einzigen "Inhalt" ein ritualisiertes Militanzgehebe sehen wollen.

Dabei übersehen sie, daß an den meisten Sonntagen gar keine Aktionen laufen, daß wir ganz andere Gründe haben, sonntags raus zu gehen. Würde es nur um "Putz" gehen - es gäbe uns längst nicht mehr. So aber setzen sich die Spaziergänge fort, die sich nach der letzten Groß - Demo vor dem Bau der Startbahn (Bauplatzbesetzung, 30.1.82) als Protestform entwickelt haben. Sie fanden und finden statt, ungeachtet der Tatsache, daß 1984 die Startbahn eingeweiht wurde. Sie zeigen, daß Protest und Ablehnung eines Projektes auch dann noch weitergehen, wenn man vor vollendeten Tatsachen steht. Sie wirken damit ein Stück der Resignation und der Befriedung der Region entgegen. Die Befriedung wird von diversen Gruppen in Mörfelden - Weidorf wie z.B. der evangelischen Kirche mit Errichtung der Hattenkirche weit ab vom eigentlichen Ort des Geschehens betrieben, sie zeigt sich selbstverständlich an den Aussagen der Lokalpolitiker und nicht zuletzt ist die FAG mit großzügigen Geldspenden an Vereine bereit, ein gut nachbarschaftliches Verhältnis zu pflegen - bis zur nächsten Ausbaumaßnahme. Feinlicher Weise gibt es im Ort aber noch einige Querköpfe, die zusammen mit den "auswärtigen Chaoten" deutlich machen, daß sie sich davon nicht einfließen lassen. Ein Widerstand, der auch nach dem Bau eines Großprojektes weitergeht, ist eine Warnung an diejenigen, die meinen, daß wir uns nach unserer Niederlage resigniert zurückziehen. Gerade den Menschen, die sich bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn West vielleicht das erstmal mit Politik auseinandergesetzt haben und nun mit dem Gefühl "Ich kann ja doch nichts machen" ins Wahllokal rennen und die Grünen wählen, muß gezeigt werden, daß wir die Niederlage als Etappe und nicht als Endpunkt unseres politischen Handelns sehen. Die Absicht der Sonntagsspaziergänge, den politischen Preis für das Großprojekt in die Höhe zu treiben, zielt viel weiter, als bis zu dem eigenen Tellerrand. Anderen sozialen Bewegungen wird die Anregung gegeben, sich "nicht nach" Eingewöhnung/Inbetriebnahme von ... zurückziehen. Die Herrschenden

müssen bei ihren nächsten Schweinereien daran denken, daß eine ähnliche Situation bei jedem Projekt möglich ist, ein Ruhigstellen der Bevölkerung nicht mehr funktioniert.

Im Grunde ist die Bezeichnung "Startbahnbewegung" als solche falsch. Als erstes ist es eine Bewegung gegen die Flughafenverweiterung. Sieht man sich die Geschichte des Flughafens an, so stellt man fest, daß er immer weiter ausgedehnt wurde. Diese altbekannte Tatsache ist über die Jahre immer in den Köpfen der Spaziergängerinnen gewesen.

Sicher, andere aktuelle Themen überlagern oft die Flughafenproblematik. Aber gerade jetzt hat sich wieder einmal herausgestellt, daß der Frankfurter Flughafen nie fertig sein wird. Über 40 ha Wald werden für den Moloch Flughafen fallen. 40 ha hört sich erst mal wenig an. Dahinter steckt das Kalkül, die Pläne für größere Flächenausdehnungen für's erste in der Schublade liegen zu lassen und durch eine Salamiaktik den Flughafen Stück für Stück auszubauen, in der Hoffnung, daß sich dann daran niemand

Einmal, weil die Präsenz von Anarchistinnen und Autonomen, Naturschützerinnen und AKW - Gegnerinnen und anderen Gruppen Diskussionen über andere Themen provoziert. Zweitens hat die Geschichte der Startbahnbewegung für viele einen Prozeß eingeleitet, der nicht beim Naturschutz stehenblieb, sondern in ein Infragestellen des Staates und in ein Engagement bei anderen Dingen mündete. So haben sich Startbahngegnerinnen stark an den Demos in Wackersdorf beteiligt und zwar nicht als Individuen, sondern als Bewegung, als eine politische Kraft im Rhein - Main - Gebiet. Wir haben zusammen über den Weltwirtschaftspfeil diskutiert und sind auf dieser Grundlage gemeinsam nach Bonn gefahren, ebenso wie wir 1985 auf der 1. Mai - Demonstration im Revolutionären Block mitspaziert sind. Mit anderen Worten: Das Chaoteneck ist der Ort, wo wir über Politik reden, ist der Ort, an dem verschiedene politische Strömungen untereinander diskutieren, der Ort, an dem die einzelnen Städte des Rhein - Main - Gebietes zusammenkommen. Städteplänen sind in der Vergangenheit oft gescheitert.



stört. In dieser Situation war die noch bestehende Startbahnbewegung in der Lage, für den 300. Sonntagsspaziergang am 1.11.87 ca. 500 Menschen zu mobilisieren und eine Demonstration zu den gefährdeten Waldflächen durchzusetzen. Bestehende Strukturen konnten so effektiv genutzt werden. Die Geschichte der Startbahn zeigt außerdem, daß man bei Planungen, die den Flughafen betreffen, in wesentlich längeren Zeiträumen als in Fünf - Jahres - Plänen denken muß, es also notwendig ist, daß die Bewegung ein Auge darauf hat.

Sicher, es hat in der Vergangenheit lange Phasen gegeben, in denen trotz dieses Wissens die Auseinandersetzung mit dem Flughafen (Air Base, ökonomische Bedeutung für's System, Abschreibungen) nicht thematisiert wurden. Das hatte einfach seinen Grund darin, daß wir nicht im luftleeren Raum existieren, sondern die meisten von uns noch in anderen Zusammenhängen drin stecken und wir uns eben nicht als eine ausschließlich gegen den Flughafen ausgerichtete Bewegung verstehen. Wir würden damit auch hinter unsere eigene Entwicklung zurückfallen.

An der Startbahn jedoch hat man die Gewährung, Informationen sowohl von inhaltlich verschiedenen Gruppen als auch von Wiesbaden, Rüsselsheim, Darmstadt, Hanau, Frankfurt, Offenbach und Groß - Gerau zu bekommen. Es ist der einzige kontinuierliche Treff des Rhein - Main - Gebietes. Zwar entsteht dadurch das Problem, daß die Gegenseite uns dabei gut im Blickfeld hat, aber das ist die Schwierigkeit von allen festen Treffpunkten (s. Liberales Zentrum Frankfurt). Und: Weißhalb sollte man eine gewachsene Struktur einfach aufgeben, zumal es bis jetzt keine Alternative dazu gibt? Als letzter Aspekt sei der soziale genannt. Man macht halt nicht nur politisch was zusammen, sondern lernt sich auch kennen, verabredet sich, redet "einfach so" miteinander - ein kleines Stückchen wird damit auch die Trennung von privaten Freundschaften und politischen Gruppen aufgehoben.

Die Schüsse und die Folgen

Der vorausgegangene Artikel "Zum 2.11." mit dem Schwerpunkt Sonntagsspaziergänge und der nun folgende Artikel geben die Diskussionen der Frankfurter Redaktion der AKTION zum Thema "Startbahn" wieder.

In der Einleitung "Zum 2.11." und im folgenden Artikel kommt es zum Teil zu inhaltlichen Überschneidungen, da verschiedene Redaktionsmitglieder unsere Diskussion zusammenfaßten. Wir waren allerdings der Meinung, daß wir dies so stehen lassen können.



Der Erfolg der Hafenstraße, die Borschel-Affäre und die Schüsse an der Startbahn waren drei Punkte, die selbst in den bürgerlichen Medien inzwischen in Artikeln zusammen erwähnt werden.

Es geht um so grundlegende Dinge wie, wer darf in einer Gesellschaft Gewalt ausüben, die Frage der Moral und das Aufweichen des "Rechtsempfindens" in der Bevölkerung. Die Methoden des Staates als Reaktion hierauf sind vertuschen, Scheingefechte inszenieren, seine Gewalt und Macht zur Kontrolle der Bevölkerung durchsetzen.

Bei der Hafenstraße sind sie im Moment damit gescheitert. Aufgrund der großen Solidarität, des politischen und militanten Drucks auf den Senat, konnten die Häuser verteidigt werden.

auch wohl dem/r letzten klar, was es heißt, Gewalt und Macht in diesem Staat auszuüben. Das "Recht" gilt nicht für die Herrschenden, sondern für uns, die sie regieren und kontrollieren wollen. Und Strauß selbst hatte kürzlich angedeutet, man solle sich doch nicht so aufregen, die Kieler Affäre ist doch der Normalzustand der Republik. Die Schweinereien des Staates sollen also akzeptiert und unter den Teppich gekehrt werden.

Anhand der Startbahn läuft das inzwischen darauf hinaus, daß die Ermittlungen wegen der Schüsse nur den kleinsten Teil ihrer Repressionswelle ausmacht (ein Indiz mehr, daß sie die Schüsse selbst inszeniert haben). Diese Schüsse waren für den Staatsschutz nur ein Mittel um endlich unterstützt durch die Lügenpropaganda der gleichgeschalteten Presse gegen die Start-

Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schieyer sie hatte. Was für die Herrschenden zählt, ist die Aufrechterhaltung ihres Gewalt- und Ausbeutungapparates.

Eine weitere Spur wg. Counter-Aktion führt ins rechte Lager, aus dem zumindestens eine Person am 2.11.87 an der Startbahn gewesen sein soll.

Wenn wir es schaffen, diese Diskussion um eine Counter-Aktion in der Öffentlichkeit durchzusetzen, bringt es den Staatsschutz in Legitimationsschwierigkeiten die Repression weiter so durchzuführen, dies hilft auch den Gefangenen. Und wir können in dieser Diskussion unsere Inhalte, Ziele und Mittel ebenso genau bestimmen, indem wir klarmachen, daß es unsere Mitte und Ziele eben nicht sein können, wahllos Büten zu töten, sondern unsere Geschichte und unser Ziel der herrschaftsfreien Gesellschaft sehr große Verantwortung im Umgang mit Menschen zu beinhalten hat

bahnzone und die anarchistisch/autonome Bewegung im Rhein-Main-Gebiet vorgehen zu können. Endlich konnten sie wahllos Menschen verhaften, unter Druck setzen, die Computer flutern, um Angst vor ihrer "Allmächtigkeit" zu erzeugen und präventiv Aufstände im Vorfeld niederzuhalten.

In diesem Zusammenhang wollen wir darauf hinweisen, daß gerade auch weil sie sofort einen von uns als "Täter" präsentierten, wir uns völlig in die Diskussion verstrickten wir können uns vorstellen, einer von uns könnte geschossen haben.

Hieraus resultierten u.a. die zwei schwerwiegenden Fehler in der Sondernummer der AKTION zu den Startbahnschüssen, die wir nur noch durch eine auf die Rückseite geklebte Richtigstellung mildern konnten.

Sträflich vernachlässigt, zumindest in der öffentlichen Diskussion wurde die Ermittlung in Richtung Counter-Aktion, trotz der vielen Indizien und Hinweise. Dies wurde eher außerhalb des Rhein-Main-Gebiets diskutiert (siehe Erklärung in dieser AKTION).

Aufgrund der Erfahrungen der letzten 2.11.-Jahrestagen und der Mobilisierung zum 2.11.87 konnte sich der Staatsschutz mehr genau auf eine solche Aktion vorbereiten. Daß, wenn es ihnen nicht, sie auch über Leichen aus ihren Reihen gehen, ist wohl klar. Da ist es auch egal, ob Personen eine solche Stellung haben, wie der

Mit der Konstruktion einer kriminellen/terroristischen Vereinigung nach §129/§129a sollen jetzt die im Januar 1987 in Kraft getretenen Gesetze justizabel gemacht werden. Militante Aktionen gegen Strommasten, die gerade nach Tschernobyl sich flächenartig ausbreiteten, sollen gestoppt und kriminalisiert werden. Dies war wohl die populärste Aktionsform der Millicanten, bei der von Gewaltfreien bis tief in die Grünen hinein offene oder klammheimliche Sympathien dafür da waren. Die gleiche Kriminalisierung gilt auch für andere Aktionen gegen die staatliche bzw. kapitalistische Infrastruktur.

So geht es ihnen nicht so sehr um die konkreten Personen, denen sie versuchen, alles mögliche nun anzuhängen, sondern sie versuchen die Köpfe und Herzen der Menschen zu erreichen, die mit den Aktionen gegen ihre menschenverachtende Politik sympathisieren.

Distanzierung, Selbstzensur und Kriminalisierung heißt ihre Methode. Doch wird ihnen Dissonanz in ihr Lied geblasen. Die kritischen Äußerungen in Fernsehdiskussionen zur strukturellen Gewalt, soweit dies möglich war, die Leserbriefe in einigen Zeitungen (Spiegel: Der Schwarze Block sitzt in Bonn), überhaupt die Kontakte von Anarchistinnen und Autonomen in soziale Bewegungen und anderen gesellschaftlichen Gruppen scheinen doch nicht so isoliert und begrenzt zu sein, wie immer behauptet wurde.



Die Hafenstraße steht jetzt vor der schwierigen Aufgabe, einerseits die ständigen Nervereien und Angriffe von außen abzuwehren und andererseits den Anspruch vom kollektiven, herrschaftsfreien Zusammenleben weiter in die Praxis umzusetzen.

Nachdem nun auch die engsten Mitarbeiter des toten Burschel umgekippt sind und gegen ihn aussagen, wird

Daß eine Distanzierungshysterie wie damals 1977 zu den RAF-Aktionen konnte so nicht durchgesetzt werden. Auch die Sprachlosigkeit und Privatisierung der Szene wie damals bei der Schwarzen-Block-Repressionelle in Ffm konnte bis jetzt verhindert wer-

in den Erklärungen von anarchistischen und autonomen Gruppen wurde zwar darauf hingewiesen, daß diese Schüsse total falsch wären, aber es ging nie um ein Abchwören von der eigenen Geschichte und der Entwicklung der militanten Kämpfe. Im Gegenteil wurde darauf verwiesen, daß die Mittel im Verhältnis zum Ziel der herrschaftsfreien Gesellschaft stehen müssen und es auch immer auf die gesellschaftlichen Zustände ankommt, welche Mittel eingesetzt werden. Das entbindet uns aber nicht von der Pflicht, den Einsatz militanter Mittel kollektiv zu entscheiden und sie auch verbündet und für unsere MitkämpferInnen berechenbar einzusetzen.

„Die Pflicht jedes Revolutionärs ist es, die Revolution durchzuführen.“

Ebenso hat es sich als richtig erwiesen, daß die Erklärungen so schnell als möglich an die Öffentlichkeit kamen, trotz ihrer inhaltlichen Beschränkung, z.B. gingen wir bei der Stellungnahme des Libertären Zentrums von der jetzigen Situation aus, in der nicht über Leichen gegangen werden darf bzw. auch in einer sozialrevolutionären Situation nicht wahllos mit Menschenleben gespielt werden darf.

Es war wichtig, nach dem 2.11. nicht abzutauchen und in den Kleingruppen vor sich hinduzuklammern, sondern eine offensive Gegenkampagne zu starten und zumindest tendenzielle Erklärungen und Diskussionen nach außen zu tragen. Gerade so war eine Auseinandersetzung innerhalb der anarchistisch/autonomen Bewegung sowie die Diskussion mit der Bevölkerung und die Konfrontation mit unseren Gegnern möglich.

Die Strategie der Gegenseite war klar: Hetze gegen "Autonome" unter Ausnutzung des Informationsmonopols der bürgerlichen Medien und Desinformation durch die Bundesanwaltschaft sowie Repression gegen bekannte StartbahngegnerInnen.

Um dieses Kräfteverhältnis aufzubrechen und da die Gleichschaltung der Presse in den ersten Tagen noch nicht ganz durchgesetzt werden konnte, kam in der Szene die Pressediskussion auf. Gerade weil diese auch immer wieder an bekannten Orten und bei Personen nachfragte. Ein Teil von uns entschied sich für das Nutzen dieser Möglichkeit der Öffentlichkeitsarbeit, weil unsere Erklärungen dadurch aktuell waren, eine große Verbreitung fanden und durch plakative Formulierungen Gegenpositionen sichtbar gemacht werden konnten.

Der andere Teil lehnte dies prinzipiell ab, weil unsere Inhalte über diese Medien nicht rüberkämen und umgedreht wurden. Dies war wohl auch nach zwei, drei Tagen der Fall als die Gleichschaltung der Presse griff (zur taz-Debatte siehe Doku-Teil dieser AKTION).

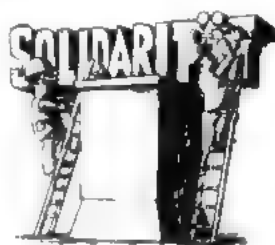
Gleichzeitig kamen unsere Infokanäle in Gang. Veranstaltungen, Treffen und Flugblätter wurden gemacht. Nach dem Motto: Angriff ist die beste Verteidigung veranstalten wir ein Fest im Libertären Zentrum gegen die Repression, da in den ersten Tagen nicht klar war, (am 4.11. war das LZ wegen Durchsuchung bis spät in den Abend besetzt) inwieweit sie das LZ für uns nicht nutzbar halten wollen. Denn das LZ ist seit zwei Jahren eine ständige Provokation für sie, ein öffentlicher Anlaufpunkt der anarchistisch/autonomen Bewegung, der sich somit auch bewußt Repressalien aussetzt. Doch gibt es eine Nutzen-Schaden-Kalkulation der Konspirativität und mit dem LZ haben wir uns für den Vorrang der Öffentlichkeitsarbeit entschieden.

Inzwischen sitzen für uns vier Menschen als Geiseln der anarchistisch/autonomen Bewegung in den Knästen. Sie sind mit uns den politischen Weg gemeinsam gegangen und unabhängig von den konkreten Vorwürfen durch die Bundesanwaltschaft, haben wir die soziale und politische Verantwortung ihnen gegenüber.

Es ist nicht hinnehmbar, daß versucht wird an ihnen ein Exempel der Staatsgewalt zu inszenieren. Durch eine breite Solidaritätsbewegung zu den Gefangenen und durch eine öffentliche, politische Gegenkampagne zur Durchkreuzung ihrer Absichten, könnte ein Klima für ihre Freilassung geschaffen werden bzw. gibt es für die Gefangenen einen Sinn im Knast zu sitzen? Die

Ausweitung der Bewegung und des Widerstandes in immer breiter Kreise der Bevölkerung hin zur sozialen Revolution.

Schon kommen in der Vermummungsadiskussion die Argumente von SPD-Politikern, die neuen Gesetzesverschärfungen beim Demonstrationsstrafrecht träfen denn auch beherrschte Stahl- und Bergarbeiter mit von Kohlestaub geschwärzten Gesichtern. Natürlich trifft es diese auch, wenn sie sich nicht mehr länger ruhig verhalten. Sie aber versuchen eine künstliche Trennung zwischen ArbeiterInnen und AnarchistInnen/Autonomie zu konstruieren. Die gibt es nicht. Stahlarbeiter O-Ton FAZ 9.12. 87 'Wer wind sät, wird Sturm ernten. Wenn wir richtig loslegen, dann sind die Demonstranten von der Hafenstraße noch liebe Jungs gegen uns.' Wir kämpfen zwar an verschiedenen Brennpunkten, doch die Ursache, der unmenschliche Kapitalismus, ist die gleiche.



Um so wichtiger ist, daß wir als anarchistisch/autonome Bewegung öffentlich ansprechbar bleiben, z.B. über unsere Zentren und Infokanäle, daß wir unseren Freundes- und Bekanntenkreisen und in Schule, Uni und bei der Arbeit unsere Inhalte darstellen und erklären, damit überhaupt eine Diskussionsbasis vorhanden ist. Denn 99,9% unserer Lebens reannen wir eben nicht mit der Haßkappe durch die Gegend und in dieser Zeit muß unser zentraler Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung stattfinden.

Alan erobern wir uns den Alltag zurück!

DIE REDAKTION

AKTION VOM HLKA

Am 15.12.87 wurde Peter zur Vernehmung durch die Bundesanwaltschaft ins Hess. Landeskriminalamt zitiert. Da er beim letzten Termin auf Einzelfragen nicht antwortete und daraufhin ein Ordnungsgeld von 400,- DM beantragt war (dies bezieht sich auf eine

oder mehrere konkrete Fragen), wurde ihm Ordnungshaft (max 6 Wochen) angedroht. Damit er nicht allein hingehen mußte, drückten etwa 40 Menschen ihre Solidarität zu Peter vor dem HLKA aus. Die Bullen ließen ein Transparent vom Stacheldrahtzaun und drängten die Leute nach der Aufforderung sich aufzulösen ab. Aber kurze Zeit später war Peter schon wieder draußen. Da er wie beim letzten

Termin weiterhin darauf beharrte keine Aussagen zum Gesamtkomplex Startbahn zu machen, wurden weiterhin Drohungen gegen ihn ausgesprochen u.a. Beugehaft (max. 6 Monate), aber ein neuer Termin wurde ihm nicht genannt.

**KEINE AUSSAGEN
KEINE BEUGEHAFT
SOLIDARITÄT MIT DER STARTBAHN-
BEWEGUNG**





Nachfolgendes Interview ist dem Buch "Philosophie der Befreiung" von Raul Fornet Betancourt, Frankfurt am Main 1983, entnommen. Der französische Originaltext erschien erstmalig 1982 in der Zeitschrift Concordia. Übersetzung Ursula Konnetz. Das Interview wurde am 1. 1. 1978 in Satres für seine Wohnung von R. Fornet und A. Gomez geführt.

Frage: Sie haben sich offenbar als einen Anarchisten bezeichnet, d. h. als Anhänger einer machtfreien Gesellschaft, auch scheint der eigentliche Sinn dieser Erklärung nicht ganz verstanden worden zu sein. Können Sie Ihre Gedanken zu diesem Thema näher verdeutlichen?

Satre: Ich habe mich als einen Anarchisten bezeichnet, weil ich das Wort Anarchie in einer etymologischen Bedeutung benutze, also als eine Gesellschaft ohne Macht, ohne Staat. Der etymologische Anarchismus hat nie versucht, eine solche Gesellschaft zu errichten. Die anarchistische Bewegung hat versucht, eine Gesellschaft aufzubauen, die zu Individualität ist. Was aber heißt das, eine Gesellschaft, in der es keine Macht mehr gibt?

Wir müssen das Problem unter drei verschiedenen Aspekten betrachten:

1. Zunächst muß untersucht werden, welche Gesellschaften sich überhaupt ohne Macht aufbauen läßt, oder zumindest ohne jegliche Staatsmacht.

2. Wir müssen verstehen, daß wir unendlich weit von einer solchen Gesellschaft entfernt sind, es gibt Formen der Macht, die als kollektive, juristische überall existieren und die auf jeden einzelnen Menschen Druck ausüben.

Der Sinn einer anarchistischen Gesellschaft liegt darin, daß in ihr kein Mensch irgendeine Macht über einen anderen Menschen ausüben kann. Die Frage nach der Macht auf der Welt bestehenden Gesellschaften wird der Macht als Objekt der Macht der Herrschaft dagegen als Zweck behandelt. Im Moment handelt es sich nur darum Gruppen zu gründen, die ohne überhöhten Machtstrukturen zu leben und zu denken zu suchen beginnen, die für eine Macht zum Nachdenken zu werden, in zwar Macht über die Dinge besitzen, jedoch niemals über Menschen. Doch werden wieder wir selbst, noch unsere Kinder als Verwalter der Sprache angesehen, was nicht ganz es unseren Urkeim.

Es geht also darum, zu wissen, wie ein Anarchist jetzt leben muß. In diesem Sinne ist die Anarchie für mich ein moralisches Leben. (Bei dieser Gelegenheit möchte ich hinzufügen, daß ich nur Bücher geschrieben habe, in denen es um die Frage der Moral geht.)

Der Anarchist stellt sich also die Frage: Wie kann man in einer Gesellschaft, in der es Macht gibt, leben? Man muß versuchen, sich soweit als irgend möglich jeder sozialen Macht zu entziehen, und man muß jegliche Form von Machtausübung, die wir

in unserem eigenen Handeln aufdecken können, in Frage stellen. Das ist nicht leicht, und es ist notwendig, soviel wie möglich mit anderen zusammenzuarbeiten.



3. Man muß Gemeinschaften aufbauen, in denen man so frei wie möglich leben kann - wie Anarchisten eben zu leben wünschen. Gemeinschaften von 25 bzw. 50 oder 10 bzw. 30 Personen, die miteinander authentische, völlig autonome Beziehungen verknüpfen, Gemeinschaften, die auf Liebe beruhen, jedoch nicht notwendigerweise auf der sexuellen, sondern vielmehr auf der kindes- oder Mutterliebe, der Liebe zwischen zwei Gefährten in der Einnahme auf eine Liebe basieren. Die Beziehungen der Personen untereinander gründen. Diese Gemeinschaften können jedoch nicht vollständig anarchistisch sein, da Polizei, Armee und Gesetze des Staates, in dem sie sich befinden werden, weiterhin bestehen bleiben zu darüber wachen werden, daß der Staat respektiert wird.

In Deutschland in Frankreich existieren keine Gesellschaften des Typs, in dem Menschen zusammen treten, zusammen arbeiten und sich frei untereinander leben. Sie bilden eine magische Grenze für eine anarchistische Bewegung, die es heute noch nicht gibt, die kein Partei sein wird und nur die Beziehung zwischen Macht und Handeln vollständig verschaffen wird. Wir müssen heute in der Tat der zusätzlichen Parteien existierenden Beziehungen. Die anarchistische Aktion versucht, keine Parteien sondern eine ganz freie, offene Struktur. Macht ist aber in denen zwar einige vielleicht mehr als andere über besitzen. Frage reflektieren, die Entscheidungen aber sozial sein müssen, in der gesellschaftliche gemeinsam getroffen werden.

In Augenblick muß es um darum gehen, Möglichkeiten zu schaffen, damit Menschen frei leben können und zwar mit anderen zusammen, da man schließlich nicht allein frei sein kann. Jeder sollte für jeden einen seiner Gefährten so durchschaffen wie möglich sein. Macht aufzugeben bedeutet nichts anderes, es sich der totalen Transparenz zu nähern.

Frage: Was verstehen Sie unter Transparenz?

Satre: Transparenz ist ein Synonym für Liebe, sie ist die vollständige, bewußte Kenntnis vom Denken und Handeln des Menschen, der an unserer Seite lebt. Der Blick wird Transparenz erreichen können, d. h. eine Person bis in ihr Innerstes durchdringen, ja sehen, was in ihrem Bewußtsein vor sich geht. Der Blick würde wechselseitigkeit voraussetzen und damit die Überschreitung der Trennung der einzelnen Bewußtseine.

Die Transparenz impliziert den Kampf gegen jede Macht, das Leben in einer Gemeinschaft der maximalen Beziehungen, so wie ich sie ins Auge fassen, all das hat schon mit Moral zu tun, ist Teil einer Moral. Das einzige Ziel, das jeder haben muß, ist der Mensch selbst, was nichts anderes heißt, als: Der Mensch ist noch nicht Mensch, wir müssen uns ganz langsam in Menschen verwandeln. Der Mensch ist für den Menschen ein anderes Ziel.

Der empfindet heute:



Die Sache ist, daß der Mensch ist das Absolute?

Satre: Der Mensch ist nicht das Absolute, sondern vielmehr sein absoluter Zweck, in Menschen heißt Satre: Der Mensch muß sich selbst, das sein tiefstes Geheimnis eben dieses stiftet (und dieses) ist.

Frage: Bedeutet das, daß die Freiheit des Menschen immer ein moralischer Freiheitsakt, die Freiheit also den höchsten Wert darstellt?

Satre: Die Freiheit ist sich ist kein Wert, doch wählt sie das, was sie als Wert bestimmt. Sie ist gewertet. Die Freiheit ist kein Wert, sie ist mehr als ein Wert.

Frage: Wie ist diese Behauptung, die Freiheit ist der höchste Wert, Wirklichkeit zu verstehen?

Satre: Im Sinne einer transzendentalen Wirklichkeit, in der die Wirklichkeit, die wir in der Welt haben, als Ursprung und als Ziel, der Mensch, das das Produkt der Gesellschaft sein und gleichzeitig eine freie Wirklichkeit.

Frage: Was bedeutet, von dieser Vision von Freiheit ausgehend Macht, verstanden als Negation der Freiheit?

Satre: Macht ist eine der wesentlichen Formen des Bösen.

Frage: Wie werden Sie heute Ihre Moral bestimmen?

Satre: Sie werden mit Moral der Hoffnung, daß die Hoffnung ein Wert ist. Im Hinblick darauf, daß die anarchistische Gesellschaft nicht schon morgen Wirklichkeit sein wird.

Frage: Aber wie ist das mit Ihrer Behauptung in Einklang zu bringen, daß die Geschichte absurd ist?

Sartre: Die Geschichte ist nicht absurd, ich denke das nicht. Ich habe es zwar sagen können, aber ich hatte nicht genügend darüber nachgedacht. Sie hat einen Sinn, und den kann man nur dann sehen, wenn man betrachtet, wie die Gesellschaft geworden ist. Es gibt einen Fortschritt vom römischen Zeitalter bis heute. Das Auftreten von Christus z. B.

hat das subjektive Leben als ein wesentliches Element des christlichen Denkens hervorgebracht.

Vor dem Christentum gab es kein subjektives Leben. Mit I. II. und durch dieses subjektive Leben versucht der Mensch, seine Objektivität zurückzugewinnen, d. h. daß jeder Mensch versucht, sich als Individuum Subjektivität und Objektivität zu begreifen, zu ergreifen, während vorher Subjektivität und Objektivität getrennt waren.

Wir müssen in Momenten, das menschliche Sein von zwei Seiten erklären, wobei keine der beiden die jeweils andere beherrschen darf. Beide drücken jeweils die gleiche Situation aus (tatsächlich gibt es phänomenologischen Sinn verstanden).

Frage: Wie würden Sie heute Ihre Behauptung verstehen, daß der Mensch eine 'nutzlose Leidenschaft' ist?

Sartre: Der Mensch als 'nutzlose Leidenschaft' ist eine für viele wahr bleibende Wirklichkeit, doch zeigt sich in der Vorbereitung einer Handlung ein Versuch, sie verschwinden zu lassen.

In anderen ist die Beziehung zwischen Leidenschaft und Handeln eine der Begründungen einer Moral.

Frage: Gibt es eine Beziehung zwischen dem ontologischen Ideal von 'Das Sein und das Nichts' und dem moralischen Ideal (eine anarchistische Gesellschaft)?

Sartre: Das ontologische (Ontologie - die Lehre vom Sein - d.R.) Ideal war falsch. Es gab keine mögliche Synthese zwischen An-sich und Für-sich, doch nun ist vielmehr die Synthese von Subjektivität und Objektivität zu suchen, da die Objektivität des Menschen nicht die gleiche wie die der Objekte ist.

Frage: Glauben Sie, daß die Erfassung der Endlichkeit die menschlichen Beziehungen entscheidend beeinflußt?

Sartre: Ja, sicherlich, aber ich habe mich mit diesem Problem noch nicht näher befaßt. Heute denke ich das Problem der menschlichen Beziehungen ausgehend von dem, was ich mit Dyade bezeichne, die mein ursprüngliches Verhältnis mit dem Anderen und des Anderen mit mir bedeutet. Das setzt eine Reziprozität voraus, da wir nun einmal nicht einfach zwei sind in der Art, wie man aus von zwei Tassen sagt, sie ist eine wechselseitige Beziehung, man ist nur ursprünglich Dyade.

Frage: Leitet die Dyade sich aus einer Erfahrung mystischer Art her?

Sartre: Nein, die Dyade gehört nicht in den Bereich der Mystik, sondern vielmehr der Rationalität. Alles, was ist, ist vernünftig - in diesem Sinne

ist sie Teil eines, durch Grundbegriffe definierten, Ganzen, das man die Wirklichkeit nennt.

(An einigen Stellen im Text benutzte Begriffe wird deutlich, welche Schwierigkeiten die Übersetzerin beim Übersetzen hatte. Ein philosophischer Text ist nicht gerade ein der einfachste Lesarten. - d.S.)

Startbahnbenefizfest in Darmstadt

Am Samstag, den 9.1.88 veranstaltet der Infaden Wirtschaftswunder ein Benefizfest zugunsten der Gefangenen und Verfolgten aus der Startbahnbewegung. Das Fest wird ab 17 Uhr in der Bessinger Knabenschule (Turnhalle, Ludwigshofstraße in Darmstadt stattfindend). Zwischen 17 und 20 Uhr wird es an Informationsständen bei Kaffee und Kuchen Gelegenheit zu Diskussionen geben. Ab 20 Uhr wird dann eine Rockgruppe spielen. Zum Ausklang gibt es Musik aus der Dose. Zwischen 21 und 22 Uhr wird es auch noch einige Überraschungen geben. Der Erlös des Benefizfestes geht zugunsten des Rechtschilffonds der Danten Hilfe Darmstadt.

Kontakt:
Infaden Wirtschaftswunder
Lautenschlagerstr. 24
6100 Darmstadt



Unvollständige Bankleitzahl

In AKTION Nr. 30 veröffentlichten wir die Kontonummer des Infaden "Rechtsinfo", Ahlen. Die Bankleitzahl war leider unvollständig - Sorry (weil ihr das Postgiroamt auf dem Überweisungsschein richtig benannt habt, kam eure Kohle trotzdem an). Hier das vollständige Konto:
Konto-Nr. 48940 468, BLZ. 440 100 46, Postgiroamt Dortmund, Thomas Palmke.



Volkszählung.

10 Minuten, die uns helfen
Sie im Griff zu behalten

von Egon Hölder - Lehrer des Sozialistischen Bundesstudiums

Heiner Geißler im Hörsaal VI der Frankfurter Uni

Als die ersten Plakate des RCDS zu diesem Fest erschienen, Heiner wollte mit uns den Tag der Menschenrechte feiern, ging es wie ein Lauffeuer durch die Stadt. Endlich wieder ein Fest wie damals als Alfred Dregger mit uns zusammen feierte.

So veranstalteten etwa 700 begeisterte Anhänger ein Leinwand-Spektakel: Teller fliegen, Tröten, Fanfaren, lautstark Sprechchöre, Luftschlangen, Luftkissen, fliegende Klopapierrollen und Füllhornen, Lieger, anseher und rechtege Eier haben Heiner dankte im Empfang und erinnerte uns daran, daß es in anderen Ländern nicht möglich sei. Wir bedankten uns daher artig. In einem der "freiesten" Demokratien leben zu können. Als gegen Ende Heiner noch ein paar aufmunternde Worte zum Thema Abtreibungen fand konnten sich diese nicht mehr halten und stürzten über die Barke nach vorne um besser seine Worte verstehen zu können.

Doch der energische Zivilschutz mit Schildern und versteckter Knarren hinderte Heiner daran, mit uns enger in Kontakt zu kommen. So lächelte er noch kurz uns zu und mit unseren trauernden Rufen verabschiedete er sich von uns, versprach aber wieder zurückzukommen.

Der finale





kurz & schmerzhaft
kurz & schmerzhaft
kurz & schmerzhaft



Subversive
 "Ich will Land" "Ich will Arbeit" "Ich will Gesundheit"
 "Ich will 'ne Wohnung" "Ich will Leben"

TIDPO, 9 de octubre de 1987

karikatur aus einer hondurenschen Zeitung vom 9. Oktober. In Honduras wurden auch im Oktober Campesinos verhaftet und gefoltert, um Aussagen über eine angebliche Zusammenarbeit mit Untergrundorganisationen zu erzwingen. Selbstverständlich werden das Menschenrechtskomitee, Gewerkschaften und selbst die katholische Kirche von der Militärregierung subversiver Aktivitäten beschuldigt. (ides, November 1987)

Regierung mordet

November 1987. El Salvador (des Trotz dem Friedensvertrag der fünf mittelamerikanischen Länder vom Sommer 1987 hat die Regierung El Salvadors auch weiterhin täglich drei Menschen ermordet oder verschwinden lassen. Einer von ihnen ist Anaya Sanabria, Koordinator der regierungsunabhängigen Menschenrechtsorganisation El Salvadors. Seine Ermordung wird mit einer Fernsehdiskussion mit Regierungsvertretern in Verbindung gebracht, in der er Beweise für den Mineneinsatz seitens der Armee gegen die Zivilbevölkerung vorlegte. Die Reagan-Regierung bewilligte im Herbst 'dennoch' einen Zusatzaushalt über 9,5 Mio US-Dollar Polizeihilfe für El Salvador u. a. Gewehre mit Zielfernrohren.

Deutsch-türkische Zeitung

Aus Gummersbach (Anares Medien. Mühle 28, 5270 GM 31) erreichte uns die AKTION DIREKT - DOCLUDAN EYLEM, eine zweisprachige anarchistische Zeitung. Irgendwann im Herbst 1987 erschien die Nummer Zwei und kostet 2,- DM. Ihrem Untertitel "Zeitung für Literatur und Romantik" wird sie zur bedingt gerecht: Literatur und "anarchistische" Prosa ja, für Romantik ist das Leben - leider - nicht immer romantisch genug. In Inhalt und Layout versuchen die ZeitungsmacherInnen avantgardistische Ausdrucksformen zu nutzen - was ihnen auch gelingt.

Gegenmedienmesse

EUROPA GEGEN DEN STROM lautet das Motto einer internationalen Gegenmedienmesse vom 27. - 29. 5. f. 1988 in Amsterdam (Beurs van Belfrage, Galerie W139). Schon jetzt gibt es trotz Zensur, trotz Zolkontrolle, trotz finanzieller Einschränkungen einen Austausch kultureller "Produkte" (Poster, Bücher, Videos usw.). Dieser Austausch soll mit der Messe noch weiter stimuliert werden. "Auch so, sie ein Stimulanz sein für den Ort, das Land in dem sie stattfindet - dieses Jahr in Amsterdam, nächstes Jahr..."
 "Die Messe negiert Grenzlinien", egalich Art. (Kontakt, Buchaden Het Fort van Sakoo, Jodenbreestraat, 24, NL-1011 NK Amsterdam, Tel. 020-25 89 79)

"Naziware"

Mailboxen sind stinknormale Computer, die an die Telefonleitung der Post angeschlossen sind und von anderen Computerbenutzern mittels eines Akustikopplers angerufen werden können. Das Problem ist, daß ein Benutzer mit fremdem Kundenamen ins Programm kommen und dort Daten ablegen kann, ohne erkannt zu werden. Auf diese Weise schmuggeln seit einiger Zeit Neonazis rechtsradikale Computerspiele auf die Monitore der "mailbox"-Benutzer. In "Hitler Diktator" oder "Anti Türkentest" wird z. B.

mit "Heizjuden" gespielt, bei "Casti Wolfenstein" handelt es sich um ein abgewandeltes Kriegsspiel. Der Spieler ist KZ Wächter und hat den Ausdruck von Volksfeinden zu verhindern. Die Programme können zwar gelöscht werden, tauchen aber oft an anderer Stelle in der Mailbox wieder auf aus "links", Nr. 210)



L. Mai-Doku (Berlin)

Die Leute vom Knast-Info-Telefon haben eine 56-seitige Doku zusammengestellt über die Folgen vom 1. Mai und f., also Knast, Prozesse etc. Kostenpunkt 3,-DM + Porto. Bestellungen an folgende Adresse
 Knast-Info-Telefon
 c/o Babyonia
 Clivrystr. 26
 1000 Berlin 30
 Konto:
 Christian Ernst
 Nr. 6400 14984
 Sparkasse
 BLZ 100 500 00
 Die Doku soll der Anfang für ein Informationsaustausch mit anderen Städten sein.

ANARCHISTISCHE BEWEGUNG IN RUSSLAND TEIL III 1917 - 1921

Die Ukraine umfaßt ein Gebiet von 550.000 km². In dem 1920 ca. 30 Mio. Menschen lebten. Das Gebiet, in dem die Machnotschna hauptsächlich Fuß gefaßt hatte, war ein sogenannter "Rayon", der eine Größe von ca. 70.000 km² hatte mit insgesamt 7 Mio. Einwohnern. Das Zentrum war die Stadt Gulaj - Pole mit 30.000 Einwohnern. Sie war agrarisch geprägt mit nur wenigen Industrie- und Handwerksbetrieben.

Die Ukraine besitzt sehr fruchtbare Böden. Die Tschernoseme oder Schwarzerden. Deshalb mußten die ansässigen Bauern durch die Jahrhunderte die Ukraine sehr oft gegen diverse Gegner verteidigen, die nur zu gern die "Kornkammer Europas" unter ihren Einfluß gebracht hätten. Das gelang letztendlich dem Zaren von Rußland. Aber die Bevölkerung blieb von den Erfahrungen der Kämpfe geprägt und bewahrte sich so eine gewisse Eigenständigkeit und die Tradition des Widerstandes. Diese Unabhängigkeit zeigte sich auch in der Russischen Revolution.

Die Bolschewiki waren in der Ukraine nur sehr schwach vertreten und hatten einen dementsprechend geringen Einfluß auf die Bauernmassen und die wenigen Arbeiter. Während der Februarrevolution 1917 übernahm die nationale Bourgeoisie der Ukraine, die Petljurowschna, so benannt nach ihrem Anführer Petljura, die Regierung und entmachtete den Adel. Im November 1917 wurde dann die unabhängige ukrainische Republik ausgerufen. Die Bolschewiki gingen militärisch gegen diese Abspaltung vor. Während der gleichen Zeit wurden aber auch schon die ersten Sowjets gegründet, teilweise Großbauern enteignet und vereinzelt die Fabrikleitung von Sowjets übernommen. Die Rate waren unabhängig von den Bolschewiki oder sonstigen Parteien.

Für die Bolschewiki war nach dem Frieden von Brest - Litowsk das Problem der Petljurowschna nicht mehr vorhanden. Sie hatten die Ukraine an die Mittelmächte (Österreich-Deutschland) abgetreten. Diese nutzten das weidlich aus, um in einem riesigen Ausmaß Lebensmittel zu requirieren. Die wirtschaftliche Ausbeutung wurde durch Besatzertruppen militärisch durchgesetzt und politisch durch die Restauration der ursprünglich bestimmenden Kräfte, d.h. Adel und Großgrundbesitzer, abgesichert. Als Regierungschef wurde der Hetman Skoropadski eingesetzt, der vollkommen von den Besatzern abhängig war.

So wurde die bürgerliche Republik rückgängig gemacht, genauso wie die Ansätze revolutionärer Errungenschaften der Bauern. Den Bauern wurden die Produkte beschlagnahmt und bei Widerstand mit entsprechenden Repressionen (Erschießungen, niedergebrannte Dörfer, etc.) gegen sie vorgegangen. Unter diesen Bedingungen

entstanden spontane Bauernaufstände. Sie waren nicht allein in der Besetzung des Landes begründet, da ja auch zur Zeit der Petljurowschna versucht wurde, eine soziale Revolution durchzuführen. Die Repressionen und das Wiedereinsetzen der Reaktion beschleunigten aber das Entstehen einer bäuerischen Freischärlerbewegung. Eine der Partisanenabteilungen im Süden der Ukraine stand unter der Leitung von Nestor Machno, einem Bauernsohn, der sich seit 1905 als Anarcho - Kommunist bezeichnete. 1908 - 1917 saß er in einem moskauer Gefängnis und nutzte diese Zeit, um seine theoretische Bildung nachzuholen, die ihm bis dahin versagt geblieben war. Im Zuge der Februarrevolution wurde er freigelassen und kehrte nach Gulaj - Pole zurück, wo er Vorsitzender des neu gegründeten Arbeiter- und Bauernsowjets wurde.



Machno erhielt von einem Revolutionskommando in Gulaj - Pole den Auftrag, Bauern- und Arbeitertruppen zum Kampf gegen die Besetzung zu organisieren. Das geschah, aber anfangs war ihnen kein militärischer Erfolg beschieden. Im Juni 1918 reiste Machno nach Moskau, um mit einigen Anarchisten über die weitere Vorgehensweise zu reden. Aber die moskauer Anarchisten erkannten nicht die Tragweite der revolutionären Erhebung in der Ukraine und nahmen ihn, bis auf Volin, der sich später der Machno - Bewegung anschloß, nicht ernst. Machno hatte noch ein Gespräch mit Kropotkin und eines mit Lenin. Dessen Tenor war, die Zukunft solle über die bessere Konzeption entscheiden und die Bolschewiki und die Machnotschna sollten sich gegenseitig dulden. Durch diese Aussagen Lenins zumindest in eine Richtung optimistisch gestimmt, kehrte Machno im Juli 1918 in die Ukraine zurück.

Dort ging die Verunsicherung durch die Freischärlertruppen weiter: Kleine Gruppen von 20 - 50 Mann, deren Vorgehensweise von ihrer großen Beweglichkeit und Ortskenntnis bestimmt war, griffen sowohl feindliche Truppen als auch Großgrundbesitzer an. Die

Offiziere der Gegner wurden umgebracht, die gefangenen Mannschaften hingegen freigelassen. Bei einem solchen Verhalten stand die Machnotschna oft mehrmals denselben Truppen gegenüber. Trotzdem erzielte die Freischärlere Erfolge, die Bewegung wuchs und mit ihr die befreiten Gebiete. Das war nur durch die enge Zusammenarbeit mit den Bauern möglich. Teilweise handelte es sich dabei um eine "Feierabendguerilla", bei der die Bauern tagsüber arbeiteten und sich nachts zu Aktionen zusammenfanden. Die verschiedenen Gruppen nahmen Kontakt mit Machno auf und stellten sich mit der Zeit unter sein Oberkommando, da sie die Notwendigkeit der Koordination der einzelnen Gruppen sahen und meinten, daß Machno der geschickteste Koordinator dafür wäre.

Innerhalb der Aufständischen Armee bestanden die Prinzipien der Freiwilligkeit, die Wählbarkeit des Obersten Kriegsrates und der Gruppenführer auf Zeit und das Verbot von Plünderungen. Schließlich zogen sich Ende 1918 die fremden Truppen aus der Ukraine zurück. Ohne sie konnte sich der Hetman nicht mehr an der Macht halten und flüchtete nach Deutschland.

Doch die Machnotschna konnte ihre begonnene Aufbauarbeit nicht ungestört ausweiten und fortsetzen. In der Petljurowschna existierte noch eine zweite politische Kraft. Vor allem im Westen und Nordwesten spielte sie die Rolle des nationalen Befreiers unter liberal - bürgerlichen Zielsetzungen. Petljura versuchte ein Bündnis mit der Machnotschna einzugehen, was aber von dieser unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ziele abgelehnt wurde.



Zusätzlich zu diesen beiden Gruppen kehrten die Bolschewiki in die Ukraine zurück. Sie bekämpften ebenfalls die Petljurowschna und boten Machno sogar den Befehl über ihre Einheiten an. Er nahm an. Das geschah unter der Voraussetzung des gemeinsamen Ziels und des friedlichen Wettbewerbs unter Genossen, die unterschiedliche Vorstellungen über die Revolution hatten.

Nach wenigen Wochen waren die Petljurowschna militärisch besiegt. Nach dem Sieg zogen sich die bolschewistischen Truppen vorübergehend aus der Ukraine zurück.

Denikin, ein zaristischer General, nahm eine Schwächung der Machnotschina durch die durchgestandenen Kämpfe an und versuchte im Januar 1919 von Südosten her kommend, sich am Gouvernement Jekaterinostaw festzusetzen. Doch das mißlang und die Machnotschina konnte ihn zurück-schlagen und die Front gegen ihn festigen. Der Kampf gegen Denikin dauerte über ein halbes Jahr, bis der General im Herbst 1919 endgültig vertrieben wurde. Während der ersten drei Monate mußten die Machnotschina alleine kämpfen, da die Bolschewiki erst wieder anrückten, als Denikin vorübergehend aus der Ukraine vertrieben war. Die Machnotschina und die Bolschewiki trafen ein Abkommen zur militärischen Zusammenarbeit, da absehbar war, daß Denikin nochmals angreifen würde. Bis zu diesem Zeitpunkt wurde die Machnotschina in der bolschewistischen Presse als revolutionär dargestellt. Die Entwicklung der sozialen Revolution ging weiter, so gut das unter der drohenden Gefahr eines Angriffs von Denikin möglich war. Die Bolschewiki konnten sich dabei Ideologisch nicht festsetzen. Da die Bauern und Arbeiter begannen, sich selbst zu organisieren, war nicht einsichtig, welche Vorteile eine Partei brachte. Dort, wo die Bolschewiki trotzdem versuchten, ihre Institutionen aufzubauen, wurden sie ignoriert und teilweise von der Bevölkerung angegriffen.

Als sie feststellten, daß sie im friedlichen Wettstreit zwischen Genossen unterlagen, änderten sie ihr Verhalten. Sie begannen, die Machnotschina als Konterrevolutionäre und Großbauernbewegung darzustellen. Weiterhin wurde die im Militärabkommen zugesagte Versorgung mit Munition und Lebensmitteln stark eingeschränkt und die Zufahrtswege in die Ukraine blockiert, so daß Revolutionäre aus anderen Teilen Rußlands nur sehr schwer zu der Aufständischen Armee gelangen konnten.

In dieser Phase wurde der dritte Rayonkongreß am 10.4.1919 einberufen. Gegen Ende des Kongresses traf ein Telegramm des Divisionschefs der Roten Armee Dybenko ein, der der Kongreß für konterrevolutionär erklärte. Auf den Angriff auf ihre politische Eigenständigkeit und Selbstverwaltung antworteten die Kongreßteilnehmer umgehend: Der Angriff auf die Veranstalter sei ein Angriff gegen die gesamte revolutionäre Ukraine und im übrigen wurde auf die Entstehungsgeschichte des Kongresses und des Revolutionären Kriegssowjets, dessen Exekutive die Versammlung einberufen hatte, verwiesen. Anlaß für den Rayonkongreß war die Festsetzung von Richtlinien der Arbeit des Revolutionären Kriegssowjets. Der wiederum war auf dem zweiten Rayonkongreß am 12.2.1919 gegründet worden, um die freiwillige Mobilmachung in Anbetracht der Kämpfe gegen Denikin zu organisieren. Der erste Rayonkongreß am 23.1.1919 war eine Notwendigkeit, angesichts der Bedrohung Denikins und der Frage, wie man die Bauern für sich gewinnen konnte. Auf dem dritten Rayonkongreß wurden ca. zwei Millionen Menschen durch ihre Delegierten vertreten. Beschlußgebend war der Kongreß, während der Revolutionäre Kriegssowjet ausschließlich ausführendes Organ war. Nachdem die Machnotschina mit der Erläuterung des Sachverhalts ihre Autonomie bekräftigt hatte, begann die eigentliche Verleumdungskampagne in der bolschewistischen Presse.

Im Juni führte Denikin einen Blitzangriff im Südosten durch. Doch die Bolschewiki stellten sich nicht auf die Seite der Machnotschina. Sie hofften, daß Denikin ihnen die Vernichtung der Aufständischen Armee abnehmen würde, um ihn dann in einer für ihn schwachen Ausgangsposition schlagen zu können, oder wie es Trotzki ausdrückte: "Es ist besser, die ganze Ukraine an Denikin abzutreten, als eine Weiterentwicklung der Machnotschina zu dulden." (1)

Aufgrund des drohenden Zweifrontenkrieges berief die Exekutive des Revolutionären Kriegssowjets am 31.5.1919 für den 15.6.1919 den IV. Kongreß ein. Nachdem der Aufruf veröffentlicht war, begann sofort eine militärische Kampagne der Bolschewiki gegen die Machno - Bewegung. Sie zerstörten die Kommunen, erschossen Anhänger der Aufständischen und teilweise brachten Tscheka - Einheiten Familienangehörige von Mitgliedern des kämpfenden Teils der Bewegung um.

Gleichzeitig verbot Trotzki den Kongreß, der aufgrund der äußeren Bedingungen nicht stattfinden konnte, zumal die Bolschewiki ihre Truppen von der Front abgezogen hatten u. a. dadurch auf das Zentrum des asowschen Rayons vorstoßen zu lassen, was die Machnotschina nicht erwachsen, sie zog sich zusammen mit viele Bauernfamilien bis zur Stadt Iman, zurück. Insgesamt dauerte der Rückzug von Juni bis September 1919. In Uman befanden sich auch die Pei... trotz eines Neutralitätsabkommens mit der Freischärlernarmee es der Denikin - Armee ermöglichte, die Machnotschina einzukreisen. Es gelang der Aufständischen Armee den Ring der beinahe zu ihrer sicheren Vernichtung geführt hätte, zu durchbrechen, in ihr angestammtes Gebiet zurückzukehren und die Truppen Denikins zu vertreiben. Aber die Bilanz für die Machnotschina sah düster aus: Eine hohe Anzahl von Opfern durch Kampfhandlungen und eine Typhusepidemie unter der Zivilbevölkerung und den Kämpfern und die Vernichtung der im Aufbau begriffenen Projekte.

Innere Reorganisation

Es wurde in der Folgezeit versucht, die Projekte wieder zu errichten, was aber durch die Konfrontation mit der Roten Armee nur teilweise gelang. Das kennzeichnet die Geschichte der Freischärler und der Bauern in der Ukraine: Die dauernden Kämpfe mit den damit verbundenen Gebietswechseln verhinderten eine kontinuierliche, konstruktive Aufbauarbeit. Die soziale Revolution wurde durch die militärische Auseinandersetzung überlagert. Die Machnotschina verhielt sich den Bauern gegenüber korrekt, da sie sich aus ihnen rekrutierte. Positiv war auch die ausschließlich auf Freiwilligkeit basierende Struktur der Armee. Ernährt wurde die Armee durch zahlreiche freiwillige Spenden der Bauern. Beschlagnahmungen wurden nur bei wohlhabenden Bauern vorgenommen. Mit der Zeit wurde die Machnotschina mehr oder weniger zu einer Berufsarmee. Volin sah darin die Gefahr, daß ein stehendes Heer den Kontakt zur Bevölkerung verliert und ihr revolutionäres Bewußtsein.

Prinzipien, nach denen die Machnotschina bei ihrer Aufbauarbeit handelten, waren die der Ablehnung des Staates und der politischen Parteien und der Förderung der Selbstverwaltung der Bauern und Arbeiter. Das bedeutete, daß die Machnotschina zwar der Bevölkerung Ausgrenzung zur Bildung freier Sowjets gaben, aber niemals mit Gewalt versuchten, das durchzusetzen, bzw. keinen Druck auf das "Wie" der Durch-



Bolschewistisches Hetzplakat gegen die Machno-Bewegung

führung ausübten. Die Anregungen fanden große Zustimmung bei der Bevölkerung, so daß es bald nach der Vertreibung des Hetman und von Petljura zur Bildung von Bauernkommunen und Produktionsgenossenschaften kam. Auch in den Fabriken übernahmen Betriebskomitees, die von den Arbeitern gebildet wurden, die Leitung der Produktion. Allerdings war der Einfluß der Machnoscina auf die Städte nie so groß und dauerhaft wie auf dem Land, so daß die Entwicklung dort geringer war. Das Fehlen einer ausgeprägten Arbeiterschaftsbewegung bewertete Volin als einen entscheidenden Mangel der sozialen Revolution in der Ukraine. Auffallend aber war, daß trotz der schwierigen Situation der Arbeiter und Bauern die Idee

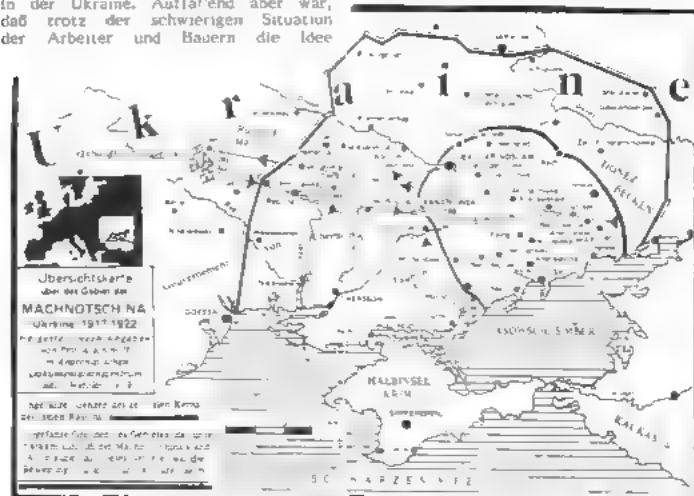
An der Person Machnos kann man noch einen weiteren Mangel der gesamten Bewegung erkennen. Die fehlende theoretische, politische und historische Bildung, Machnos Talent auf militärisch - strategischem Gebiet war unbestritten, auch bezeichnete er sich als Anarcho - Kommunist, aber bei gewissen Fragen fehlten laut Volin Menschen mit mehr Vorbildung als der durchschnittliche Bauer in der Ukraine. Wegen der fehlenden Bildung wurde sehr großer Wert auf Erwachsenenbildung gelegt (Alphabetisierung). Doch nur wenige Revolutionäre fanden sich bereit, hier der Bewegung zu helfen. Teilweise saßen die Anarchisten schon

kenhäusern, Schulen, die nach den pädagogischen Prinzipien Francisco Ferrers organisiert waren. Für den Unterhalt der Lehrer kamen die Bauern auf. Volkstheater wurden gegründet, Kirchen geschlossen, Gefängnisse gesprengt, die Polizeieinheiten wurden aufgelöst und durch Arbeiter- und Bauernmilizen ersetzt.

In Alexandrowsk trafen sich am 20.12.1919 die Aufständischen und die Rote Armee, deren Eintreffen zwar von der Machnoscina erwartet wurde, der trotz aller schlechter Erfahrungen jedoch nichts entgegengesetzt wurde. Nach einer Woche befehlt der Militärische Revolutionätsrat des 14. Korps der Roten Armee, die Freischärlerarmee solle sofort an die polnische Front ziehen, ungeachtet dessen, daß die Bolschewiki keinerlei Legitimation gegenüber den Bauern der Ukraine hatten. Ab diesem Zeitpunkt begann der offene Krieg zwischen der Machno - Bewegung und der Roten Armee. Er dauerte neun Monate, solange bis die Bolschewiki die Machnoscina wieder zur Abwehr des zaristischen Offiziers Wrangel brauchte. In der Ukraine entstand eine Situation wie in Kronstadt. Teile der Roten Armee liefen zu den Aufständischen über oder waren nicht motiviert gegen sie zu kämpfen, so daß Regimenter eingesetzt wurden, die kein russisch verstanden.

Wrangel

Im Sommer 1920 gelang es dem zaristischen Offizier Wrangel in den gleichen Gebieten, in denen auch Denikin aktiv geworden war, eine Armee aufzubauen und allmählich in das Donez - Becken einzudringen. Wieder kämpfte die Machnoscina gegen die drohende Konterrevolution, wobei ihnen die Rote Armee in mehreren Schlachten in den Rücken fiel, so daß es zu keinem Sieg über Wrangel kam. Trotzdem versuchte die Machnoscina mit den Bolschewiki ins Gespräch zu kommen, da Wrangel für sie immer noch der Hauptfeind war und ohne Unterstützung der Roten Armee ein Sieg nicht möglich war. Im September, als Wrangel Jekaterinoslaw, Alexandrowsk, Gulaj - Pole und andere Städte einnehmen konnte, kam es zu Verhandlungen. Zwischen dem 10. und 15.10.1920 wurde ein Vertrag erarbeitet, der die Bedingungen eines vorläufigen politischen - militärischen Übereinkommens enthielt. Der erste Teil behandelte das politische Übereinkommen. Es wurde die Einstellung der Verfolgung von Machnowisten und Anarchisten in dem Gebiet der Sowjetunion garantiert, ebenso wie die Agitations- und Propagandafreiheit und die freie Beteiligung an Sowjetwahlen für diese Gruppen. Im zweiten Teil, dem militärischen Abkommen, wurde u.a. festgelegt, daß die Machnoscina der Roten Armee angeghedert werden sollte und auch deren Oberkommando unterstützen, ihre innere Struktur jedoch beibehielt. Die Machnowisten durften keine Deserteure der Roten Armee in ihre Reihen aufnehmen.



der kommunalen Sowjets als Organisationsform des ökonomischen und politischen Lebens recht schnell aufgriffen und einige beachtliche Erfolge erzielt wurden. Es gelang sogar, den Geldverkehr bei dem Austausch zwischen Stadt und Land teilweise abzuschaffen.

Die föderalistisch organisierten Gebiete benötigten ein Koordinationsinstrument. Das wurde in der Gestalt der Rationalkongresse geschaffen. Insgesamt fanden drei Kongresse statt. Die Delegierten der Kongresse beauftragten die jeweiligen Exekutivkommissionen der Sowjets mit der Durchführung der Beschlüsse. Somit war auch Machno und sein Stab dem Kongreß verantwortlich. Im Laufe der Zeit relativierte sich dieser Anspruch. Machno wurde niemals durch einen anderen Kommandanten ersetzt (bis auf seine einmalige vorläufige Ablösung aus taktischen Gründen, die ihren Grund in der Gefährdung durch die Bolschewiki hatten und leistete sich ab und an eigenmächtige Entscheidungen, wo eigentlich ein Sowjet konsultiert werden mußte. Das Verhalten wurde aber von der Masse der Aufständischen hart kritisiert. Solche Vorfälle fielen im Ganzen gesehen nicht so sehr ins Gewicht, es zeigt sich aber daran, wie leicht eine fehlende Rotation in bestimmten Positionen (wenn schon delegiert werden muß) und eine Institutionalisierung der Armee eine Loslösung von der Massenbasis erzeugen kann.

im Gefängnis, teilweise erkannten sie die Bedeutung des Aufstandes nicht. Das zeigte sich deutlich bei Machnos Reise nach Moskau. Deshalb und weil die Machno - Bewegung fast ständig zu Kämpfen gezwungen war, sind nur sehr wenige Dokumente geschrieben und hinterlassen worden, was Aussagen über die inhaltliche Ausrichtung der Machnoscina wesentlich erschwert. Nur eine Gruppe der anarchistischen Ortsgruppen Kiews und Charkows (u.a. Arschinnoff) kam und leitete später die Abteilung für Kultur und Volksaufklärung. Sie gab als Konföderation "Nabat" (Sturmglöcke) die gleichnamige Wochenzeitung heraus. Weiterhin existierte an anarchistischen Zeitungen "Der Weg zur Freiheit" (entweder als Tages- oder Wochenzeitung) und die "Stimme der Machnoscina". Die Machno - Bewegung eß in den befreiten Gebieten Rede- und Pressefreiheit für sozialistische Zeitungen zu (laut Volin rührte diese Einschränkung aber auch von der Bedrohungslosigkeit bürgerlicher Gruppierungen und nicht von ihrem Verbot her), allerdings unter der Bedingung, daß sie in ihren Publikationen nicht zur Alleinherrschaft einer einzigen politischen Partei aufrufen durften. Genau das versuchten örtliche bolschewistische Kader, was die Machnoscina selbstverständlich bekämpfte.

Weitere konkrete Aktionen, die die Machno - Bewegung durchführte, bzw. anregte, war die Einrichtung von Kran-



ukrainische anarchistamling

Das war für die Bolschewiki ein wichtiger Punkt, da sie zu recht befürchteten, die Machnotschina könnte eine zu große Anziehungskraft auf die Soldaten der Roten Armee haben. Beide Seiten verpflichteten sich, das Abkommen in der Bevölkerung bekanntzugeben. Die Bolschewiki jedoch versuchten, die Übereinkunft, vor allem was den politischen Teil betraf, geheimzuhalten und veröffentlichten sie erst auf Druck von der Machno - Bewegung. Zwischen dem 15. und 20.10.1920 wurde die Wrangel - Armee angegriffen und wurde auf der Krim am 13.11.1920 geschlagen. Die Machnotschina hoffte trotz aller schlechter Erfahrung mit den Bolschewiki, daß der Vertrag drei bis vier Monate hielte. Aufgrund dieser Annahme bemühten sie sich sofort um die Aufbauarbeit, was zumindest in Gulaj - Pole ansatzweise gelang. So wurde erstmal von der Bevölkerung ein freier Arbeitersowjet gewählt. Der zweite Schwerpunkt war der Aufbau der Bildungsarbeit. Die Schule wurde nicht als Disziplinierungsinstrument gesehen, sondern sollte Kinder und Jugendliche zu kritischen und selbstbewußten Menschen erziehen. Eine Kommission von Bauern, Arbeitern und Lehrern regelte die wirtschaftlichen und pädagogischen Fragen der Ausbildung. Doch die Arbeit konnte nur bis

Ende November, bis zum Überfall der Bolschewiki, fortgesetzt werden. Zuvor drängten die Machnowisten die Bolschewiki, den nicht unterzeichneten vierten Punkt des Abkommens zu ratifizieren. In diesem Abschnitt sollte die "Organisation von freien Organen wirtschaftlicher und politischer Selbstverwaltung durch die ortseingewesenen Arbeiter- und Bauernorgane und föderative (vertragliche) Verbindung mit den Organen der Sowjetrepublik" (2) festgeschrieben werden, damit die Machnotschina die schriftliche Zusicherung hatte, ohne Störung ihre Idee der Revolution verwirklichen zu können. Selbstverständlich wollten die Bolschewiki das nicht unterschreiben. Stattdessen nahmen Machnowisten am 23.11. neun Agenten fest, die augenscheinlich für einen geplanten Angriff der Bolschewiki diverse Dinge ausspionierten. Der charkower Sowjet bedauerte das "Mißverständnis" und erklärte am 26.11 die Angelegenheit werde zur vollsten Zufriedenheit der Machnotschina geklärt, ebenso wie die vierte Klausel des Vertrags. Aber einige Stunden bevor die Zusicherung kam, hatten die Bolschewiki alle Anarchisten in Charkow verhaften lassen (u.a. auch Volin). Einige Stunden nach dem "klärenden Gespräch" wurden die Machno - Truppen auf der Krim von den Bolschewiki überfallen, ebenso wie in Gulaj - Pole. Diesmal konnten sich die Machnowisten nicht erfolgreich gegen die Rote Armee behaupten. Nach monatelangen Kämpfen, bei denen die Bolschewiki fast 150.000 Soldaten aufboten, konnte die Machnotschina in ihrem Rayon nicht mehr Fuß fassen. Im August 1921 wurde Machno verwundet und flüchtete zur Genesung ins Ausland. Es wurde ihm aber danach unmöglich, wieder zurückzukehren. Einzelne Truppen der Machnotschina kämpften noch bis ins Jahr 1922 hinein, bis auch sie zerschlagen wurden. Die Arbeit der Machnotschina wurde von den Bolschewiki zerstört, die Zivilbevölkerung massakriert. Allein in Gulaj - Pole wurden 8000 Menschen von der Tscheke erschossen. Machno selbst lebte als Fabrikarbeiter in Paris, wo er 1935 starb.

Petronella

QUELLEN :

verwendete Literatur für die drei Teile der "Russischen Revolution"
1) Was ist eigentlich Anarchie? Frankfurt 1978 2) Daniel Guérin: Anarchismus, Begriff und Praxis, Frankfurt 1967 3) Arthur Lehning/G.J.P. Maximoff: Anarchismus und Marxismus in der russischen Revolution/Revolutionärsyndikalistische Bewegung in Russland, 2. Auflage Berlin 1977 4) Augustin Souchy: Reise nach Rußland 1920.

Berlin 1979 5) Alexander Berkman: Die Russische Tragödie, Berlin 1923 in: Die Russische Revolution, anarchistische Texte Nr. 24, Berlin 1980 6) W.M. Volin: Die unbekannte Revolution Bd. 1, Hamburg 1983 7) W.M. Volin: Die unbekannte Revolution Bd. 3, Hamburg 1976/77 8) Horst Strowasser: Die Machnotschina, Wetters/Anhausen 1982 9) Hrsg.: Libertät Verlag: Die Russische Revolution, anarchistische Texte Nr. 22, Berlin 1980 10) Agnoli/Brensdorf/Wett: Die revolutionären Aktionen der russischen Arbeiter und Bauern/Die Kommune von Kronstadt, 3. Auflage der deutschen Erstausgabe, Berlin 1981 11) Victor Serge: Erinnerungen eines Revolutionärs, 1901 - 1941, Hamburg 1977, S. 111 - 152

Zitate:

1) Strowasser, S.77 2) Volin, Bd. 3, S. 124

So, daß wir jetzt der letzte Teil über die Russische Revolution. Vielleicht haben die "Leitgeber" einen Überblick über das Thema bekommen. An den Rest, der eventuell gelangweilt gähnt ("kennen wir doch schon alles") die Bitte, literarischweise, die wesentlich über die hier verarbeitete Standardliteratur hinausgehen, an die Aktion zu schicken!

Parade auf dem Roten Platz 1918



- ENTSTEHUNG UND ABLAUF DER ANTIFA-DEMO IN BIELEFELD AM 17.10.87 -

In letzten Jahr bildeten sich im Kampf gegen das Bundeszentrum der "Nationalen Front" in Bielefeld revolutionäre Antifa-Zusammenhänge in Bielefeld. Nach mehreren Aktionen gezielt das Faschismus, erarbeiteten wir uns gemeinsame Positionen, die unseren Blick auf das Gesamtsystem und den Faschismus in bürgerlichen Alltag leiteten.

Dies kam im Angriff auf ein ausländerfeindliches, rassistisches Renommiercafé in Bielefelds Innenstadt durch autonome Gruppen bei einer 6000 Menschen starken Antifa-Demo am 8. Mai d. J. zum Ausdruck.

Damit wurden die Autonomen Antifaschisten/innen ein Faktor in Bielefeld, an dem die damalige

Antifa-Koordination (ein Bündnis von Janos, BKP, VVN/MDA, Grüne, Volksfront, MLPD) nicht mehr vorbeikam...

In diese Zeit fiel der fast einstimmige Beschluß des NW-weiten Antifa-Koordinationstreffens am 17.6. auf Vorschlag von SPD- und BKP-Mitgliedern, eine landesweite Demo zum Verbot aller faschistischer Gruppierungen in Bielefeld durchzuführen. Autonome Antifaschisten/innen waren weiter an diesem Treffen noch an diesem Beschluß beteiligt. Obwohl wir die zentrale Forderung nach Verbot ablehnten, kamen wir nach längerer Diskussion überein, uns an der Vorbereitung der Demo zu beteiligen.

Das hatte seinen Grund darin, daß

wir weg wollten von dem traditionellen "Ein-Punkt-Antifaschismus" mit seinem halbungslosen Gedenk- und Mahnreden. Stattdessen wollten wir deutlich machen, daß der Kampf gegen den Faschismus Kampf gegen das kapitalistische Gesamtsystem sein muß.

Dies versuchten wir an zwei Punkten exemplarisch deutlich zu machen: im Offenlegen der faschistischen Folterpraxis an politischen Gefangenen in den Hochsicherheitsstrakten und im Herausarbeiten der faschistischen Kontinuität in der Behandlung von Flüchtlingen. Mit diesen Inhalten gingen wir offensiv in die Antifa-Koordination, die die Demo vorbereitete.

Schon beim landesweiten Vorber

tungstreffen Ende August in Bielefeld waren VertreterInnen von SPDGB das letzte Mal anwesend. In der Folgezeit blieben sie mit der Begründung weg, sie seien dort autonomen Angriffen ausgesetzt gewesen, die sie "quasi in die Nähe des Faschismus gerückt hätten".

Diese SPDGB-Gruppen versuchten seitdem das ausgeweitete Konzept und den Termin der Demo in Frage zu stellen. Als sie merkten, daß die Demo trotz ihrer Abwesenheit zügig weitervorbereitet wurde, begann die ÖTV-Führung über das hiesige SPD-Hausblatt "Neue Westfälische" eine Hetzkampagne mit lancierten Horrormeldungen wie "Chaoten plündern während der Demo Sturm auf das NF-Zentrum", die jegli-



der Grundlage enthalten. Damit sollte erreicht werden, daß die eigene Abwesenheit legitimiert und Druck auf die eigenen Organisationen und MitgliederInnen der Antifa-Koordination ausgeübt wurde, mit dem Ziel, letztendlich die Autonomen auszugrenzen.

Eine weitere Variante war das nach längerer Zeit wieder angewandte Mittel des Inverwandschaftsausschlusses, gegen ein NPD-Mitglied, das den Aufruf der Koordination mitunterzeichnet hatte.

wen, der die Karte eines Flugblattes war den größten Sätzen. Bielefeld verteilt wurde.

Trotz polizeilicher Behinderungen wurden an Schulen Flugblätter zur Demo verteilt, die vorher bevorzugtes Mobilisierungsobjekt der Faschisten waren.

Der Ablauf der Demo entsprach unseren Vorgaben, der Durchsetzung inhaltlicher Radikalität, wobei diejenigen, die mit Angstmaske und Hetzparolen die Demo zu verhindern suchten, das Nachsehen hatten.

Der zweiteilige Redebeitrag, die Absage an Appelle an den Staat, doch bitte faschistische Organisationen zu verbieten, wo er doch selbst in diesen Bereichen der gesellschaftlichen Kämpfe faschistische Herrschaftspraktiken anwendet. Wir analysierten die Rolle imperialistischer Flüchtlingspolitik in der BRD und wiesen auf die Kontinuität faschistischer Liquidierungspraxis von RevolutionärInnen am Beispiel der ermordeten Gefangenen der RAF in Stammheim hin.

Mit einer Grußansage an die Demonstration in Stuttgart/Stammheim

und sorgten für Veranmittlung bei einigen Organisationen, aber auch für Zustimmung bis in Kreisen der Grünen Bielefeld selbst.

Die von den Autonomen auf der Demo vertretenen Inhalte versuchten wir auf der anschließenden Antifa-Fete zu vertiefen. Obwohl die Fete insgesamt zu wenig Leute aus unseren Zusammenhängen als ihr Ding betrachteten, wurde ein gelungener Abschluß der Demo. Statt traditioneller Konsum- und Soufjelager wurde durch Filme sowie beim sonstigen Kulturprogramm gezeigt, daß es möglich ist, einen politischen Anspruch nicht nur im Titel (Antifa-Fete) sondern auch in den Inhalten durchzusetzen.



Witz Bedenkens und Schwänzen einiger Koordinationen MitgliederInnen ging diesen Konzept nicht auf. Dazu trug unser verstärktes Engagement bezug auf Demo und anschließende Antifa-Fete bei.

Inmitten im Vorfeld der Demo mußten wir unsere Inhalte in mehrsprachigen Aufrufen deutlich. Im massiven Hetze der OTV-Fahrt begannen wir mit einem offenen Brief an die ArbeiterInnen.

Unter dem 3000 TeilnehmerInnen befand sich ein revolutionärer Block von 300 - 400 Leuten.

Die richtige inhaltliche Bestimmung auf dieser Demo zeigte sich auch darin, daß wir ruhig an NF-Zeitraum vorbeizogen, ohne in die von NF-Schlaggruppen bereitgestellten Falle vor dem Haus und in den Seitenstraßen hineinzutappen.

Deutlich und beinhaltenen

zeigten wir als revolutionärer Block unsere Solidarität mit ihm und ihren politischen Forderungen.

Nach hatte die Rednerin der Abschlußrede, die eine Woche vor der Demo umgefragt ihre Dankesworte leisteten mußte, die gegen sie und ihre Politik (einschließlich Rede und Grüne insgesamt) gerichteten spontanen Strafen waren unüberhörbar

Noch sind wir nach dieser Demo in Bielefeld dabei, eine künftige längerfristige Strategie in Bezug auf das Bündnis mit anderen Gruppen festzulegen. Bisheriger Konsens ist, daß wir den reformistischen Einfluß von SPD/GRÜNE herabhalten wollen. Für uns ist klar, daß bei einer Umarmung dieser staatsloyalistischen Kräfte uns unweigerlich die Luft abgedrückt würde. Dies ist für soziale Bewegungen schon immer tödlich gewesen. Wir begrüßen es natürlich sehr, wenn wache Menschen aus diesen Organisationen gegen den Willen ihrer Führung Initiative werden und mobilisieren, wie es auch in Bielefeld inoffiziell vor der Demo geschehen ist. Denn die Trennung der Menschen von Reformismus/Opportunismus ist für uns der erste Schritt zur sozialen Revolution. TÄUSCHUNG MANNEN AUS DEN AUTONOMEN ANTIFA-PLINUM BIELEFELD



ALLE GEWALT GEHT
SOLIDARITÄT

mit allen Startbahngegnern.

VOM VOLKE AUS

ALLE GEWALT GEHT
FREIHEIT FÜR DIE
GEFANGENEN AUS DER
STARTBAHNBEBEWEGUNG!

VOM VOLKE AUS

ALLE GEWALT GEHT
SOLIDARITÄT

mit allen Startbahngegnern.

VOM VOLKE AUS